



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Von der Transición zum autoritären Etatismus?

Zur Aktualität der poultanzianischen Staatstheorie am Beispiel der
Transformationen der spanischen Demokratie“

verfasst von / submitted by

Lukas Humer, Bakk.rer.soc.oec. BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft UG 2002

Betreut von / Supervisor:

Dr. Jens Wissel, PhD

„In den westlichen kapitalistischen Staaten erleben wir beachtliche Veränderungen. Man müsste blind sein [...], wollte man nicht wahrhaben, dass sich allmählich eine neue Staatsform durchsetzt. Eine Staatsform, die ich in Ermangelung eines besseren Terminus, als *autoritären Etatismus* bezeichnen werde [...].“ (Nicos Poulantzas 2002 [1978], 231; Hervorheb. i.O.)

„Ese ha sido el destino de España, desgraciadamente. Estamos retrasados por un siglo y medio de separación respecto de todo lo que es modernidad y progreso, de toda la visión progresista del mundo europeo. Ese es nuestro gran problema.“ (Felipe González 1986)^a

„En el programa electoral planteamos una revisión de todas las partidas presupuestarias. A partir de ahí, habrá que recortar en todas. A lo mejor habrá que hacer menos obras públicas, dar prioridad a terminar las obras públicas que ya están en marcha. Habrá que suprimir muchos organismos autónomos, habrá que hacer muchas cosas y habrá que recortar de donde se pueda.“ (Mariano Rajoy 2011)^b

^a (El País 09.03.1986; dt.: „Dies war bedauerlicherweise das Schicksal Spaniens. Wir sind anderthalb Jahrhunderte abgeschieden von Modernität und Fortschritt, von der progressiven Vision Europas. Das ist unser großes Problem.“; eigene Übersetzung)

^b (El País 17.11.2011; dt.: „Unser Wahlprogramm enthält eine Überarbeitung des gesamten Budgets. Man wird überall einsparen müssen. Möglicherweise wird man weniger staatliche Bauaufträge vergeben, und den Fokus auf die Fertigstellung der bestehenden Aufträge legen müssen. Man wird viele Stellen im administrativen Bereich streichen müssen. Man wird viele Dinge erledigen müssen und einsparen müssen, wo es nur geht.“; eigene Übersetzung)

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG.....	1
1.1 ERKENNTNISINTERESSE UND FRAGESTELLUNG.....	3
2. STAATSTHEORETISCHE GRUNDLAGEN.....	7
2.1 DER STAAT ALS VERHÄLTNIS.....	7
2.2 DER AUTORITÄRE ETATISMUS ALS KONKRETE STAATSFORM.....	10
2.3 INSTITUTIONEN DES STAATES IM WANDEL	13
2.4 „RE-SKALIERUNGEN“ VON STAATLICHKEIT IM NEOLIBERALISMUS	16
2.5 ZWISCHENFAZIT – ENTWICKLUNG DER ARBEITSTHESEN	19
3. GRUNDPFEILER DER PARLAMENTARISCHEN MONARCHIE	21
3.1 DAS „MODELL SPANIEN“ – DIE EINLAGERUNG SPANIENS IN DEN EUROPÄISCHEN WETTBEWERB.....	21
3.2. DER POST-FRANQUISTISCHE STAAT ALS ELITENKONSENS	23
3.2.a <i>Der Konsenscharakter der Demokratie am Beispiel der Verfassung</i>	25
3.3 ZWISCHENFAZIT – FRANQUISTISCHE KONTINUITÄTEN IN DER DEMOKRATIE	28
4. DIE ÄRA FELIPE GONZÁLEZ.....	30
4.1 DIE ETABLIERUNG DES PSOE ALS GROßPARTEI IN DER DEMOKRATIE	30
4.2 DER REGIERENDE GONZÁLEZ-PSOE ALS „STAATSPARTEI“	34
4.2 a) <i>Ökonomische Modernisierung und soziale Polarisierung</i>	34
4.2 b) <i>Das Ende des Pactismo</i>	38
4.3 ZWISCHENFAZIT – DIE KONSOLIDIERUNG DES DEMOKRATISCHEN SPANIENS	41
5. AKTUELLE DIMENSION DES AUTORITÄREN ETATISMUS	45
5.1 WIRTSCHAFTSWUNDER UND -KRISE: DIE REALISIERUNG DER WELTFINANZKRISE 2007 IN SPANIEN..	45
5.2 DIE POLARISIERUNG DES PARTEIENSYSTEMS.....	48
5.3 RETTUNGS- UND SPARPOLITIK: DAS LANGE WARTEN AUF DEN AUFSCHWUNG	50
5.4 DIE EROSION DER STAATSPARTEIEN	56
5.5 ZWISCHENFAZIT – STAATSPARTEIEN IM GEWANDELTEN PARLAMENTARISMUS.....	62
6. „LEY MORDAZA“ – ZIVILER UNGEHORSAM UND DIE AUSWEITUNG DER EXEKUTIVEN	
BEFUGNISSE	66
6.1 DER PROTESTZYKLUS ALS RÜCKGEWINNUNG DES POLITISCHEN	67
6.2 DIE WOHNUNGSNOT ALS SOZIALE KRISENDIMENSION	69
6.3 DIE AUSWEITUNG DER STAATLICHEN MACHTBEFUGNISSE UND IHRE UMSTRITTENHEIT	71
6.4 ZWISCHENFAZIT – DAS SICHERHEITSGESETZ IM KONTEXT DER LEGITIMITÄTSKRISE	76
7. SCHLUSSBEMERKUNGEN.....	79
7.1 FAZIT – DIE SPANISCHE KONSTELLATION DES AUTORITÄREN ETATISMUS	83
8. LITERATURVERZEICHNIS	85
ABSTRACTS	102
LEBENS LAUF	103

1. Einleitung

Spaniens historisch gewachsene, in den Pyrenäen physisch wie auch metaphorisch manifestierte, Abgeschiedenheit vom politischen Liberalismus und dem europäischen Wohlstand schien zu Beginn des 21. Jahrhunderts weitgehend überwunden: Das Land konnte auf eine beeindruckende ökonomische Entwicklung verweisen und hatte sich nach beinahe vier Jahrzehnten franquistischer Diktatur (1939-1975/78) erfolgreich als internationaler Akteur innerhalb der EU und der NATO etablieren können. Das Wohlstandsniveau und die Lebensformen hatten sich an den europäischen Norden angeglichen. Dort zeigten sich BeobachterInnen beeindruckt vom „Maastricht-Musterschüler“ und der progressiven Gesellschaftspolitik des sozialistischen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero (vgl. Bernecker 2012, 339; López/Rodríguez 2011, 5).

Die Folgen der globalen Finanzkrise von 2007 drohen diese Eindrücke zu verschieben, zumal Spanien innerhalb der sogenannten „PIIGS-Staaten“¹ wieder an die europäische Peripherie gerückt ist. Die in diesem Kontext auferlegten Sparmaßnahmen zogen scheinbar unaufhaltsame soziale Folgekosten – wie hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit, die Zunahme der Obdachlosigkeit oder das neue Phänomen der Energiearmut – mit sich. In dieser Abwärtsspirale aus einbrechendem Konsum und steigenden Staatsausgaben stieg die spanische Staatsverschuldung von 35 Prozent (2007) auf 100 Prozent (2016) (vgl. Banco de España 2017). Zugleich ermöglichte die kostspielige Rettung der Sparkassen, im Kontrast zur gefühlten Gleichgültigkeit der staatlichen Politik gegenüber den sozialen Folgen, andere Möglichkeiten der Politisierung der Krise als etwa in den exportstarken Volkswirtschaften Deutschland oder Österreich (vgl. Oberndorfer 2016, 83). Nicht zuletzt die Protestcamps im Kontext der globalen Occupy-Bewegung stellten das politische Arrangement des Postfranquismus und seine wirtschaftspolitischen Prioritäten auf ungekannte Weise in Frage. Die in diesem Kontext entstandene linkspopulistische² Partei Podemos (dt.: „Wir können“) und ihr neues Pendant im rechten Spektrum, die liberalen Ciudadanos (dt.: „Staatsbürger“) haben den spanischen

¹ Dieses abwertende Akronym umfasst jene Länder, denen eine zu hohe Staatsverschuldung und ein möglicher Staatsbankrott drohten bzw. unterstellt wurden. Hierzu zählten 2010 neben Spanien auch Portugal, Italien, Irland und Griechenland (vgl. Fernández Steinko 2013).

² Zum Begriff des linken Populismus vgl. Boos/Schneider 2016, 98ff.

Parlamentarismus diversifiziert (vgl. Castillo-Mazano et al. 2017). Von den Protestierenden artikulierte Vorstellungen vom raschen „Run“ auf die Institutionen (vgl. Zelik 2015) wurden allerdings von der (wiedergewonnen) Handlungsfähigkeit staatlicher Politik ausgebrems. Obwohl sowohl die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) als auch die Volkspartei (PP) im Wahljahr 2016 als Umsetzer der Austerität zwischenzeitlich abgestraft wurden, kann die Regierung Rajoy nach Umfragen im Frühjahr 2017 ihren Vorsprung gegenwärtig wieder ausbauen (vgl. El País 09.05.2017). Die parlamentarische Linke ist indes, sieht man von regionalen Wahlerfolgen und der unzweifelhaften Re-Politisierung und Mobilisierung der spanischen Gesellschaft ab, wieder in die Defensive geraten. Die anheizende Weltwirtschaft und – angesichts der Bedeutung des Tourismus – die Instabilität in anderen Teilen des Mittelmeerraums haben sich auch in Spanien wieder in einen Aufschwung übersetzt (vgl. Uxó/Álvarez 2017; Der Standard 09.05.2017). Die Talsohle der Krise scheint nun tatsächlich durchschritten, das Regierungsnarrativ der harten Einschnitte als Notwendigkeit hat an Tragfähigkeit gewonnen.

Bringt man die zahlreichen Facetten der gegenwärtigen Krise in Spanien in den breiteren Kontext der ökonomischen Entwicklung des südeuropäischen Landes im Neoliberalismus, erscheint der genannte Krisenverlauf als Zuspitzung einer Kontinuität. Die „Modernisierung“ erfolgte ab den 1960er durch kapital- und nicht arbeitsintensive Investitionen, die von Formen der Austerität zur Gewährleistung makroökonomischer Stabilität begleitet waren (vgl. Recio 2010, 198; Fernández Steinko 2013, 6) und hohe soziale Folgekosten, Massenstreiks und Parteikrisen hervorriefen (vgl. Bernecker 1993, 166). Im jungen demokratischen Spanien ist Stabilität demnach in einem viel geringeren Ausmaß eine „kollektive Erfahrung“ als etwa in den deutschsprachigen Staaten. So ist auch der alltägliche Begriff vom „Staat“ weniger umfassend: Wie noch dargelegt werden wird, sind die Systeme staatlicher sozialer Absicherung und das Ausmaß formaler Beschäftigungsverhältnisse nicht umfassend ausgeprägt. Entsprechend verbreitet sind die Schattenwirtschaft und die Privatisierung sozialer Risiken wie etwa im Falle von Arbeitslosigkeit.

Seit dem Ende des Franquismus hat sich die Artikulation staatlicher Politik maßgeblich verändert: Zunächst geschieht die Ausarbeitung und Beurteilung der Sparpolitik in einem neuen Ausmaß über supranationale Formen der Staatlichkeit, wie etwa durch die

aus EU-Kommission, IWF und EZB bestehende Troika. Sie ist Kritik ausgesetzt, weil sie zum Teil außerhalb des europäischen Rechts fungiert und kaum an unmittelbare demokratische Kontrolle oder öffentliche Rechenschaft gebunden ist (vgl. Oberndorfer 2012, 60ff.). Ihre Beschlüsse sind allerdings weitreichend, da den „wettbewerbsunfähigen“ Volkswirtschaften der Eurozone empfindliche Sanktionsmaßnahmen auferlegt werden können (vgl. ebd.). Die nationalstaatlichen AkteurInnen haben sich in der Umsetzung der Sparpolitik in den verschiedenen „PIIGS-Staaten“ unterschiedlich verhalten. Anders als etwa in Griechenland exekutierten die Regierungen Zapatero und Rajoy die Sparvorgaben bedingungslos und führten wiederholt Arbeitsmarktreformen durch (vgl. Banyuls/Recio 2012, 217ff.). In Folge der genannten zivilgesellschaftlichen Widerstände erlebte Spanien durch das *Ley Orgánica de protección de la seguridad ciudadana* (dt.: „Organgesetz zum Schutz des Bürgers“) von 2015 eine Kriminalisierung des zivilen Ungehorsams. Unangemeldete Kundgebungen in oder vor öffentlichen Gebäuden (etwa dem Parlament) können mit bis zu 600 000 Euro, sonstige spontane Versammlungen mit 600 Euro bestraft werden (vgl. El Diario 26.03.2015; Der Freitag 2015). Die Einschätzung dieser und anderer Delikte obliegt der Polizei, die Strafen werden verwaltungsrechtlich abgewickelt, umfassen also keine richterlichen Urteile. Der Gesetzestext wird in Spanien von GegnerInnen als „ley mordaza“ (dt.: „Knebelgesetz“) bezeichnet und international von der UNO, Menschenrechtsorganisationen und der internationalen Presse verurteilt (vgl. The New York Times 2015).

1.1 Erkenntnisinteresse und Fragestellung

Im Kontext der Wirtschaftskrise 2007 gibt es also Hinweise für die Etablierung neuer Muster des staatlichen Zwangs, die für die Absicherung neoliberaler Paradigmen der Wettbewerbsfähigkeit funktional zu sein scheinen. Hierin liegt die Gemeinsamkeit der Austeritätspolitik und ihrer spanischen Folgeerscheinung im „Knebelgesetz“. Die staatstheoretischen Arbeiten von Nicos Poulantzas gingen der Frage nach, ob es einen Zusammenhang zwischen ökonomischen Krisen und autoritärer Politik gibt (vgl. Demirović 2011, 68f.). Der griechisch-französische Politologe erkannte, dass der gewohnte französische Staatsinterventionismus als Sicherung der Legitimität staatlichen Handelns im Kontext der Weltwirtschaftskrise der 1970er nicht mehr funktionierte. Indem sich staatliche Politik immer direkter mit der Ökonomie verwoben hatte, orientierte sie sich nicht nur verstärkt am Imperativ der Verwertbarkeit, auch die

Krisenhaftigkeit des Kapitalismus artikulierte sich immer direkter im Staat (vgl. Poulantzas 2002, 241). Die Aufrechterhaltung staatlicher Handlungsfähigkeit implizierte langfristige institutionelle Veränderungen, die das pluralistische, demokratische Ideal gefährdeten. Die politische Macht der Exekutive und der staatlichen Bürokratie wurden aufgewertet, während Parteien und Parlamente in der Artikulation politischer Interessen geschwächt wurden (vgl. ebd., 247). In diesem Setting wurde die universalistische Norm der Rechtsstaatlichkeit zugunsten der situativen Durchsetzung partikularer Interessen geschwächt (vgl. ebd.). Statt sich an ein demokratisches Ideal anzunähern, würde staatliche Politik Grund- und Freiheitsrechte fortwährend beschneiden (vgl. ebd. 231). Poulantzas fasste diese Phänomene unter dem Begriff des autoritären Etatismus zusammen und schrieb sie vor allem Frankreich, aber auch allgemein den *entwickelten* Ländern im Westen zu. Er sah allerdings auch eine spezifische Ausprägung dieses Konzepts in den zu dieser Zeit erodierenden Diktaturen Portugals und Spaniens, das einer *Staatskrise* gleichen würden (vgl. ebd., 235). Wie der einleitende Problemaufriss dargelegt hat, haben sich die politischen Verhältnisse in Spanien im Zuge der Annäherungen an den Norden stabilisiert. Allerdings deuten aktuelle Phänomene der geringen Legitimität der staatlichen Politik und die Erosion des Parteiensystems auf Unzulänglichkeiten der spanischen Institutionen hin, die ebenfalls in der spezifischen Genese des Politischen in Spanien mitbegründet sein könnten. Gegenstand dieser Arbeit ist es, diese politischen Transformationen mittels der poulantzianischen Theorie zu systematisieren. Indem aktuelle Veränderungen in Verbindung zu den historisch gewachsenen Problemlinien der jungen Demokratie gestellt werden, soll es gelingen, ein Verständnis für die Tiefe aktueller Transformationen staatlicher Politik in Spanien zu bekommen. Dementsprechend ist folgende Forschungsfrage leitend:

Inwiefern finden im Kontext der Wirtschaftskrise und ihrer politischen Bearbeitung Transformationen des Staates statt, die – unter Betrachtung der spezifischen zeithistorischen Entwicklung der spanischen Demokratie – dem autoritären Etatismus entsprechen?

Poulantzas Begriff des autoritären Etatismus, der im nächsten Kapitel präzisiert wird, ermöglicht die Darstellung ausgewählter staatlicher Institutionen, eingebettet in breite Entwicklungszyklen des Ökonomischen und des Politischen. Die Aktualität seiner Ausführungen soll für Spanien an zwei Parteikonstellationen in zwei unterschiedlichen Zeiträumen und angesichts der aktuellen Sicherheitsgesetzgebung dargelegt werden:

- Zunächst in den 1980er und 90er Jahren an der Regierung des PSOE unter Felipe González, die unter dem Schlagwort der „Modernisierung“ die Einbindung Spaniens in den europäischen Markt verfolgte. Hierbei soll untersucht werden, inwiefern die Konsolidierung der spanischen Demokratie innerhalb der Muster des autoritären Etatismus erfolgte.
- Die Krise von 2007 betraf maßgeblich die Großparteien, die durch die Sparpolitik in Misskredit geraten sind. Es ist also zu thematisieren, welche Bedeutung dem gewandelten Parteiensystem innerhalb der Transformationen des spanischen Staates zukommt.
- Gegen zivilgesellschaftliche Widerstände wurde ein Sicherheitsgesetz in Stellung gebracht, das Freiheitseinschränkungen nach sich zieht, wie sie Poulantzas für den postfordistischen Staat als wesenslogisch erachtete. Es ermöglicht eine Darstellung der Bedeutung des Rechts innerhalb der Krisenpolitik.

Dieser institutionelle Blickwinkel zieht allerdings auch Auslassungen nach sich. Die ominöse Krise entspricht auch in Spanien einer „Vielfachkrise“ (Demirović et al. 2011), deren Bereiche den Staat tangieren und eigene Aufarbeitungen notwendig machen würden, die im Kontext dieser Arbeit nicht erfolgen können: An makroökonomischen Paradigmen orientierte Policies haben geschlechtsspezifische Auswirkungen, die sich in Spanien anhand der unterschiedlichen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit herausarbeiten lassen (vgl. Klatzer/Schlager 2014; Lahey /de Villota 2013, 96ff.). Durch die von Nordeuropa abweichende ökonomische Entwicklung und die wichtige Stellung der Bau- und Landwirtschaft, erfährt der Themenkomplex (Arbeits-)Migration eine andere diskursive Verarbeitung zum Teil auch rechtliche Regelung. Neues Konfliktpotential hat im Zuge der Wirtschaftskrise auch das Verhältnis des Zentralstaates zu den Autonomen Gemeinschaften erfahren, wobei vor allem die Weiterentwicklung des katalanischen Nationalismus besonderer Aufmerksamkeit bedürfen wird.

Mit Verweis auf diese Auslassungen, gliedert sich die Beantwortung der Fragestellung folgendermaßen: Im nächsten Kapitel wird Poulantzas' Begriff des autoritären Etatismus innerhalb der materialistischen Staatstheorie verortet und durch Ergänzungen auf die „Höhe der Zeit“ gehoben, sodass theoriegeleitete Arbeitsthemen entwickelt werden können. Das dritte Kapitel legt die ökonomischen und politischen

Grundpfeiler Spaniens im Zusammenhang mit dem Franquismus und seiner juristischen Selbstliquidierung innerhalb der *Transición* offen. Vor dem Hintergrund der so entfalteten Charakteristika der parlamentarischen Monarchie bilden Kapitel vier, fünf und sechs in weiterer Folge den inhaltlichen Hauptteil der Arbeit. Kapitel vier behandelt die Konsolidierung der spanischen Demokratie und Ökonomie innerhalb des europäischen Binnenmarktes unter der vierzehnjährigen PSOE (Allein-)Regierung. Nach diesem zeithistorischen Abschnitt thematisiert Kapitel fünf aktuelle Dimensionen des spanischen Etatismus. Dies geschieht anhand der Austeritätspolitik der Regierungen Zapatero und Rajoy, wobei dem genannten Sicherheitsgesetz im sechsten Kapitel besondere Berücksichtigung zukommen soll. Im siebten Kapitel wird im Zuge einiger Schlussfolgerungen zu erörtern sein, inwiefern von einer spanischen Ausprägung des autoritären Etatismus zu sprechen ist und welchen analytischen Mehrwert dieser Begriff für politikwissenschaftliche Einschätzungen spanischer Politik liefert.

2. Staatstheoretische Grundlagen

Die materialistische Staatstheorie hat in den 1960er und 1970er Jahren in Westeuropa nachhaltige Anregungen erfahren und sich so bis heute als ein heterogenes Theoriefeld etabliert (vgl. Demirović et al. 2010, 9). Der Zusammenhang von Ökonomie, Gesellschaft und politischer Herrschaft wird darin unterschiedlich beleuchtet. Exemplarisch sind die anderen Einsatzpunkte von Poulantzas und der vor allem in Deutschland geführten formanalytischen Bestimmung des Staates, die wechselseitige Stärken und Schwächen illustrieren. Letztere versteht den Staat mit Rückgriff auf Marx' Konzeption der sozialen Form als verdinglichte Abgrenzung der Gesellschaft. Der Staat ist dabei die Entsprechung der politischen Form, ähnlich wie sich die Wertform im Geld materialisiert (vgl. Hirsch 2005, 20ff.). Poulantzas greift das Marx'sche Fetischkonzept hingegen nicht auf. Sein zentrales Argument ist die Zurückweisung der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft (vgl. Demirović et al. 2010, 13), die er als unmittelbar zusammenhängend bestimmt. Im vorliegenden Kapitel werden jene Aspekte dieser theoretischen Konzeption des Staates rekonstruiert, vor deren Hintergrund sich der autoritäre Etatismus als „neue Form“ der Demokratie entschlüsseln lässt. Den geänderten ökonomischen und politisch-institutionellen Rahmenbedingungen seit den 1970ern Rechnung tragend, sollen schließlich aktuelle Möglichkeiten der Anknüpfung an dieses Konzept angeführt werden.

2.1 Der Staat als Verhältnis

Nicos Poulantzas lieferte einen strategisch-relationalen Ansatz zur Theoretisierung des Staates und staatlicher Politik, der den Fokus auf die stets im Wandel begriffenen Formen und Funktionen des Staates legt (vgl. Jessop 2016, 53ff.). Diese Darstellung richtet sich entschieden gegen ein funktionalistisches Verständnis vom Staat als Subjekt mit ihm eigener Machtfülle oder als von AkteurInnen beliebig einsetzbares Instrument (vgl. Bieling 2011, 93). In Verbindung zu den Produktionsverhältnissen (und der ihnen eigenen Arbeitsteilung) begriff Poulantzas den Staat, wie auch das Kapital nicht als abgeschlossene Einheit sondern *„als ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt“* (Poulantzas 2002, 159; Hervorheb. i.O.).

Der Staat ist also in Relation zur kapitalistischen Produktionsweise zu denken, wobei Poulantzas vor dem Hintergrund einer spezifischen Verbindung und Trennung von Ökonomie und Politik argumentierte. Die beiden Bereiche stehen auf dieser Ebene der Abstraktion nicht rein äußerlich zueinander, sodass etwa von „der Politik“ in „die Ökonomie“ interveniert werden könnte. Vielmehr bedingen die beiden Sphären einander konstitutiv. Das Politische (bzw. eine Form der politischen Herrschaft) ist in den Produktionsverhältnissen immer schon präsent und nicht erst nachträglich „ableitbar“ (vgl. ebd., 47). Hierin wird Poulantzas' theoretische Prägung durch den französischen Strukturalismus um Louis Althusser deutlich, wonach die (politischen, ökonomischen, ideologischen) Bereiche des Sozialen ontologisch nur ausgehend von ihrer (überdeterminierten) Gesamtheit verstanden werden können (vgl. Kreisky/Löffler 2012, 96; Wissel 2007, 72f.).

Außerdem geht aus dem Zitat der Klassencharakter des Staates hervor. Die Teilung der Gesellschaft in Klassen ergibt sich wiederum aus der in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen (und ihren Eigentumsverhältnissen an gesellschaftlichen Produktionsmitteln) zu verortenden Gegenüberstellung von „doppelt freien LohnarbeiterInnen“ und von KapitalistInnen. Angesichts dieser Teilung gilt es den Staat immer in seiner Beziehung zum *Klassenkampf*³ zu denken. Erst durch diesen ergibt sich die konkrete Ausgestaltung der staatlichen Intuitionen und Apparate. Indem sich die unterschiedlichen Kapitalfraktionen auf dem Terrain des Staates als „Block an der Macht“ formieren können, gelingt es *Hegemonie* innerhalb der Bourgeoisie als auch gegenüber den „Volksmassen“ bzw. den „Subalternen“⁴ herzustellen und staatliche Politik als langfristiges politisches Projekt gegen die jeweils konkurrierenden kapitalistischen Einzelinteressen auf Dauer zu stellen (vgl. Jessop 2006, 53ff.;

³ Die in der „Staatstheorie“ kaum begrifflich spezifizierte Bezugnahme auf den Klassenkampf ist zunächst Poulantzas' Verortung innerhalb der marxistischen Tradition geschuldet (vgl. Hirsch/Jessop 2001, 12). Analytisch verweist die Benützung des Begriffs allerdings zuvorderst auf den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit und nicht auf tatsächlich geführte Kämpfe. Die analytische Aufgabe des „Klassenkampfs“ wäre angesichts der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft als zentrale Kategorie der marx'schen Politischen Ökonomie eine Aufgabe des Klassenbegriffs insgesamt. Poulantzas Klassenverständnis beinhaltet also nicht notwendigerweise ein revolutionäres Subjekt (vgl. Wissel 2007, 73f.).

⁴ Oberndorfer bevorzugt den Begriff „Subalterne“, da der von Poulantzas verwendete Begriff „Volksmassen“ der Vielzahl gesellschaftlicher Unterdrückungsmechanismen nur unzureichend Rechnung trage (vgl. Oberndorfer 2012, 53f.). Poulantzas würde diese zwar anerkennen („der Kapitalismus ist nicht die Wurzel allen Übels“ (Poulantzas 2002, 236)), aber nicht systematisch in Verbindung zum Kapital- und Klassenverhältnis bringen. Für feministische Anknüpfungen an Poulantzas – als Verhältnis ist der Staat mitunter ein Geschlechterverhältnis – vgl. Sauer 2001, 159 und Ludwig/Sauer 2010.

Oberndorfer 2012, 56). Mit der Aufnahme des Hegemoniekonzepts von Antonio Gramsci⁵ konnte Poulantzas demnach erklären, wie es einerseits zur Stabilisierung der Herrschaft kommt, während weite Teile der Bevölkerung durch passive Zustimmung zu „Beherrschten“ würden (vgl. Jessop 2006, 52).

Neben der allgemeinen Theoretisierung des „kapitalistischen Staatstyps“ wandte sich Poulantzas konkreten „Staaten in kapitalistischen Gesellschaften“ zu (vgl. Jessop 2006, 49), wobei er sich hierbei wiederum am Klassenbegriff und seinen Fraktionierung orientierte. Angesichts der Internationalisierung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg sei es zu einer Reproduktion der Charakteristika des US-Kapitals im Inneren der europäischen Metropolen gekommen, die für die globale Reproduktion des Kapitals wesentlich gewesen sei (vgl. Poulantzas 2001, 50ff.). Zu ihrer Durchsetzung hätte sich in Europa eine „innere Bourgeoisie“ herausgebildet, die in politisch-ideologischer Abhängigkeit zu den USA gestanden sei, jedoch über eine eigene ökonomische Grundlage und Akkumulationsbasis verfügt habe (vgl. ebd., 52f.). Poulantzas begriff die Internationalisierung also über die Einlagerung (Interiorisierung) hegemonialer Kapitalinteressen in die europäischen Staaten, deren Machtblöcke sich über die widersprüchlichen Kapitalinteressen internationalisiert hätten (vgl. ebd., 56). Dies lässt sich am Beispiel Spaniens illustrieren, wenn die ökonomische Entwicklung im Franquismus im Wechselspiel der globalen Expansion des Kapitals und der internen Auswirkung interpretiert wird. Die Einlagerung von Kapital aus den USA und ab den 1960ern verstärkt aus dem europäischen Markt habe eine „innere Bourgeoisie“ etabliert, deren ökonomische Grundlage die Konsumgüterproduktion, weite Teile der Schwerindustrie und durch den Tourismus auch der Dienstleistungssektor darstellte (vgl. Poulantzas 1977, 37f.). Diese „innere Bourgeoisie“ habe gegenüber der Finanz- und Landoligarchie immer stärkeres ökonomisches Gewicht entwickelt, ohne jedoch ihre politischen und ökonomischen Interessen innerhalb des Franco-Regimes längerfristig

⁵ Der italienische Politiker und Theoretiker Antonio Gramsci betonte mit dem Hegemoniebegriff, dass für die Ausübung von Herrschaft im kapitalistischen Staat nicht nur repressive Elemente (Gewaltmonopol), sondern vor allem auch die Organisation von Konsens und Zustimmung wesentlich sei (vgl. Opratko 2014, 35ff.). Er hielt dies in der „Formel“ „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie gepanzert mit Zwang“ (Gramsci zit. n. ebd., 37) fest.

Auch Poulantzas nahm an, dass Politik im demokratischen Staat in der Regel als Kampf um Hegemonie ausgetragen wird (vgl. Jessop 2006, 52). Zugleich liegen in dieser Auffassung Einsatzpunkte für theoretische Kritik, die die Begründung der „relativen Autonomie“ des Staates gegenüber den Klassenfraktionen als funktionalistisch zurückweist (vgl. Hirsch 2005, 25; Hirsch/Kannankulam 2006, 76ff.).

entfalten zu können. Der franquistische Staat war nicht in der Lage, diese Interessengegensätze (innerhalb der Bourgeoisie) politisch auszugleichen. Seine Krise bestand in der teilweisen Reproduktion internationaler Widersprüche in einer semi-peripheren Gesellschaftsformation (vgl. ebd., 42f.).

Auch die Krise des Fordismus in Frankreich war für Poulantzas keine rein ökonomische Krise, sondern eine des gesellschaftlichen Arrangements. In ihrer Folge sollte die liberale, auf Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit beruhende Demokratie entscheidend geschwächt werden. In der Tendenz würde sich eine neue Staatsform, der autoritären Etatismus, durchsetzen.

2.2 Der autoritäre Etatismus als konkrete Staatsform

Erosionserscheinungen liberaler Demokratien und europäischer Parteiensysteme prägen gegenwärtig politikwissenschaftliche Analysen. Die inhaltliche Konvergenz der Parteien sowie deren sinkende Verbindung zu den WählerInnen wird dabei häufig mit dem Begriff der Postdemokratie von Colin Crouch (2008) unterstrichen und in den Kontext politischer Handlungsunfähigkeit gegenüber ökonomischen AkteurInnen im Neoliberalismus gestellt. Auch Nicos Poulantzas erkannte diese Symptome, doch diente ihm die fordistische Verflechtung von Politik und Ökonomie als analytische Hintergrundfolie für das Verständnis von etwaigen Krisen der Demokratie während sie in den postdemokratischen Debatten ein Ideal darstellt, von dem abgegangen wurde (vgl. Demirović 2011, 72f.). Mit der *ökonomische Rolle* des interventionistischen Staates verwies Poulantzas nicht auf die Gestaltbarkeit „der Wirtschaft“ durch den „Staat“, sondern auf die gestiegene Bedeutung des Staates für die Kapitalverwertung insgesamt, indem fortwährend neue Bereiche (er nannte das Gesundheitswesen, die Infrastruktur, der Städtebau oder der Umweltschutz) in das Tätigkeitsfeld des Staates integriert wurden (vgl. Poulantzas 2002, 242). Staatliche Politik sei dabei fortwährend mit dem Kriterium der ökonomischen Nützlichkeit verbunden worden (vgl. ebd., 193). Poulantzas sprach in diesem Zusammenhang vom ökonomischen Staatsapparat, der ein neues Dispositiv staatlicher Politik begründen würde:

„Dieser Apparat partizipiert also [...] am gesamten politischen Mechanismus des Staates; er konstituiert ein politisches Dispositiv – nicht nur weil er zugunsten der

Kapitalakkumulation eingesetzt wird, sondern auch weil er in spezifischer Form die politischen Kompromisse und Konflikte ausdrückt, die innerhalb des Staates ausgefochten werden. Dieser politische Charakter durchzieht [...] *den gesamten ökonomischen Staatsapparat und sämtliche seiner Funktionen.*“ (ebd.; Hervorheb. i.O.)

Die Verzahnung von Staat und Ökonomie führte angesichts der Weltwirtschaftskrise der 1970er zu einer paradoxen Situation in den Nationalstaaten des europäischen Zentrums und besonders in Frankreich: Der Staat sah sich zur Sicherung der eigenen Legitimität gezwungen, seine zum Handlungsimperativ gewordene ökonomische Rolle weiterhin auszuüben. Unweigerlich vertieften sich durch die „direkte Verzahnung des Staates mit den ökonomischen Widersprüchen [...], die Risse im Block an der Macht“ (Poulantzas 2002, 241). Außerdem habe die geänderte internationale Arbeitsteilung, die gestiegene Arbeitsproduktivität und die Flexibilisierung der Arbeit die substantielle Schwächung der Lohnarbeitenden zur Folge gehabt. Poulantzas sah den gesellschaftlichen, auf Wachstum und Wohlstand beruhenden, Konsens herausgefordert, den (dauerhaften) Wohlfahrtsstaat als Illusion entlarvt (vgl. ebd., 240ff.). Die Stärkung neuer politischer Subjekte, wie der Studierenden-, Frauen- oder Umweltbewegung sowie die Artikulation der Interessen von MigrantInnen, sei nur ein Zeichen des wachsenden Legitimitätsdefizites staatlicher Politik gegenüber den Subalternen gewesen (vgl. ebd.) In dieser Konstellation können sich verschiedene Krisenerscheinungen der Politik artikulieren. In einer Legitimationskrise würde die Stabilität der Verbindung zwischen den Subalternen und den Regierenden schwinden, sodass die etablierten demokratischen Normen, Institutionen und Verfahren bedroht sein würden (vgl. Demirović 2011, 73). Die AkteurInnen sind dabei aber im Einverständnis über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, d.h. die Fiktion der politischen Repräsentation durch die parlamentarische Demokratie bleibt aufrecht (vgl. ebd.). Den Begriff der Repräsentationskrisis verortet Poulantzas hingegen stärker auf der institutionellen Ebene. Von einer solchen spricht er, wenn das Parteiensystem und die Fraktion des Machtblocks in eine Disproportionalität geraten (vgl. ebd. 71).

Die Schwächung des Fordismus umfasste für Poulantzas diese politischen Krisen und kam im institutionellen Gefüge des Staates zum Ausdruck, da „die dem Kapitalismus eigentümlichen Elemente der politischen Krise anwachsen“ würden. Poulantzas bezeichnete diese Phase „in Ermangelung eines besseren Begriffs“ (ebd., 231) als autoritären Etatismus. Es handle sich dabei um eine Tendenz des „gesteigerte[n]

Ansichreiß[s] sämtlicher Bereiche des ökonomisch-gesellschaftlichen Lebens durch den Staat“ (ebd.), die mit „dem Verfall der Institutionen der politischen Demokratie sowie mit [...] Einschränkungen der sogenannten ‚formalen‘ Freiheiten, die man erst wirklich schätzen lernt, wenn sie einem genommen werden“, (ebd., 231) einhergeht. Damit ist umrissen, dass die entstehende politisch- rechtliche Ordnung im Neoliberalismus nur in einem sehr geringen Maß auf Konsens beruhen würde (vgl. Bruff 2014, 116; Oberdorfer 2012, 54). Ergebnis dieser Entwicklung sei allerdings kein „Ausnahmestaat“, wie der historische Faschismus oder die Militärdiktaturen sondern die „*neue ‚demokratische‘ Form der bürgerlichen Republik in der gegenwärtigen Phase*“ (Poulantzas 2002, 237; Hervorheb. i.O). Die Nationalstaaten im europäischen Zentrum würden formal demokratisch bleiben, und dennoch repressive und autoritäre Züge annehmen. Da der Etatismus aber gleichermaßen Antwort auf die Krise des fordistischen Wohlfahrtsstaates wie auch ihr Verstärker war, ist die Transformation des Staates entlang der Pole einer gleichzeitigen Stärkung und Schwächung zu thematisieren (vgl. Jessop 2016, 229).

In weiteren Argumentationsverlauf der „Staatstheorie“ ging es Poulantzas weniger darum, diese Staatsform in Relation zur Ökonomie und zu den gesellschaftlichen Verhältnissen zu konstruieren, sondern darum, sie als „institutionelle Realität“ (ebd., 232) zu untersuchen. Der Fokus liegt auf den politischen Gewalten, den Parteien, der staatliche Verwaltung und deren jeweiligen Beziehungen zueinander. Mit Jessop (2006, 56; 2016, 225ff.) lassen sich vier zentrale Punkte herausfiltern, die den Unterschied zwischen der etatistischen Verfassungswirklichkeit und dem „idealtypischen“ liberaldemokratischen Verfassungsrecht zum Nachteil des letzteren aufzeigen (vgl. auch Ataç 2013, 35ff.):

- 1) Die Übertragung der Macht der Legislative auf die Exekutive,
- 2) die Fusion von Legislative, Exekutive und Judikative, begleitet von einem Schwinden der Rechtsstaatlichkeit,
- 3) der Bedeutungsverlust von politischen Parteien in ihrer Vermittlungsfunktion zwischen Bevölkerung und Verwaltung und als wichtigste Kraft bei der Organisation von Hegemonie und
- 4) das Wachstum paralleler Machtnetzwerke, die die formale Organisation des Staates durchqueren und Staatstätigkeit besetzen. (Vgl. Jessop 2006, 56f.)

2.3 Institutionen des Staates im Wandel

Poulantzas entfaltete diese Aspekte vor dem Hintergrund eines historischen Ideals dieser Institutionen (vgl. Poulantzas 2002, 247). Das Parlament galt als jener Ort, an dem universale und formale Normen im (imaginierten) Interesse der Bevölkerung verabschiedet werden, um einst die monarchische Willkür einzuschränken und ihr eine institutionalisierte „allgemeine Vernunft“ entgegenzusetzen. Auch das moderne System funktionierte und legitimiere sich durch die Kontrolle der Verwaltung und der Exekutive durch das Parlament. Das Dispositiv des ökonomischen Staatsapparates würde diesen Modus „allgemeiner, formaler und universaler Normen“ (ebd.) zur Reproduktion der Gesellschaft konterkarieren. Die neue Rolle des Staates nehme „die Form spezieller Regelungen an, die auf die verschiedenen Konjunkturen, Situationen und auf bestimmte Interessen abgestimmt sind.“ (ebd.) Indem der Staat aber ein größer gewordenen gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Feld bearbeiten würde, sei eine „Konkretisierung dieser allgemeinen Normen“ notwendig geworden:

„So verblasst die reale Unterscheidung zwischen der exekutiven und der legislativen Macht. Die Macht zur Normativierung und zum Erlass von Regeln und Bestimmungen verschiebt sich auf die Exekutive und die Verwaltung. Dieser Verschiebung entsprechen die Transformationen der Natur der gesetzlichen Regelung selbst. Die im Parlament verkörperte Legitimation, deren Bezugnahme eine universelle Rationalität war, gleitet in die Legitimation einer Ordnung der instrumentalistischen Rationalität der Effektivität über, die von Exekutive und Verwaltung verkörpert wird.“ (ebd.)

Indem die Setzung von Normen auf instrumentalistische und partikularistische Interessen zurückgehen würde, würde das Gesetz zunehmend präemptiv und nur noch verkürzt wirken. Insgesamt habe sich der parlamentarische Ausarbeitungsprozess der Gesetze zugunsten der Exekutive verschoben. Diese habe de facto eine privilegierte Position, den Gesetzgebungsprozess zu initiieren und könne Entscheidungen „verschleppen“. Der Bogen, der sich um diesen Niedergang des Parlaments spannt, ist der Austausch des vermeintlichen *Volonté Générale* durch Ziele kurzfristiger (Wirtschafts-)Politik (vgl. ebd., 248f.).

Der Bedeutungsverlust der Rechtsstaatlichkeit ergab in Verbindung zu konkreten AkteurInnen eine Aufwertung der staatlichen Verwaltung: Die „verschieden

ökonomischen Interessen sind nun unmittelbar in der Verwaltung präsent und werden dort als solche umgesetzt“ (Poulantzas 2002, 254), wodurch die Verwaltung kein neutraler Ort mehr sein könne, sondern selbst Akteurin geworden sei. Die Parteien und die ParlamentarierInnen seien also von der „Verwaltung abgeschottet“ und demnach im institutionellen Gefüge abgewertet (vgl. ebd., 248; Jessop 2006, 58). Der Einfluss und die Bedeutung der Regierungsspitze, der Ministerien und der Kabinette seien gestiegen, während Parteien Transmissionsriemen von anderswo getroffenen Entscheidungen gleichen würden (vgl. Poulantzas 2002, 256ff.). Diese nachteilige Stellung der Parteien im Institutionengefüge habe ihre Repräsentativkrise gestärkt, die wiederum ihre institutionelle Rolle schwächen würde (ebd., 251). Parteien könnten im Etatismus einerseits jene Teile der Bevölkerung, deren Vertretung sie beanspruchen, kaum noch tatsächlich politisieren, zumal sie sich inhaltlich nur mehr graduell in den Aspekten, die artikuliert werden, unterscheiden würden (vgl. Jessop 2016, 227). Die Parteien seien schließlich der Zusatz eines sich strukturell durchsetzenden ökonomischen Imperativs geworden, welchen Poulantzas in und von der Verwaltung umgesetzt sah. Diese „Logik der Veränderung der politischen Rolle der Verwaltung“ (Poulantzas 2002, 257) entspreche wiederum einem Dispositiv für die Gestaltbarkeit von Politik: Poulantzas sprach von der

„[...] zunehmenden Konzentration der realen Macht auf immer genauer abgegrenzte Dispositive, tendenziell wird sie von den Spitzen der Regierung und Verwaltung gepolt, was von der im übrigen immer schon fiktiven Gewaltenteilung des bürgerlichen Staates (Legislative, Exekutive, Judikative) übrig geblieben ist, wird beseitigt. Dieser Prozess ersetzt eine gewisse Aufteilung der Macht auf verschiedene staatliche Orte, die die staatliche Konfiguration charakterisierte. Dies führt auch zum verstärkten Zentralismus des Staatsapparats [...]“ (ebd.)

Es ist diese Fixierung des Politischen auf einen immer engeren Bereich des Staates, die für Poulantzas den – im Französischen geläufigeren – Begriff „Etatismus“ gerechtfertigt haben dürfte. Politik bestehe kaum noch aus dem dynamischen Austragen gesellschaftlicher Widersprüche, sondern aus der statischen Zentralisierung von Macht in der Verwaltung und der Spitze der Regierung (vgl. ebd., 251).

Während Parteien also grundsätzlich einen Bedeutungsverlust erfahren würden, bleibe als (duopolistische) Staatspartei eine Großpartei strukturell notwendig für das

Funktionieren des autoritären Etatismus (vgl. ebd., 262). Im Sinne eines Weber'schen Bürokratieverständnisses brauche es diese Partei, um die von der Verwaltung selbst nicht herstellbare Vereinheitlichung ihrer Apparate herzustellen und ihre politische Organisation zu garantieren (vgl. ebd., 262f.; Kannakulam 2008, 30ff.). Die Staatspartei stelle ein „paralleles Netzwerk der strikten politische Unterordnung der ganzen Verwaltung unter die Spitzen der Exekutive“ (Poulantzas 2002, 264) dar. Hierfür entwickle sie über ihren relativ langen Regierungszeitraum (bzw. über den Austausch der Parteien innerhalb desselben Paradigmas) eigene Netzwerke und Funktionsabläufe, die neben der angesprochenen Kohärenz in den Apparaten auch Verflechtungen in die Ökonomie bedeuten (vgl. ebd., 265f.), wodurch sich die Loslösung von der formalen Staatlichkeit verschärfe.

Diese Darstellung der „Staatspartei“ wirkt abstrakt und in ihrer alleinigen Ableitung aus der Logik der absolutistischen Verwaltung nicht notwendigerweise überzeugend (vgl. Kannankulam 2008, 31ff.). Zum Teil lässt sich die Ausdehnung der Bürokratie auch mit der „Staatstheorie“ revidieren. Die Bürokratie könne nicht im selben Ausmaß Hegemonie organisieren, wie es den Parteien gelungen war. Sie biete einen stets brüchigen Konsens und keine ideologisch fundierten Visionen (vgl. Poulantzas 2002, 275f.). Das Staatspartei-Verwaltungs-Konzept ist also zusammenfassend als deskriptive Annäherung an die Schwächung der Demokratie als Ausschluss zu aktualisieren. Im autoritären Etatismus würde die regierende Partei die Politik des Staates gegenüber der Gesellschaft repräsentieren und nicht länger die Partei ein gesellschaftliches Interesse gegenüber dem Staat. Hierin wird exemplarisch deutlich, was Poulantzas mit „autoritär“ zum Ausdruck bringen möchte. Es handelt sich nicht um eine eindeutige Verstärkung des Staates insgesamt, sondern um eine Abkehr vom pluralistischen Verständnis des Parlamentarismus und des Gesetzes bei der formalen Beibehaltung dieser Institutionen.

Daraus ließen sich auch optimistische Schlussfolgerungen für die politische Praxis ziehen, die sich zum Teil auch als Fehlschlüsse herausgestellt haben:

„Dem autoritären Etatismus misslingt nicht nur die Erfassung der Massen in seinen disziplinarischen Ketten, d.h. die effektive „Integration“ dieser Massen in seine autoritären Kreisläufe. Er provoziert vielmehr eine generelle Forderung nach direkter Basisdemokratie, d.h. eine wahrhaftige Explosion demokratischer Ansprüche.“ (ebd., 277)

Es wird deutlich, dass Poulantzas das von ihm beobachtete Ende des wohlfahrtstaatlichen Arrangements zwar antizipierte, allerdings den Fordismus der 60er Jahre über seine Krise hinaus „extraploitierte“ (vgl. Kannakulam 2008, 151). Die Erosion der konsensualen Demokratie war so nur durch einen fortwährend repressiveren Staat – und nicht etwa über andere, produktive Re-Konfigurationen der kapitalistischen Gesellschaft – zu denken. Es gilt also, Aktualisierungen an der Staatstheorie vorzunehmen, die sich auch an den geänderten ökonomischen und politischen Verhältnissen orientieren müssen.

2.4 „Re-Skalierungen“ von Staatlichkeit im Neoliberalismus

Poulantzas' relationales Staatsverständnis ist instruktiv für die Präzisierung staats-theoretischer Unter-Komplexität in der Internationalen politischen Ökonomie (IPÖ) (vgl. Bieling 2011, 92ff.), zumal er bemüht war, die Globalisierung nicht einseitig als fortschreitenden Bedeutungsverlust des Nationalstaates zu interpretieren (vgl. Poulantzas 2001). Die analytische Auseinandersetzung mit einem konkreten Staat ist mit ihm also auch aus dem Blickwinkel der IPÖ naheliegend, wenngleich sich der Untersuchungsgegenstand in den kapitalistischen Zentren vom nationalen Wohlfahrtstaat zum internationalisierten „Wettbewerbsstaat“ (Hirsch 1995, 114ff.) gewandelt hat. Darin kommt ein geändertes Innen-Außen Verhältnis zum Ausdruck: Während etwa politische Parteien, die Zivilgesellschaft und die politische Öffentlichkeit maßgeblich nationalstaatlich strukturiert geblieben sind, haben sich Entscheidungskompetenzen im gewandelten globalen Maßstab als „Verdichtung zweiter Ordnung“ auf die supranationale Ebene verlagert (vgl. Brand et al. 2007).

Den Postfordismus kennzeichnet also die „Internationalisierung des Staates“ (Brand 2007, 260ff.) und die Ent-Nationalisierung des Kapitals. Der Nationalstaat ist dabei ein Akteur in einem Ensemble, bestehend aus supranationalen Organisationen (wie der EU), den Bretton-Woods Institutionen Weltbank und IWF sowie den diversen Wirtschaftsgipfeln und -foren. Indem sich die ökonomischen Räume national entgrenzt

haben, sind auch die gesellschaftlichen Klassenbeziehungen Veränderungen unterworfen, sodass Poulantzas Bourgeoisie-Konzeptionen zum Teil obsolet scheinen⁶.

Wesentliche Aspekte der für den Nationalstaat entworfenen Beschreibung des autoritären Etatismus lassen sich dennoch auf die Staatlichkeit supranationaler Organisationen übertragen. Für den Gegenstand Spanien ist die Europäische Union von besonderem Interesse. Zunächst besteht mit dem Rat der EU ein Teil ihrer Legislative aus der Exekutive der Mitgliedstaaten. Allgemein ist die Exekutive mit wirkmächtigeren Kompetenzen ausgestattet als das europäische Parlament, dessen Parteiblöcke auch in Ermangelung europaweit gleicher Parteilisten relativ schwach sind. Der Aspekt informeller Netzwerke kommt angesichts diverser Arbeitsgruppen und dem Einfluss von Lobbying zutrugen (vgl. Jessop 2016, 231). Stephen Gills Begriff des „neuen Konstitutionalismus“ verweist außerdem auf die Durchsetzung und langfristige Etablierung makroökonomischer Policies im internationalen Institutionengefüge – und ist deshalb ein adäquates internationalisiertes Pendant zum autoritären Etatismus (vgl. Kannankulam 2008, 130).

„[New constitutionalism] seeks to separate economic policies from broad political accountability in order to make governments more responsible to the discipline of market forces and correspondingly less responsive to popular-democratic forces and processes. It is the politico-legal dimension of the wider discourse of disciplinary neoliberalism.“ (Gill 1998, 6)

Exemplarisch hierfür und für die Entwicklung Spaniens weitreichend ist die Wirtschafts- und Währungsunion, die u.a. über die institutionelle Aufwertung der Zentralbanken Haushaltsdisziplin institutionalisiert hat (ebd.), während gemeinsame Lohn-, Steuer- oder Sozialpolitik nicht Gegenstand der gewählten Integrationsweise der EU waren. Lukas Oberndorfer versteht die 2011 verabschiedete Economic Governance (das sogenannte „Sixpack“) als Verschärfung dieser Leitlinien: Die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten soll durch mögliche Sanktionsmaßnahmen (als Geldbußen in der Höhe von 0,1 Prozent des BIP) gegen Staaten durchgesetzt werden. Die Beurteilung, ob in einem Mitgliedstaat „Ungleichgewichte“ vorliegen und er folglich „Korrekturmaßnahmen“ unterworfen wird, obliegt der Kommission. Das europäische

⁶ Zur Aktualität des Klassenbegriff angesichts der Transnationalisierung vgl. Wissel 2007, 108ff. und allgemeiner die neogramscianschen Arbeiten der IPÖ von Kees van der Pijl 1998.

Parlament darf zum Urteil lediglich Stellung beziehen. Die besagten Maßnahmen zielen auf die Deregulierungen des Arbeits-, Produkt- und Dienstleistungsmarktes ab und schwächen soziale Standards. Sie widersprechen dabei teils nationalem Recht und haben keine Grundlage in den europäischen Verträgen. Oberndorfer spricht in Anlehnung an Poulantzas Begriff vom „autoritären Wettbewerbsetatismus“ (vgl. Oberndorfer 2012, 60ff.; 2015). Die Wirtschaftskrise von 2008 überträgt dabei einen zentralen Gedanken des Etatismus auf die europäische Ebene. Konnte der fordistische Staat durch die interventionistische Politik seine Krise nicht mildern, sondern im internationalisierten System nur verschärfen, so scheint sich auch das europäische Staatsgefüge durch seine „Rettungspolitik“ selbst zu schwächen, indem Disproportionalitäten (etwa in der Leistungsbilanz) reproduziert werden und der Desintegration der Union gegenwärtig Vorschub geleistet wird. In beiden Fällen dürften autoritäre Politikmuster im Sinne einer Umgehung der pluralistischen demokratischen Rechtsnorm hervortreten (vgl. ebd.).

Die Potenzierung der Institutionen, die (quasi-)staatliche Aufgabe erfüllen, führt auch vor Augen, dass die Herausbildung des autoritären Etatismus nicht notwendigerweise als eindimensionaler, zielgerichteter Prozess vonstatten gegangen ist. Es gilt deshalb, genau herauszuarbeiten, worin nun „autoritäre“ und worin weiterhin „normale“ Formen von Staatlichkeit im Nationalstaat und in der internationalen Politik liegen. Im Lichte der jüngsten Wirtschaftskrise und all ihren soziopolitischen Implikationen sind Krisentendenzen nicht nur offenkundiger und vielfältiger geworden, zum Teil sind sie durch die politische Bearbeitung auch verlagert und abgewälzt worden. Für das Verhältnis von ökonomischen Krisen und autoritärer Staatlichkeit gilt vorläufig:

„They [Crises] have become a permanent feature of contemporary capitalism; thus significant ‘exceptional’ features coexist with and modify normal features of the capitalist type of state, as they become orchestrated into a permanent structure that runs parallel to the official state system. This process involves a constant symbiosis and functional intersecting of normal and exceptional structures under the control of the commanding heights of the state apparatus and the dominant party [...]“ (Jessop 2016, 224f.)

2.5 Zwischenfazit – Entwicklung der Arbeitsthesen

Nicos Poulantzas kann für sich in Anspruch nehmen, eine der akkuratesten Theoretisierungen des kapitalistischen Staates innerhalb des Neo-Marxismus und in Verbindung zur Kritik der Politischen Ökonomie geleistet zu haben (vgl. Hirsch/Jessop 2001, 13). Die Betonung der eigenen, über soziale Verhältnisse hergestellten Materialität des Politischen, vermeidet überdies Defizite der ideologiekritischen Annäherung an den Staat von Marx (vgl. Demirović 2008, 30). Kritischer Aufarbeitung bedürfen hingegen der Klassenreduktionismus und die analytischen „Blackbox“ der Produktionsverhältnisse (vgl. Jessop 2001, 71ff.; Wissel 2007, 84ff.).

Mit der Darlegung des autoritären Etatismus lieferte Poulantzas neben der abstrakten Theorie des Staates eine konkrete Analyse seiner Form in Frankreich zum Zeitpunkt der größten Krise des Nachkriegskapitalismus. Er konnte aufzeigen, dass im geschwächten Interventionsstaat autoritäre Tendenzen demokratische Errungenschaften bedrohen. Durch eine graduelle Entkoppelung der Mechanismen formaler Staatlichkeit konnte „der Staat“ dem (makro-)ökonomischen Druck standhalten. Dies ging mit einem Funktionswandel der Parteien und der universalistischen Bedeutung des Rechts einher. Im Lichte der „Strukturanpassungen“ der 1990er und der Krisenpolitik lässt sich unter Rückgriff auf das Konzept des Konstitutionalismus darlegen, dass Poulantzas' Einsicht im Kern auch für die aktuelle multiskalare Staatlichkeit richtungsweisend ist, wobei die Internationalisierung des Kapitalismus und des Politischen den Nationalstaat als Gegenstand der analytischen Betrachtung verändert haben. Die Internationalisierung der Staatlichkeit und der gesellschaftlichen Verhältnisse stellen eine Potenzierung der Komplexität des internationalen Systems dar, die auf den jeweiligen nationalen Staat rückwirkt.

Für die Beschäftigung mit Spanien gilt es der spezifischen historischen Genese des Politischen Rechnung zu tragen. Neben der Internationalisierung des autoritären Etatismus hin zum Wettbewerbsetatismus ist zu betrachten, in welchem Verhältnis die politischen Entwicklungen des demokratischen Spaniens historisch zum Ausnahmestaat des Franquismus und zu den Elementen des autoritären Etatismus in Westeuropa stehen. So kann die Debatte, wie sich die unterschiedlichen Staatsformen des poulantzianischen Gesamtwerks aufeinander beziehen (vgl. Jessop 2006, 62), bereichert werden. Es scheint dabei wichtig, die repressiven und autoritären Tendenzen

nicht in ein Kontinuum des Übergangs von der (idealen, pluralistischen) Demokratie hin zur autoritären Demokratie zu stellen, wie das der Begriff des autoritäre Etatismus als neue Staatsform mitunter suggeriert. Stattdessen gilt es herauszuarbeiten, welche Aspekte relevant für das Verständnis der politischen Transformationen in Spanien sein könnten. Poulantzas' Denkweise und der empirischen Notwendigkeit folgend, sollen diese politischen Entwicklungen in Verbindung zur sich globalisierenden Ökonomie und zu den Wirtschaftskrisen der 1970er und 2007 verstanden werden. Die Darstellung der (krisenhaften) ökonomischen Entwicklung Spaniens erfolgt im Zuge dieser Arbeit, um wesentliche Referenzpunkte der politischen AkteurInnen verständlich zu machen und soll kein hierarchischen Verhältnis der beiden Sphären Ökonomie und Politik implizieren (vgl. Demirović 2011, 67f.).

Unter Berücksichtigung des theoretischen Konzepts und der vier Momente des autoritären Etatismus sind folgende Arbeitsthese für die Beantwortung der Forschungsfrage richtungsweisend:

- 1) [HISTORISCHE KLAMMER] Die Form des spanischen Staates ist in Verbindung zum Ausnahmezustand und den internationalisierten Dimensionen des Etatismus zu stellen.
- 2) [INTERNATIONALISIERUNG] Die Implementierung der Politik der Austerität ist ein Kontinuum im demokratischen Spanien. Sie wird von nationalen AkteurInnen umgesetzt auch wenn sich der internationale Druck 2007ff. unvermittelter darstellt.
- 3) Die spanischen Großparteien PSOE und PP entwickeln sich zu „Staatsparteien“, die funktional notwendig für die Durchsetzung der Krisenpolitik sind.
- 4) Die repressive Gesetzgebung („*ley mordaza*“) steht in Zusammenhang mit einem schwachen Parlamentarismus und ist eine Antwort auf den Hegemonieverlust der spanischen Modernisierungsparadigmen.

3. Grundpfeiler der parlamentarischen Monarchie

Eine Essenz der ausführlichen theoretischen Darstellung liegt darin, die jeweilige *Spielart* des Kapitalismus in einem für sich zu betrachtenden Nationalstaat durch die Einbettung in eine globale „ungleiche und kombinierte“ Entwicklungslogik zu analysieren (vgl. Sandbeck/Schneider 2014, 860). Poulantzas sah deshalb davon ab, „Entwicklung“ als lediglich ökonomische Dimension von den sozialen und politischen Aspekten zu isolieren (vgl. Poulantzas 1977, 17). Nachstehend soll dieser Auffassung folgend, Spanien entlang der spezifischen Eingliederung in den finanzdominierten Kapitalismus als semi-periphere Ökonomie thematisiert werden. Die Grundfesten der spanischen staatlichen Politik sowie die Zyklen politischer Instabilität sollen in dieser Verbindung eingeordnet werden können.

3.1 Das „Modell Spanien“ – Die Einlagerung Spaniens in den europäischen Wettbewerb

Diese analytische Verbindung ist überdies plausibel, weil den zu besprechenden politischen Transformationen zunächst die globale Wirtschaftskrise der 1970er bzw. die Finanzkrise 2007 voraus gehen, die ihrerseits im Zusammenhang mit den angesprochenen Phänomen der Krise des Keynesianismus und ihrer Überwindung durch den Neoliberalismus stehen. Dass beide ökonomische Krisen in Spanien von derart großem Ausmaß waren, steht in engem Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik, die von den spanischen Regierungen – angesichts der relativen ökonomischen Schwäche innerhalb Europas – verfolgt wurde. Die Strategien der bürokratischen Eliten des Franquismus und der demokratischen Regierungen folgen dabei einer ähnlichen Logik, sodass sich ab den 1960ern immer wieder Muster eines spezifischen „spanischen Entwicklungsmodells“ artikuliert haben (vgl. López/Rodríguez 2011). Seine zentralen Merkmale sind die Realisierung von Wirtschaftswachstum über die Kapital⁷- und Immobilienmärkte und eine international kaum konkurrenzfähige Industrie, die ab dem EG-Beitritt weitgehenden Ab- bzw. Umbaumaßnahmen ausgesetzt war. Die nachrangige Stellung innerhalb des Europäischen Marktes kommt neben der

⁷ Der Bankensektor war vor und nach der *Transición* einer umfassenden staatlichen Regulierung ausgesetzt, die u. a. hohe Eigenkapitalquoten beinhaltete. Konsequenz davon ist ein konzentrierter Sektor, der heute aus den international „systemrelevanten“ Großbanken BBVA und Santander besteht und aus zahlreichen (von der Krise 2007 schwer getroffenen) regionalen Sparkassen (*Cajas*) (vgl. Lukauskas 1994; Banyuls/Recio 2012, 213).

Kapital- auch in der Energieabhängigkeit zum Ausdruck. Das Handelsbilanzdefizit und die hohe private Auslandsverschuldung hindern die Entstehung von Arbeitsplätzen. Ab Mitte der 1980er konnten die Disproportionalitäten des Modells nur durch eine Blasenbildung verborgen bleiben (vgl. López/Rodríguez 2011, 8; Banyuls/Recio, 2012, 208f.)

Die Weichenstellung für die moderne ökonomische Entwicklung ist im Jahr 1959 anzusetzen, als von den franquistischen Eliten des Opus Dei der *Plan de Estabilización* (dt.: „Stabilisierungsplan“) vorangebracht wurde. Spanien, das zunächst vom europäischen Wiederaufbauboom abgeschnitten war, sollte für ausländische Investitionen attraktiver werden, also in die zunehmend liberalisierte Weltwirtschaft eingebunden werden. In den Fokus rückte die Förderung der Bauwirtschaft für den privaten Wohnbau aber auch für den sich rasch entwickelnden Massentourismus. Zugleich wurden die Löhne niedrig gehalten und den großen spanischen Banken das Vorrecht eingeräumt, Staatsschulden risikofrei zu kaufen und die Zinssätze gegenüber der Industrie zu bestimmen (vgl. Charnock et al. 2011, 6). Insgesamt sind die 1960er Jahre die Zeit der „kontrollierten Liberalisierung“ Spaniens, die sich als makroökonomisches Erfolgsprojekt bis zur Weltwirtschaftskrise von 1973 mit Wachstumsraten von jährlich sieben Prozent (vgl. ebd.) äußert. Angesichts der oben angesprochen strukturellen Problemstellungen und der kaum ausgeprägten interventionistischen Möglichkeiten, wird Spanien von der Weltwirtschaftskrise ab 1973 besonders hart getroffen. Sie überlagert in ihren sozialen Folgen noch die Jahre der *Transición*. Von 1978 bis 1982 kam es zu mehr als einer Million Jobverlusten (vgl. ebd.).

Das spanische Modell weist in weiterer Folge zwei Aufwärtstrends auf, die hier im Vorgriff angedeutet werden sollen. Zunächst in der zweiten Hälfte der 1980er als sich wiederum im Kontext der angeheizten globalen Konjunktur und des EG-Beitritts die Auslandsinvestitionen enorm steigern. Der makroökonomische Aufschwung ereignet sich dabei durchwegs innerhalb der Muster des Wettbewerbsstaates, wie an der De-Industrialisierung und der fortgeschriebenen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ersichtlich ist (vgl. Banyuls/Recio 2012, 208f.). Die rapide steigende Nachfrage nach Konsumgütern kann folglich nur in einem sehr geringen Maß durch den nationalen Markt befriedigt werden. Das Handelsbilanzdefizit wurde ab den 1990er Jahren zu

einem Strukturproblem. Nach den globalen Depressionsjahren 1991-94, erlebt Spanien rund um die Jahrtausendwende zum dritten Mal unverhältnismäßige Boom-Jahre, sodass Spanien vor Ausbruch der Finanzkrisen in Sachen Neuverschuldung, Kaufkraft und Arbeitsplatzschaffung deutlich über dem EU-Schnitt steht (vgl. Charnock et al. 2011, 7).

Das Ausmaß der vergangenen Wirtschaftskrisen in Spanien ist vor dem Hintergrund dieser überdurchschnittlich stark oszillierenden Wachstumszyklen und den strukturellen Ungleichgewichten zwischen einem expansiven Finanzsektor und einer kaum wettbewerbsfähigen Industrie zu verstehen. Dass die dabei entstanden sozialen Folgekosten nur in einem geringen Ausmaß staatlich abgesichert werden konnten, liegt auch an der spezifischen Genese der staatlichen Politik. Denn auch das politische System hat seine Wurzeln zu einem erheblichen Teil im Franquismus.

3.2. Der post-franquistische Staat als Elitenkonsens

Im Zusammenhang mit dem oben skizzierten „Wirtschaftswunder“ der 1960er wurde die spanische Gesellschaft von beispielloser Modernisierung und Prosperität erfasst, die sich zwar innerhalb des „autoritären Elitenpluralismus“ (Nohlen/Hildebrand 2005, 253; vgl. auch Linz 2011) des Franquismus ereignete, diesen als politisches System jedoch anachronistisch erscheinen ließ. Der Spätfranquismus⁸ von 1969 bis 1975 war somit von breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und teils offener Gewalt im Inneren geprägt (vgl. Bernecker 1997, 186ff.; Share 1986, 50). Hinzu kam eine erneute diplomatische Isolierung⁹ und externer Druck angesichts der „Nelkenrevolution“ in Portugal und der Europäisierung (vgl. Ortuño Anaya 2002, 8). General Francisco Franco folgte zur langfristigen Erhaltung seines Regimes dem Credo, die in ihm gebündelte Macht nach seinem Tod auf „die Institutionen“ übergehen zu lassen. Hierfür legte er 1969 (den kaum bekannten) Juan Carlos als seinen Nachfolger als Staatsoberhaupt fest. Das Ende des Franquismus als repressives politisches System war mit Francos Tod am

⁸ Zur in Spanien üblichen Periodisierung des Franquismus vgl. Antón 2012, 44ff.

⁹ Angesichts der politischen Hinrichtungen von Regimegegnern im Jahr 1975 zogen die EWG-Staaten ihre Botschafter ab. In seiner stärksten Phase konnte der franquistische Staat allerdings gute diplomatische Verhältnisse pflegen, was maßgeblich vor der Logik des Ost-West-Konflikts zu interpretieren ist. Ab den 1950ern wurden die USA wichtigster Partner Spaniens, woraufhin sich die diplomatischen Beziehungen zu Westeuropa normalisierten. Auch mit der UdSSR gab es keine nennenswerten Spannungen (vgl. Share 1986, 49f.).

20.11.1975 also keineswegs besiegelt, auch wenn seine soziale Grundlage erodiert schien. Erst im langwierigen und umstrittenen Ausgleichsprozess der *Transición* gelang den „konvertierten Franquisten“ die (juristische) Liquidierung des Franquismus innerhalb seiner eigenen Legalität (vgl. Bernecker 2012, 267).

Im engeren Sinne erstreckt sich der „paktierten Übergang“ bis zur Ausarbeitung der Verfassung durch das Parlament und ihrer Annahme durch die Bevölkerung in einem Referendum im Jahr 1978 (vgl. Share 1986, 86ff.). In der Regel wird ihr auch noch die Übergabe der Regierungsgeschäfte an den PSOE und somit an ein anderes politisches Lager 1982 zugerechnet (vgl. Preston 1986, 227). Da einander einst bekriegende Fraktionen an der Aushandlung der Demokratie beteiligt waren und die tiefen historischen Konfliktlinien nicht erneut gewaltsam aufgebrochen waren, gilt die spanische *Transición* im politikwissenschaftlichen Mainstream als vorbildhaft für den Übergang autoritärer Systeme in demokratische und war nach 1989 Referenzpunkt für akademische Analysen zur Demokratisierung Osteuropas (vgl. Huntington 2009; zur Kritik vgl. Heywood 1995, 5). Diese positive Bezugnahme auf die *Transición* ist vor einem ideengeschichtlichen Hintergrund der überwiegenden Ablehnung der Demokratie und des Liberalismus innerhalb der *Hispanidad* naheliegend. Angesichts der mangelnden kollektiven demokratischen Erfahrung hielten die wenigsten BeobachterInnen eine relativ rasche Etablierung formaler Demokratie für möglich (Smith 2015, 139). Ihr rein *technisches* Gelingen rechtfertigt die Einschätzung als Präzedenzfall.

Dennoch ist ein ausschließlich affirmativer Bezug auf die Transition zu problematisieren. Dies gilt in dem Ausmaß, in dem sie Kontinuitäten der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zum Franquismus impliziert (vgl. Oberndorfer 2016, 85), die folgenreich die Krisenhaftigkeit der spanischen Politik und Ökonomie determinieren. Die Krise der diktatorisch regierten Staaten Südeuropas lag für Poulantzas darin, dass sie keinen Zusammenhalt im Machtblock herstellen konnte, da das politische System ideologisch wie institutionell stark entkoppelt von der Bevölkerung, besonders von den Subalternen und der „inneren Bourgeoisie“ war (vgl. Poulantzas 1975, 42f.). Gemeinsam mit den ZeitgenossInnen der Sozialistischen und Kommunistischen Partei erachtete Poulantzas einen „demokratischen Bruch“, das heißt eine Vertiefung der Bewegungen und Aufstände „von unten“ wie sie zunächst in

Portugal stattgefunden hatten, als notwendige Bedingung für jedwedes Ende des Franquismus (vgl. ebd., 49ff.).

Wiederkehrende Proteste hatten vor allem dann unbestrittenen Einfluss auf den Demokratisierungsprozess, wenn dieser zeitlich zu versanden drohte (vgl. Bernecker 1993, 150). Jedoch gab es zu keinem Zeitpunkt eine Mobilisierung, die einen eindeutigen „Bruch“ herbeiführen konnte. Angesichts der institutionellen Unbeugsamkeit des Franquismus lässt sich der Übergang als ausgehandelter Pakt zwischen der Union des demokratischen Zentrums (Unión de Centro Democrático, UCD), als parteiförmige Vertretung des moderaten Franquismus, und der Sozialistischen Partei (PSOE) beschreiben. Darüberhinaus waren auch die Kommunistische Partei (PCE) und die Alianza Popular (AP), die Vorläuferin der heutigen Regierungspartei, sowie die Sozialpartnerschaft eingebunden (vgl. Share 1986, 202f.). Die *Transición* ist eine Hinführung Spaniens zur politischen Mitte. Sowohl die revolutionäre Linke wie auch die extreme Rechte wurden in diesem Prozess marginalisiert, wobei letztere ihre antidemokratischen Drohungen noch 1981 in einem Militärputsch umsetzte. Die Entschärfung ökonomischer Konflikte in den Bereichen ArbeitnehmerInnenrechte und Lohnpolitik wurden in den sogenannten Pakten von Moncloa unter Einbeziehung der Gewerkschaften verhandelt (vgl. Bernecker 2006, 51ff.).

Indem der Übergang zur Demokratie also im Wesentlichen von politischen Kräften des Franquismus und von der Sozialistischen Partei ausverhandelt wurde, kam es zu impliziten institutionellen und machtpolitischen Kontinuitäten zum Franquismus. Exemplarisch hierfür ist sowohl das Zustandekommen als auch der Inhalt der Verfassung. Auch Hinblick auf die später zu untersuchenden Auffassungsänderungen der Rechtsnormen, soll der spanischen Verfassung im folgenden Abschnitt Beachtung geschenkt werden.

3.2.a Der Konsenscharakter der Demokratie am Beispiel der Verfassung

Die Verfassung ist die Zuspitzung des Elitenkompromisses zwischen gemäßigten Franco-Loyalen und der Sozialistischen Partei. Sie wurde ab 1976/77 von einem siebenköpfigen Gremium ausverhandelt, dem drei Mitglieder der UCD angehörten und je

eines des PSOE, der AP, des PCE, so wie der baskischen und katalanischen Parteien. Die Zusammensetzung spiegelt zunächst die Vormachtstellung der Ex-Franquisten wider. Angesichts des Ergebnisses der ersten Wahlen von 1977 war besonders der PSOE unterrepräsentiert (vgl. Share 1989, 46ff.). Auf das Insistieren von UCD-Chef Adolfo Suárez hin, wurde die Verfassungstext durch die UCD in Rücksprache mit dem PSOE formuliert, während die anderen Fraktionen marginalisiert geblieben sind (vgl. Bernecker 2006, 84).

Der PSOE konnte weder seine republikanischen noch seine säkularen Forderungen durchsetzen. Gemäß Artikel 1.3 ist Spanien eine parlamentarische Monarchie (und keine Republik), was neben dem Staatsoberhaupt vor allem symbolische Wirkmacht hat. Innerhalb dieser Staatsform stehen die katholische Kirche und die „übrigen Konfessionen“ in einem positiven Verhältnis zu den öffentlichen Behörden und sollen im Speziellen eine unterstützende Rolle in der Erziehung spielen (vgl. Martín 2012, 72ff.; eigene Übersetzung). Auf den PSOE zurückzuführen sind hingegen das Verbot der Todesstrafe und grundsätzliche Weichenstellungen im gesellschaftspolitischen Bereich. Ehescheidung und Abtreibung, franquistische Tabus, waren ermöglicht bzw. nicht dezidiert verboten. Konsensual ist die „Marktwirtschaft“ festgeschrieben, da sie die Freiheit der Unternehmen und andererseits das Recht auf Streiks bei gleichzeitigem Recht und Pflicht auf Arbeit hervorhebt (vgl. Bernecker 2006, 85). Insgesamt gleicht die Verfassung der Verbriefung des kleinsten gemeinsamen Nenners zwischen den beiden beteiligten Lagern, weshalb ihr Inhalt viel Spielraum für die politische Realität gab. Am deutlichsten gilt das für das Verhältnis des Zentralstaates zu den Regionen¹⁰. Der Verfassungstext wurde zunächst im Parlament und später von der Bevölkerung in einem Referendum angenommen. Der Zuspruch von 87,8 Prozent relativiert sich angesichts der bescheidenen Wahlbeteiligung von 67 Prozent. Im Baskenland stimmten weniger als ein Drittel der Wahlberechtigten für die Verfassung (vgl. ebd., 83f.). Änderungen der Verfassung wurden von der Zapatero-Regierung angestrebt und hätten unter anderem den Senat zu einer stärkeren Territorialkammer umbauen und die Gleichstellung von

¹⁰ Die verfassungsrechtliche Anerkennung der „Nationalitäten und Regionen“ war ein Bruch mit der franquistischen Staatsstruktur, sie hatte jedoch noch keine unmittelbaren Konsequenzen für die Machtkompetenz der Regionen. Bis heute anhaltende Konflikte um das Ausmaß der Autonomie der sogenannten „historischen Autonomen Gemeinschaften“ Galizien, Katalonien und des Baskenlandes sind die Folge (vgl. Martín 2011, 74).

Frauen in der Thronfolge ermöglichen sollen. Sie erfolgten letztlich aber nur im Zuge der Implementierung des EU Vertrags von 1992 und der im Kontext der jüngsten Austeritätspolitik eingeführten Schuldenbremse in Artikel 135 (vgl. ebd., 86; vgl. Sánchez Barrilao 2013, 689ff.).

Jedenfalls schien es gelungen, das Land verfassungsrechtlich auf die Höhe der Zeit zu heben, in dem Sinne, in dem die politische Ordnung (liberale Demokratie) mit der ökonomischen übereinstimmte. Ein zweiter Blick verrät einige Besonderheiten dieser Verbindung, die sich am Wahlrecht und der daraus resultierenden Konzeption des Parlaments zeigen. Das Wahlrecht wurde so konzipiert, dass ländliche Regionen überproportional repräsentiert werden. In 85 Prozent der Wahlkreise sind weniger als 10 Mandate zu vergeben, wodurch zwischen 10 und 50 Prozent der Stimmen notwendig sind, um ein Mandat zu erhalten (vgl. Oberndorfer 2016, 86). So gibt es zwar keine Prozenzhürde, aber dennoch eine Begünstigung der Großparteien und eine Überrepräsentation der bevölkerungsarmen, als konservativ erachteten Regionen¹¹ (vgl. Bernecker 2006, 109). Durch die zweite Kammer des Senats sollte der Einfluss ländlich-konservativer Gebiete ebenfalls erhalten bleiben. Vor dem Hintergrund der Begünstigung der Großparteien sollten im Postfranquismus – wie auch in Portugal und Griechenland – stabile Regierungsmehrheiten gewährleistet werden (vgl. Heywood 1995, 89). Gestärkt wurde zudem die Rolle des Premierministers, auch um ihn vom monarchischen Einfluss zu isolieren. Er hat freie Hand in der Zusammenstellung der Regierung und verfügt in seiner Arbeit über ein ihm unterstelltes *Gabinete de la Presidencia* (dt.: Präsidenschaftsbüro). Er kann nur mitsamt der gesamten Regierung aus dem Amt enthoben werden. Der Präsident oder die Präsidentin ist somit fast deckungsgleich mit der Exekutive, und insgesamt die wichtigste Figur im politischen Systems Spaniens (vgl. ebd., 90f.).

¹¹ In Madrid werden für einen Sitz im Parlament ca. dreimal so viele Stimmen benötigt wie in der bevölkerungsärmsten Provinz Soria. Insgesamt begünstigt die Gleichsetzung der Wahlkreise mit den Provinzen angesichts der Disproportionalität von Grundmandaten und Bevölkerungsverteilung den ländlichen Raum (vgl. Bernecker 2006, 109).

3.3 Zwischenfazit – Franquistische Kontinuitäten in der Demokratie

Während im von Nicos Poulantzas untersuchten Frankreich das fordistische Gesellschaftsarrangement Veränderungen ausgesetzt war, die auch die Form des Staates tangieren sollten, stellt im Spanien der 1970er Jahre die *Transición* einen Sonderfall der zeithistorischen politischen Entwicklung dar. Die Thematisierung einer etwaigen spanischen Ausprägung des autoritären Etatismus muss deshalb dem spezifischen Gründungsvorgang der spanischen Demokratie Rechnung tragen. Auf der Höhe der bisherigen Entfaltung der Entwicklungen, lässt sich zu den vier im Theorieteil genannten allgemeinen Merkmalen des autoritären Etatismus (vgl. Jessop 2006, 56f.) Folgendes festhalten:

Die Ausgestaltung der demokratischen Institutionen erfolgte unter der Obhut der franquistischen Institutionen, die jeweils klare Handlungsspielräume festlegten. Es wurde eine starke, in der Person des Ministerpräsidenten oder der Ministerpräsidentin zugespitzte Exekutive konzipiert, während das Parlament zuvorderst der gemäßigten Opposition dienen sollte. Das mehrheitsfördernde Wahlrecht und die kaum etablierte parteipolitische Tradition begünstigten diese Gegenüberstellung der zwei politischen Lager im Parlament. Indem die *Transición* diese beiden Gewalten mit einer Hierarchie belegte, kam der Teilung dieser Mächte in Spanien ein reichlich fiktiver Charakter zu (vgl. Heywood 1995, 100). Das Parlament sollte in der *parlamentarischen* Monarchie also nur eingeschränkten Handlungsspielraum erhalten. Die *Transición* verlangte von der Polizei, der Guardia Civil und von der öffentlichen Verwaltung ein Bekenntnis zur Demokratisierung, ohne dass diese Institutionen zunächst grundlegend verändert wurden. Berücksichtigt man diese Einflussnahmen der franquistischen Kräfte auf den Demokratisierungsprozess, scheint die von Poulantzas beschriebene Herausbildung netzwerkförmiger Strukturen, die sich neben die formale Staatlichkeit stellen würden, begünstigt. Die erste Arbeitsthese, wonach der Etatismus in Verbindung mit seinem Vorgängersystem zu setzen ist, hat sich demnach als plausibel erwiesen.

Da Parteien im Zuge der *Transición* erst legalisiert wurden, erlebten sie anders als Poulantzas für Frankreich feststellte, zunächst eine Aufwertung ihrer Bedeutung. Tatsächlich nahmen die vom König eingesetzte Partei UCD und ihr Parteichef Adolfo Suárez eine bedeutende Funktion der Vermittlung des Reformprozesses gegenüber der spanischen Bevölkerung ein. Was aber ihre historische Genese oder die Mitgliedszahlen

betrifft, waren die Parteien nicht mit jenen in Westeuropa zu vergleichen (vgl. Bernecker 2006, 109ff.). Diese Einsicht gilt im Kern auch für die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens, die sich am Konsens der *Transición* beteiligte und unter Felipe González in den 1980er Jahren eine Vormachtstellung im politischen System Spaniens einnehmen sollte. Das vierte Kapitel beleuchtet nun die Festigung der parlamentarischen Demokratie unter der Regierungszeit des PSOE (1982-1996), die maßgeblich durch die Anforderungen der Europäisierung und durch die Folgen der Wirtschaftskrisen der 1970er herausgefordert war. Dabei soll gezeigt werden, inwiefern die ProtagonistInnen der jungen parlamentarischen Demokratie angesichts der beschriebenen verfassungsrechtlichen Ausgangslage ein spezifisches spanisches Arrangement des autoritären Etatismus vertieft haben.

4. Die Ära Felipe González

In diesem Kapitel werden der Aufstieg der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) und die damit verbundene Festigung der parlamentarischen Monarchie beleuchtet. Charakteristisch für das erste Jahrzehnt des Postfranquismus (1975-1986) sind die relativ rasche Loslösung der Parteipolitik von den bekannten, teils noch durch den Bürgerkrieg geprägten Konfliktmustern und die Versuche der Parteien, neben den inhaltlichen auch organisatorische Umwandlungen zu bewerkstelligen. Der PSOE durchlief dabei selbst eine Transformation hin zu einer stimmenmaximierenden *Catch-all* Partei, die an der Regierung weitreichende wirtschaftspolitische „Modernisierungen“ vornahm, um Spanien innerhalb des europäischen Marktes zu festigen. Sowohl angesichts dieser wirtschaftspolitischen Ausrichtung als auch angesichts der Schärfung innerparteilicher Hierarchien soll ergründet werden, ob der PSOE als Staatspartei gemäß der poulantzianischen Begrifflichkeiten gelten kann und welche Momente des autoritären Etatismus in der Festigung der parlamentarischen Monarchie zu beobachten waren.

4.1 Die Etablierung des PSOE als Großpartei in der Demokratie

Den ersten Wahlen von 1977 kam zuvorderst die Funktion zu, die aus über 260 eingetragenen Listen bestehende Parteienlandschaft der Demokratie zu strukturieren (vgl. Bernecker 2006, 109). Spaniens Rechte war unter Franco in der Einheitspartei *Movimiento Nacional* (dt.: „Nationale Bewegung“) aufgegangen und hatte im Postfranquismus zunächst Schwierigkeiten mit der längerfristigen Organisationsform. Zwei Fraktionen stechen hervor: Das Wahlbündnis Unión de Centro Democrático (UCD, Union des Demokratischen Zentrums) umfasste als Zusammenschluss von zwölf Parteien und Gruppierungen gleichermaßen „konvertierten“ Falangisten und die „bürgerliche Mitte“, wovon einige sozialdemokratische und liberale Parteien zeugen. Außerdem verfügte es mit Adolfo Suárez über die bis dahin prägendste Persönlichkeit der politischen Reformen (vgl. ebd. 111ff.). Der eingeschlagene Kurs wurde von 34,4 Prozent der Wählenden gutgeheißen, die UCD war stimmenstärkste Fraktion (vgl. Heywood 1995, 190). Die zweite bedeutende Gruppierung im rechten Spektrum war zunächst die Alianza Popular (AP, Volksallianz) von Manuel Fraga. Anders als die UCD war die AP um ein weiterhin positives Image des Franquismus bemüht. Dieser wurde als

„Entwicklungsdiktatur“ gedeutet und einige seiner Dogmen – die Ablehnung jeglicher Annäherung an die Regionen und gesellschaftspolitischer Reformen wie Ehescheidungen – blieben beibehalten (vgl. Matuschek 2008, 53; Bernecker 2006, 116). Dass sie lediglich acht Prozent erreichte (vgl. Bernecker 2006, 117), kann seitens der WählerInnen als Absage an die Vorstellung eines „Franquismus ohne Franco“ verstanden werden.

Überraschend stark war das Wahlergebnis des PSOE von 28,5 Prozent in zweierlei Hinsicht. Er wurde die stärkste geschlossene Partei (die UCD war wie gesagt ein Wahlbündnis) und klar stärkste Kraft im linken Spektrum vor der kommunistischen PCE, die neun Prozent erzielte (vgl. ebd., 125). Während der PCE auch im Widerstand gegen das Franco-System in Spanien aktiv und verwurzelt geblieben war, operierte der PSOE bis zum Spätfranquismus aus dem Exil in Toulouse und hatte seinen realen Einfluss auf das Geschehen in Spanien weitgehend verloren (vgl. Smith 2015, 137ff.). Erst in den 1970er Jahren gelang es einigen jungen, nach dem Krieg geborenen PSOE-Mitgliedern (den sogenannten „*renovadores*“) den innerspanischen Flügel gegenüber der Führung in Toulouse zu stärken: 1974 wurden die kaum über dreißigjährigen Andalusier Felipe González und Alfonso Guerra zum Parteichef bzw. Vizeparteichef gekürt, wodurch sich die Partei in den von ihnen geführten PSEO (Renovador), die „historische“ Exil-Fraktion PSOE (Histórico), den Partido Socialista Interior (PSI) und einige regionale Parteien auffächerte. González und Guerra kam zugute, dass die Sozialistische Internationale ihre Fraktion präferierte, weil sie als am stärksten in Spanien verwurzelte Kraft galt. Dazu kam finanzielle und organisatorische Unterstützung von der SPD aus Deutschland (vgl. Bernecker 2006, 122). Mit dem beachtlichen Wahlergebnis konnte der González-PSOE alleinigen Anspruch auf die spanienweite Repräsentation des Sozialismus stellen. Übrig blieb schließlich ein PSOE, in den der PSI integriert wurde (vgl. Gillespie 1989, 285ff.).

Inhaltliche und strategische Differenzen waren dadurch nicht überwunden, wovon der erste legale Parteitag vom Dezember 1977 zeugte: Vor allem als Zugeständnis an die linke Parteibasis wurde die Ausrichtung des PSEO als „marxistisch und demokratisch“ festgelegt. Von einer Synthese von Parlamentarismus und dem „historischen Projekt der Arbeiterklasse“ war die Rede (vgl. Gillespie 1989, 322). González und Guerra wollten der Partei öffentlich ein stärker an die europäische Sozialdemokratie ausgerichtetes Bild

verpassen, wodurch für den PSOE eine „transition within a transition“ (ebd., 299) eingeleitet wurde. Als loyale Oppositionspartei der UCD machte sie deutlich, dass man den konsensualen Charakter der parlamentarischen Monarchie nicht herausfordern würde (vgl. ebd.), sondern sich an der Vertiefung der noch fragilen Demokratie beteiligen würde. Dies war angesichts des beschriebenen Verlaufs der *Transición*, an dem sich die Partei beteiligen und dadurch ihr Profil schärfen konnte, opportun. Die eigene Zukunft schien dem PSOE im Hinblick auf kommende Wahlen gerade ohne die revolutionäre Rhetorik vielversprechend:

„[T]he PSOE was to be a principal actor in the future democracy. Given the persistent political and economic obstacles that threatened the consolidation of a democratic regime, the Socialists were entirely disposed to limiting mass mobilization, containing rhetoric, and restricting partisan conflict to private discussions among political elites.“ (Share 1989, 46)

Bei den Wahlen von 1979 erwies sich diese Strategie noch nicht als erfolgreich, weshalb es auf den Parteikongressen im selben Jahr zu einem Richtungsstreit um die „Professionalisierung“ des PSOE zwischen dem sogenannten *sector crítico* der Parteibasis und den *oficialistas* um González kam. Erstere forderten eine breite gesellschaftliche Verwurzelung und Öffnung der Partei. Letztere forcierten eine hierarchische, geschlossene Partei, die sodann im Wahlkampf Stimmen maximieren sollte. Die „Offiziellen“ saßen letztlich am längeren Ast: Angesichts der Ablehnung seines Kurses innerhalb der Basis verweigerte González zunächst seine Kandidatur zur Wiederwahl. Es gelang der Parteilinken allerdings nicht, eine Gegenkandidatur in Stellung zu bringen, zumal das politische Talent González' unbestritten, seine Führung von vielen weiterhin gewünscht war. Nach diesem Zwischenspiel der Zustimmung zur Parteispitze González/Guerra bei gleichzeitiger Kritik saßen die *oficialistas* letztlich fester im Sattel (vgl. Bernecker 2006, 122f). Die innerartlichen Strukturen wurden zentralistisch zugunsten der Spitze ausgerichtet, der Einfluss der Parteibasis wurde über die Reduzierung der Delegationen von 1000 auf 50 geschwächt. Programmatisch setzte sich eine sozialdemokratische Ausrichtung durch (vgl. ebd.). Der PSOE verstand sich weiterhin als politische Kraft der ArbeiterInnenklasse, was aber Bündnisse und Koalitionen mit anderen Klassen einschließen sollte. Entsprechend wurden „nicht-marxistische“ Anschauung und vor allem auch der religiöse Glaube, das heißt der Katholizismus zu erschließender WählerInnenschichten respektiert (vgl. Gillespie 1989, 337ff). Wirtschaftspolitisch akzentuierte die Partei sozialdemokratische Kernthemen,

wie eine gerechtere Einkommensverteilung, Verstaatlichungen und die Schaffung neuer Jobs (vgl. Share 1989, 61). Das (Kongress-)Jahr 1979 stellt also sowohl inhaltlich als auch organisatorisch die Weichen hin zu einer *Catch-all* Partei. Wie im Kapitel zur *Transición* bereits angedeutet wurde, entsprach dies schließlich dem Zeitgeist, da die politische Kommunikation zwischen den Parteien einen moderaten, „paktierten“ Charakter angenommen hatte und in der spanischen Öffentlichkeit der Wunsch nach Stabilität die historischen Deutungsmuster des Politischen abgelöst hatte (vgl. Gillespie 1989, 367). Um sich in dieses Muster einzufügen, galt es Präferenzen zu setzten:

„[T]he PSOE's programme could not have been more moderate. Long-term ambitions for the creation of a just and egalitarian society were subordinated to immediate practical tasks like the restructuring of Spanish industry, the stimulation of employment, the reform of Spain's cumbersome civil service and the elaboration of a more positive and independent foreign policy.“
(Preston 2005 [1986], 166)

Während der PSOE also eine funktionale „Wahlmaschine“ geworden war, kam es auf Seiten der UCD im selben Zeitraum zu einer fortschreitenden Desintegration der Bündniskräfte, die zunächst im Rückzug Suárez' und 1982 in der Auflösung gipfelte (vgl. Share 1986, 167f.). Angesichts der organisatorischen Schwäche der Rechten und der Professionalität mit der sich der PSOE zunächst durch die angespannte Stimmung um den Militärputsch 1981 und später mit der Mobilisierung der Anti-Nato-Stimmung durch den Wahlkampf manövrierte, brachten die notwendig gewordenen Neuwahlen ein Ergebnis, das in der Frühphase der *Transición* als völlig unmöglich gegolten hätte (vgl. ebd., 111): Die Sozialistische Partei gewann 48 Prozent der Stimmen und die absolute Mandatsmehrheit im Kongress. Unter Felipe González sollte sie für 14 Jahre die Regierung stellen, regionale Parlamente dominieren und Spaniens Entwicklung als Demokratie, sowie seine Rolle als internationaler Akteur in der Nato und der EG/EU prägen. Im Folgenden werden einige Charakteristika der PSOE Regierung entfaltet, die in einem weiteren Schritt eine Einordnung der Protagonistin der jungen spanischen Demokratie im Lichte des Konzepts der Staatspartei ermöglichen sollen.

4.2 Der regierende González-PSOE als „Staatspartei“

Der Wahlerfolg des PSOE ist auf seine Professionalisierung als Partei und auf das Machtvakuum geschwächter politischer GegnerInnen zurückführbar (vgl. Bernecker 2006, 122f.). Erst zeitversetzt gelang der Rechten (in der AP/PP) als auch dem PCE (durch das Wahlbündnis Izquierda Unida (IU, „Vereinigte Linke“)) eine organisatorische Neuausrichtung. Die bemerkenswert lange Regierungszeit von 1982 bis 1996 korrelierte auch mit der anhaltenden wirtschaftlichen Stabilisierung im Kontext der globalen Überwindung der Ölkrise in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre – wenngleich diese mit einer sozialen Polarisierung einherging. Die González-Regierung konnte zwar über vier Legislaturperioden bestehen, musste allerdings fortwährend Stimmenverluste verzeichnen und benötigte ab 1993 Koalitionen mit regionalen Parteien. Dieses Kapitel soll zeigen, wie sich im demokratischen Spanien das ökonomische Dispositiv herausgebildet hat und inwieweit dadurch autoritäre Strukturen innerhalb der Partei und im Parlament begünstigt wurden. Unter den vierzehn Jahren PSOE-Regierung fand eine *formale* Festigung der Demokratie statt, die angesichts ihrer hohen sozialen Folgekosten bereits den Grundstein für die ab 2011 artikulierten Forderungen nach ihrer Ausweitung zur „echten Demokratie“ (*democracia real*) legte und die Ablehnung des Duopols der Parteien stärkte (vgl. Castillo-Manzano et al. 2017, 158). Dem raschen Aufstieg des PSOE zur Staatspartei folgte angesichts der internen Krisen und der Verschärfung des makroökonomischen Anpassungsdrucks der langfristige Niedergang der Partei.

4.2 a) Ökonomische Modernisierung und soziale Polarisierung

Die Folgen der Ölkrise der 1970er Jahre waren ein omnipräsenter Referenzpunkt für alle Parteien der *Transición*¹². Der UCD-Reformpolitik zum Trotz war das Wirtschaftswachstum im Wahljahr 1982 im Vergleich zum spätfranquistischen Höhenflug auf zwei Prozent eingebrochen, während sich Spanien hinsichtlich der Staatsverschuldung und Produktivität substantiell verschlechtert hatte (vgl. Bernecker 2006, 250). Die Arbeitslosigkeit von 16 Prozent machte ersichtlich, dass die politische

¹² Vgl. hierzu die Wahlkampfauftritte 1977 der Fraktionen im staatlichen Fernsehen in der Reihe Especial TVE Elecciones 1977 unter: <https://www.youtube.com/watch?v=5Wr9UPulrQA> (letzter Zugriff: 09.05.2017).

„Normalisierung“ an sich noch keinen Ausweg aus den sozialen und wirtschaftlichen Problemen bieten würde (vgl. Heywood 1995, 220). Das Ziel, im europäischen Gemeinschaftsmarkt konkurrieren zu können, implizierte eine Fortführung des großen makroökonomischen Anpassungsdrucks. Die Wirtschaftspolitik des PSOE entsprach also einer „study in mainstream orthodoxy“ (Smith 2015, 148). Durch kontrollierte Kreditvergabe und Lohnpolitik sollte die Inflation niedrig gehalten werden und über die spanische Form des Korporatismus mit den Gewerkschaften *Unión General de Trabajadores* (UGT) und den *Comisiones Obreras* (CC OO) sowie dem ArbeitgeberInnenverband *Confederación Española de Directivos y Ejecutivos* (CEDE) entsprechende Maßnahmen in die Wege geleitet werden:

„The PSOE strategy had at its basis the continuation of *pactismo*, or pact-making, but this time toward the less savory end of implementing an austerity program, reducing government spending, and effecting a rapid and thoroughgoing reindustrialization plan“ (Share 1989, 75)

Exemplarisch für die korporatistischen Anpassungsprogramme ist der für die Jahre 1985/86 geltende „Wirtschafts- und Sozialbeschluss“, den die Regierung mit den besagten SozialpartnerInnen aushandelte. Er umfasste die Beschränkung der Lohnerhöhung auf 5,5 bis höchstens 7,5 Prozent (wodurch nicht mit der Inflation Schritt gehalten wurde), das Bekenntnis der Regierung zur Sparpolitik und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch Teilzeitregelungen und die Aufhebung des franquistischen ArbeitnehmerInnenschutzes (vgl. Share 1989, 75). Ehemals große Industriebranchen, allen voran die Textil-, Stahl- und Schiffsindustrie wurden 1984 gesetzlich der „*Reconversion*“, also der Umstrukturierung freigegeben (vgl. Heywood 1995, 222). Hierfür wurde die franquistische Staatsholding INI (*Instituto Nacional de Industria*) in profitable Unternehmen und einen Abbauzweig geteilt (vgl. ebd., 135). Im Zuge der Teilung erfolgte zwischen 1984 und 1986 die mehrheitliche Privatisierung der Anteile von mehr als 30 Unternehmen, worunter der Verkauf des Automobilherstellers Seat an Volkswagen das prominenteste Beispiel darstellt. Die Privatisierung hatte den wohlwollenden Nebeneffekt, die franquistischen Strukturen in der INI abzubauen. Sie erfolgte also aus pragmatischen, machtpolitischen und aus wirtschaftspolitischen Gründen (vgl. Bermeo 1990, 145).

Vordergründig war es angesichts der Datenlage für den PSOE ein Leichtes, diese Maßnahmen als Erfolg darzustellen und den (eigenen) Glauben in den

marktvermittelten Fortschritt zu stärken, zumal sich ganz Europa vom „Wirtschaftswunder Spanien“ beeindruckt zeigte: Die Inflation war auf fünf Prozent gesunken, das BIP-Wachstum auf fünf Prozent gestiegen. Spaniens Wirtschaft wuchs im Zeitraum von 1986 bis 1989 jährlich stärker als der EG-Schnitt und konnte mit dem EG-Beitritt ihren Status als begehrter Zielort für Investitionen verfestigen (vgl. Heywood 1995, 224f.). Von 1986 bis 1990 stiegen die ausländischen Direktinvestitionen um jährlich durchschnittlich fünf Prozent (vgl. Charnock et al. 2011, 7). In diesen Boom-Jahren der späten 80er offenbarte sich auch die relative Schwäche der Industrie angesichts der gestiegenen inneren Nachfrage (und der stark gehaltenen Pesete). Zwar stiegen die Exporte im Zeitraum 1986 bis 1990 um 20 Prozent, die Importe wuchsen allerdings doppelt so stark (vgl. Heywood 1995, 224f.). Das Leistungsbilanzdefizit wurde zum strukturellen Problem. Die fiskalpolitischen Spielräume waren durch den Eintritt in den europäischen Wechselkursmechanismus geschwächt (vgl. Charnock et al. 2011, 7).

Das Abflauen der Weltwirtschaft brachte Spanien zu Beginn der 1990er vorläufig vom Wachstumspfad ab. Zugleich blieb der Anpassungsdruck durch die Maastricht-Kriterien erhalten. Im *Programa de Convergencia* (dt.: „Konvergenzprogramm“) legte die Regierung ihre Pläne dar, wie man sich angesichts der Teilhabe an der Wirtschafts- und Währungsunion bis 1996 zu positionieren gedachte (vgl. ebd., 235ff.). An der Stärke der Pesete sollte zunächst festgehalten werden und durch hohe Zinsraten sollte die Inflationsrate niedrig bleiben. Zugleich wuchsen die Anforderungen an den Sozialstaat, ohne dass es dafür eine Gegenfinanzierung gab. Somit entsprach die Wirtschaftspolitik des PSOE der gleichzeitigen Anwendung restriktiver Geldpolitik (angesichts der starken Pesete und der hohen Zinsen) und expansiver Fiskalpolitik (in Form der steigenden Staatsausgaben). Diese Paradoxie funktionierte in dem Ausmaß, in dem in Spanien investiert und Peseten aufgekauft wurden. Zwischen September 1992 und Mai 1993 sah sich die Regierung dreimal zu Währungsabwertungen gezwungen, was die Schwäche dieser Politik entlarvte (vgl. Smith 2015, 151f.).

Angesichts der fortwährenden Deregulierung wird der Wirtschaftspolitik des PSOE mitunter eine neoliberale Ausrichtung zugeschrieben (vgl. Royo 2000), was im Bezug auf die Rolle des Staates nicht uneingeschränkt zutrifft. Es wurde schon erwähnt, dass die UCD und der PSOE im rein technischen Sinne der personellen Besetzung und der administrativen Gliederung in neue Ministerien und regionale Behörden den „Staat“

überhaupt erst herzustellen hatten. Außerdem kam es zur Errichtung sozialstaatlicher Grundlagen, die im kollektiven Gedächtnis bis heute dem PSOE zugeordnet werden und seine StammwählerInnen etablierten (vgl. Bernecker 2006, 272f.). Die im Vergleich zu anderen EG-Staaten überdurchschnittlich ansteigende Gesamtsteuerbelastung der 1980er (vgl. Heywood 1995, 228) ist als Indiz für den zunächst wachsenden Einfluss des Staates zu lesen, der sich durchwegs auch in einer interventionistischen Rolle zeigte. Der Staat war aktiv an der Förderung von Infrastrukturprojekten beteiligt und führte zunächst die Kontrolle des Bankwesens in franquistischer Tradition fort. Reglementiert blieb zunächst auch der Einfluss ausländischer Ölfirmen (vgl. ebd., 227). Obschon die Ära-González in die Zeit Thatchers fiel und dem herrschenden Imperativ der Deregulierung und Liberalisierung weitgehend folgte, wurde ein umfassendes staatliches Tätigkeitsfeld etabliert. Die steigende öffentliche Verschuldung (bis zumindest 1987 (vgl. Share 1989, 77)) liegt also zum Teil in den wachsenden ökonomischen Leistungen des Staates begründet, wie sie Poulantzas für die Dekade der 1970er Jahre beschrieb (vgl. Poulantzas 2002, 242). Zugleich konnten nur zögerlich neue Einnahmen erschlossen werden. Dies mag auch daran gelegen haben, dass der vom PSOE vorgenommene Aufbau des Staates nur relativ wenig an den franquistischen Macht- und Gesellschaftsstrukturen änderte: Die Erhöhung der Steuerbelastung war stärker auf private Haushalte und Einkommen aus Arbeit zurückzuführen als auf die Besteuerung von Unternehmen, Konsum oder Kapital (vgl. Share 1989, 76f.).

Der Anteil der Sozialausgaben am BIP sank in der ersten Regierungsperiode und die soziale Absicherung wurde verstärkt auf den Markt und ins Private verlagert (vgl. Banylus/Recio 2012, 201). So zog die ökonomische Modernisierung eine wachsende soziale Polarisierung nach sich: Als Folge der Umstrukturierung der Industrie hatten in den ersten fünf Regierungsjahren 734 000 Menschen ihre Arbeit verloren¹³ (vgl. Share 1989, 74). Insgesamt waren 21 Prozent der Erwerbsbevölkerung arbeitslos (vgl. Charnock et al. 2011, 7), wovon lediglich ein Viertel von der schemenhaft etablierten Arbeitslosenversicherung gedeckt wurde. Angesichts des Abbaus von Arbeitsplätzen wurden ältere ArbeitnehmerInnen ermutigt, in Pension zu gehen, deren Umfang zugleich reduziert wurde, obwohl die Beitragszahlungen insgesamt erhöht wurden (vgl. Share 1989, 74). Ende der Achtziger waren je nach Zählung zwei bis sieben Millionen

¹³ Ironischerweise war die Schaffung von 800 000 Arbeitsplätzen ein zentrales Wahlversprechen (vgl. El País 17.09.1982).

SpanierInnen von Armut betroffen (vgl. Bernecker 1993, 164). In Andalusien und der Extremadura wurde ein Fonds zur grundlegenden Absicherung der mittellosen TagelöhnerInnen in der Landwirtschaft eingerichtet, den 300 000 Menschen in Anspruch nahmen. Eine EU-Studie attestierte, dass der spanische Wohlfahrtsstaat zu scheitern drohte, bevor er überhaupt errichtet war (vgl. ebd.).

4.2 b) Das Ende des *Pactismo*

In den ersten beiden Regierungsperioden war es der PSOE Spitze um González gelungen, einerseits einen sozialdemokratischen Diskurs öffentlich aufrechtzuhalten und zugleich die Politik der Einsparungen als pragmatische Notwendigkeit zu propagieren und umzusetzen. Kein politischer Mitstreiter konnte sich derart öffentlich glaubwürdig zwischen Idealismus und Pragmatismus, zwischen Kritik und Teilhabe an der politischen Elite bewegen wie Felipe González (vgl. Share 1989, 121ff.). Damit konnte er sich auch von den politischen MitstreiterInnen der *Transición* abheben. Dem antiquiert wirkenden PCE-Chef Santiago Carillo war es nicht gelungen, ein überzeugendes Bild einer „moderate, democratic party“ abzugeben, sodass etwa 60 Prozent der PCE-WählerInnen von 1979 bei der folgenden Wahl 1982 den PSOE wählten (vgl. Smith 2015, 146). UCD-Chef Suárez' posthum gewürdigtes Bild der demokratisierenden Kraft wurde von den Konflikten seinem Parteibündnis überlagert (vgl. Bernecker 2006, 110ff.). González hingegen inszenierte sich zu positiv besetzten, „europäischen“ Themen. Seine „jugendliche“ Strahlkraft wirkte über Spanien hinaus. Internes blieb der „harten Hand“ Guerras überlassen, wobei die innerparteiliche Demokratie schon vor der Regierungsbeteiligung abgenommen hatte (vgl. Share 1989, 121ff.).

Angeichts der wachsenden wirtschaftspolitischen und sozialen Kontroversen, wurden diese Gratwanderungen schwieriger und vermochten nicht länger, die Risse im Modernisierungsimagen und die sich darüber erhebenden Konflikte zu verdecken. Vor allem angesichts des Strukturproblems der Arbeitslosigkeit kam es zu einem Zerwürfnis des PSOE mit der ihm stets loyalen Tochter-Gewerkschaft UGT (vgl. Smith 2015, 150). Während die Forderungen der UGT (und auch anderer Gewerkschaften) in der *Transición* vor allem politisch waren, das heißt die prinzipielle Legalisierung ihrer Aktivität und die Anerkennung des Streikrechts betrafen, richteten sie sich angesichts

der sozialen Krise der späten 1980er gegen den wirtschaftsliberalen Kurs des PSOE. Der größte Generalstreik der spanischen Geschichte im Dezember 1988 („14-D“), an dem sich 90 Prozent der spanischen Beschäftigten beteiligt hatten (auch weil die Rechte gegen den PSOE mobilisiert hatte (vgl. Bernecker 1993, 166)), war von einem prinzipiellen Richtungsstreit um die Neuausrichtung des spanischen Sozialismus umgeben. Dieser endete im besagten Bruch von UGT und ihrer Mutterpartei PSOE und in der längerfristigen Erschütterung des etablierten *Pactismo* des (Neo-)Korporatismus. Der „Protestwinter“ von 1988/89 scheint darüber hinaus Spuren am Image des PSOE hinterlassen zu haben, da das Wahljahr 1989 eine Zäsur in seinem Wahlerfolg darstellt. Die Partei fiel unter 40 Prozent während sich mit der Vereinigten Linken (IU) wieder eine Partei links der Sozialisten zu etablieren schien (vgl. ebd.; Bernecker 2006, 126).

Dieser Bruch ist vor dem Hintergrund der beschriebenen inneren Umstrukturierung der Partei von einer „sozialistischen Arbeiterpartei“ hin zur stimmenmaximierenden sozialdemokratischen Partei zu rekonstruieren. Die Entstehung mitgliedstarker *Volksparteien* im deutschen Sinne hatte der Franquismus unterbunden. Die Mitgliedschaft in Parteien lag in den frühen 1980ern bei nur sechs Prozent (vgl. Baumer 2001). Lediglich der PCE konnte durch seinen Einfluss in den (semi-)legalen Gewerkschaften eine tatsächliche Basis aufweisen. Der vom PSOE vollzogene Wandel zu einer *Catch-all* Partei, war in dieser Konstellation eine erfolgreiche strategische Umstrukturierung, die zudem den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen schien: „The PSOE's electorate remarkably reflected the country as a whole in terms of gender age, occupational status, region and type of community – much more so than either the UCD or the PCE“ (Smith 2015, 146). Es gab dem eigenen Verständnis nach kein antagonistisches Gegenüber zur Partei, die sukzessiv gute Beziehungen zu den Unternehmensverbänden und zum Bankwesen etablierte. Symbolisch vielsagend ist in diesem Zusammenhang auch das öffentlich bekannte freundschaftliche Verhältnis von González und König Juan Carlos (vgl. Bernecker 1993, 163). González und Guerra brachten in den konfliktbehafteten Parteitage der späten Siebziger zum Ausdruck, dass sich die Stärke der Partei nach der *Transición* nicht in ihrer Mitgliedzahl und Verflechtung zur „Masse“ artikulieren würde¹⁴. Dass die Mitgliedszahlen der Partei

¹⁴ Etwas anders stellte sich die Mitgliedschaft zunächst bei den Gewerkschaften dar: Die PCE nahen *Comisiones Obreras* (CC OO) und die eng mit dem PSOE verwobene Gewerkschaft UGT hatten 1978 (angeblich) jeweils rund zwei Millionen Mitglieder, was ihren realen Einfluss auf den Demokratisierungsprozess nahelegt (vgl. Bernecker 1993, 147).

sodann dennoch erheblich gewachsen sind (von 8 000 im Jahr 1976 auf 160 000 im Jahr 1986 (vgl. Nohlen/Hildebrand 1992, 348f.)), ist vor allem auf den neu zu errichtenden sozialdemokratischen Staat zurückführbar. Die Umstrukturierung des als dysfunktional erachteten Staates umfasste den Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen, die vor allem das *pluriempleo*, also die (tolerierete) Mehrfachbeschäftigung im öffentlichen Dienst beenden sollte (vgl. Share 1989, 70). Von den neu entstandenen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst wurden bereits 1984 etwa 50 000 an PSOE-Mitglieder vergeben:

„PSOE membership could be very advantageous for any young, aspiring politician seeking and/or holding office. This instrumental motivation to join the PSOE is reflected in the marked ‚professionalization‘ of the middle and upper levels of the party. By 1990, more than 70 % of PSOE delegates to the party congress drew their salaries from the government as either office holders or civil servants.“ (Smith 2015, 184)

Das Muster der Stärkung der Parteispitze bei Abwertung andere AkteurInnen lässt sich auch im Parlament erkennen. Konsequenterweise kam es zu einer Aufwertung der Exekutive um die Person des Regierungschefs, die den gesamten demokratischen Prozess beeinflusste. Das Parlament war auf das Verabschieden der Policies durch die PSOE-Mehrheit reduziert, Kritik konnte weder von der Linken noch von der desorganisierten Rechten kommen. Die *Cortes* kamen dem niederschweligen Ziel der *Transición*, Ort der gemäßigten öffentlichen Debatte unter gleichen Kräften zu sein, kaum nach:

„More than in any other European country parliament follows government in a docile manner, unable to exercise its proper control functions. Investigative commissions are rarely established and parliament has ceased to serve as a public forum in which the major national problems are debated. Indeed, the Spanish executive faces fewer formal limits on its power than does the President of the USA.“ (Heywood 1995, 100)

Die exekutive Macht des PSOE blieb insofern über die 14 Regierungsjahre abgesichert, was sich allerdings nicht auf die Stärke der Partei insgesamt übertragen lässt. Sie war sowohl von den Gewerkschaften als auch von den organisatorisch gestärkten Oppositions- und Regionalparteien herausgefordert. 1989 fiel der PSOE auf 39,9 Prozent der Stimmen, was nach dem Wahlrecht gerade noch für die Regierungsmehrheit reichte. In der vierten Regierungsperiode ab 1993 war die Partei schließlich auf die Unterstützung baskischer und katalanischer Parteien angewiesen (vgl. Bernecker 2006, 123). Der modernisierte PP saß den Sozialisten 1993 bereits mit 35 Prozent im Nacken.

Die Vereinigte Linke konnte sich mit 10 Prozent etablieren. Die frühen 1990er waren öffentlich von Korruptions- und Bestechungsvorwürfen um die intransparenten Finanzierungsstrukturen der zwei großen Parteien dominiert (vgl. Heywood 1995, 183f.), was dem PSOE als Regierungspartei erheblichen Schaden beigelegt hatte. 1996 war schließlich der Weg für zwei Regierungsperioden des Partido Popular geebnet. Mit dem Versuch, der Partei ein breiteres gesellschaftliches Fundament (zurück) zu geben, gelang es Jose Luis Zapatero erst im 21. Jahrhundert, die Talfahrt der SozialistInnen zu bremsen (vgl. Butzlaff/Seifert 2011, 196). In seine Regierungszeit sollte auch das Platzen der Immobilienblase 2008 fallen, in deren Folge sich das Aufeinandertreffen einer starken Exekutive mit breiten Formen des Widerstands erneut artikulieren sollte. Ehe sich das fünfte Kapitel diesen Ereignissen zuwendet, soll im folgenden Zwischenfazit diskutiert werden, welche Muster des autoritären Etatismus die PSOE-Dominanz der 1980er Jahre beschreiben können.

4.3 Zwischenfazit – Die Konsolidierung des demokratischen Spaniens

Die Realisierung der *Transición* als Konsens der politischen Eliten ist vor dem Hintergrund der vorangegangenen ökonomischen und gesellschaftlichen Annäherung an Westeuropa zu interpretieren. Angesichts der Unverhältnismäßigkeit, in der das politische System zur sozioökonomischen Beschaffenheit stand, konnte Poulantzas folgerichtig von einer irreversiblen „Krise der Diktatur“ sprechen (vgl. Poulantzas 1975, 42f.). Zu klären bleibt, inwiefern sich der Postfranquismus innerhalb der Muster des autoritären Etatismus entfaltete, wie ihn Poulantzas in den entwickelten kapitalistischen Staaten zu erkennen meinte.

Es wurde dargelegt, dass dieser Begriff angesichts des erodierenden Wohlfahrstaates in den europäischen Zentren und des neo-konservativen Roll-Back des Staates auf eine Veränderung der Form des Staates verweist. Es ist also die monumentale Krise des Kapitalismus in seinem Übergang vom keynesiansich-kontrollierten zum finanzdominierten-liberalisierten Zuschnitt, deren politische Implikationen die Debatte über eine Veränderung der westlichen Demokratie nahegelegt haben. Es wurde gezeigt, dass die diese Periode bestimmenden Aspekte der intensivierten Verzahnung von Politik und Ökonomie sich auch in Spanien realisiert haben. Die zu einem erheblichen

Teil interventionistische Wirtschaftspolitik und die Etablierung (sozial-)staatlicher Strukturen stand unter dem ökonomischen Druck, der sich über den Wettbewerb des europäischen Marktes und seinen Institutionen ergeben hatte. Die Jahre der *Transición* und der PSOE-Regierung sind von der Gleichzeitigkeit sozialstaatlicher Policies und neoliberalen Sparparadigmen, von einem Tauziehen um staatliche Einnahmen und Ausgabenkürzungen geprägt. In dem Ausmaß, in dem staatliche Handlung also vom Dispositiv des ökonomischen Staatsapparats vorstrukturiert ist, ist die Legitimität des Staates brüchig.

Umso wichtiger war das Bekenntnis zur Europäischen Gemeinschaft, das dem jungen Staat als Sinnbild für eine demokratische Zukunft seit jeher eingeschrieben war. Neben dieser symbolischen Wirkmacht, beschloss die Mitgliedschaft das ökonomische Entwicklungsmodell Spaniens im Rahmen des „disziplinierenden Neoliberalismus“. Die zum Teil schon in der „behutsamen“ ökonomischen Öffnung des Franquismus angelegte Polarisierung des spanischen Arbeitsmarktes und der Vermögens- und Einkommensverteilung wurde durch die Unterordnung unter die Wettbewerbsfähigkeit verschärft. Den eigenen Diskurs vom Sachzwang der Modernisierung bestätigend, stellten sich Verteilungsgerechtigkeit und Jobsicherheit als außerhalb der (partei-)politischen Gestaltbarkeit liegend dar. Die Öffnung brachte zyklische Wachstumsrekorde ohne die Krisenhaftigkeit und –Anfälligkeit der spanischen Ökonomie zu mildern. Im Wissen um die nach 2007 einsetzende soziale Misere und die mangelnden verteilungspolitischen Spielräume, lässt sich bilanzieren, dass die wirtschaftspolitische Ausrichtung des Spät- und Postfranquismus „die finanzielle Grundlage des Staates zu einem Zeitpunkt [schwächte], als die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eher nach höheren öffentlichen Ausgaben verlangten.“ (Banyuls/ Recio 2012, 213)

Der spanische Fall zeigt, dass die Umsetzung der – auch von außen vermittelten – makroökonomischen Zielsetzung der Haushaltsdisziplin maßgeblich über nationalstaatliche AkteurInnen geschieht. Dreh- und Angelpunkt der Entwicklung ist der PSOE. Eine Partei, die sich binnen eines Jahrzehnts von einer revolutionär-sozialistischen zu einer gemäßigt sozialdemokratischen Prägung gewandelt hatte und sich dabei einer „version of orthodox liberal market economics that would surprise even the most right wing of northern European social democrats“ (Petras zit. n. Share 1989, 7) verschrieb. Die beschriebenen sozialen Krisen, die aus der makroökonomischen

Anpassung folgten, hatten Auswirkungen auf die innere Struktur der Partei und auf ihre Stellung im politischen System, vor allem auf den parlamentarischen Prozess. Die Abkehr von der (im Postfranquismus rasch überholten) Repräsentation gesellschaftlicher (Klassen-)Interessen übersetzte sich in eine große inhaltliche Flexibilität der Partei und einen weitgehend situativen Umgang mit der öffentlichen Meinung und einstigen Parteiversprechen (vgl. Heywood 1995, 214).

Indem sowohl die Exekutive als auch das Parlament vom PSOE dominiert waren und die Gewaltenteilung des spanischen politischen Systems auch durch die Verfassung nur auf einem losen Fundament stand (vgl. Heywood 1995, 89), bildeten sich in der Ära González der erste und der zweite¹⁵ Aspekt des autoritären Etatsismus nach Jessop (2006, 56f.) heraus. Indem der PSOE außerdem als „Transmissionsriemen“ für ökonomische Entscheidungen begriffen werden kann und eine direkte Verbindung zur Verwaltung aufbauen konnte (vgl. Smith 2015, 184), kann der PSOE als Staatspartei klassifiziert werden. Die politischen Parteien betreffend, zeichnet sich hier also ein ähnliches Bild, wie es Poulantzas in Frankreich erkannte, auch wenn der Entstehungsprozess durch die *Transición* ein anderer war. Sieht man von der Staatspartei ab, ist die Bedeutung der Parteien wie auch bei Poulantzas beschrieben (vgl. Jessop 2006, 56f.) im Abnehmen begriffen. Der zunächst mitgliedsstarke PCE konnte sich im Postfranquismus nicht etablieren und verlor seine WählerInnen an den PSOE, dessen WählerInnen über alle (sozioökonomischen) Bevölkerungsgruppen hinweg streuten (vgl. Smith 2015, 146). Wie in diesem dritten, die Parteien betreffenden Punkt von Jessop angedeutet, zeigt sich auch, dass es den Parteien in immer geringerem Ausmaß gelungen war, die Regierungspolitik gegenüber den Wählenden zu erklären, wovon große Streiks und die Stärke der Gewerkschaften zeugten (vgl. Bernecker 19993, 166). Die im vorigen Kapitel als Einfluss des Franquismus beschriebene netzwerkförmige Parallelstruktur der Macht – der vierte Punkt bei Jessop – wurde zugunsten einer dem PSOE loyalen Verwaltung abgebaut. Zugleich legten ab den 1990ern Korruptionsfälle teils illegale Verflechtung der Parteien PSOE und AP/PP mit den Unternehmen nahe (vgl. Heywood 1995, 183f.).

¹⁵Was den von Poulantzas und Jessop angesprochen Bedeutungsverlust der Rechtsstaatlichkeit durch die Zunahme von partikularen Interessen betrifft, ist anzumerken, dass der Postfranquismus erstmals ein tatsächlicher Freiheitsgarant ist. Die an sonst so vage Verfassung stellt Freiheits- und Menschenrechte besonders deutlich und in klarer Abgrenzung zum juristischen Vorgänger heraus (vgl. Bernecker 2006, 84).

Die demokratische Konsolidierung Spaniens beinhaltet angesichts der Stärkung von Exekutive und Regierungschef, der Herausbildung einer Staatspartei und der graduellen Abkehr von den formal etablierten Grundlagen des Staates einige Facetten des autoritären Etatismus. Mit dem Begriff von Poulantzas kann also gezeigt werden, dass sich (paradoxe Weise) in der Phase der Festigung der parlamentarischen Monarchie, bereits Erosionserscheinungen der formalen Demokratie bemerkbar machen, die äußerlich mit den Phänomenen in Frankreich und Westeuropa zu vergleichen sind. Für Spanien hat sich dabei gezeigt, dass die Elemente dieser Staatsform funktional für die Durchsetzung der beschriebenen wirtschaftspolitischen Modernisierung gegen interne Widerstände war.

Wählt man den die González-Regierungen umspannenden Zeitraum als Referenzpunkt, zeigt sich also, dass Poulantzas' Konzept des autoritären Etatismus auch für einen Staat mit einer anderen historischen Genese als Frankreich instruktiv ist. Die Plausibilität des Konzepts sei als vorläufige Bilanz noch einmal am Bild der gleichzeitigen Stärkung und Schwächung des Staates illustriert: Die Stärkung bezieht sich auf die Macht der Regierung González und artikulierte sich auf der symbolisch-ideologischen Ebene als liberale Öffnung innerhalb Europas. Angesichts der geringen Verteilungsspielräume offenbarten sich allerdings auch Schwächen. Die soziale und ökonomische Inklusion war ins Stocken geraten. Der Sozialstaat konnte sich in Spanien gar nicht erst als Mythos entlarven, wie Poulantzas auf Nordeuropa bezogen zuspitzte (vgl. Poulantzas 2002, 240), da er in dieser Form nie errichtet worden war. Vom franquistischen Syndikalismus verlagerte sich die soziale Absicherung sukzessive in den vom Immobilienboom gestützten Finanzsektor. Defizite der Legitimation sind insofern Grundbestandteil der spanischen parlamentarischen Monarchie in der Phase ihrer Konsolidierung.

5. Aktuelle Dimension des autoritären Etatismus

Der erste Untersuchungszeitraum hat dargelegt, dass sich das demokratische Spanien aus der Krise der franquistischen Diktatur heraus entwickelt hat und sich dabei eine spezifische Artikulation des autoritären Etatismus entfaltet hat, die sich für die Anforderungen an die liberalisierte Weltwirtschaft als funktional herausgestellt hat. In weiterer Folge ist von Interesse, inwieweit das Konzept des autoritären Etatismus auch im Lichte der globalen Finanzkrise Erklärungskraft für Entwicklungen im spanischen Nationalstaat behält, zumal zentrale Wirtschaftspolicies auf europäischer Ebene vorgegeben und kontrolliert wurden. Im Fokus des folgenden Kapitels steht deshalb die von PSOE und PP betriebene Krisenpolitik und die dadurch entstandene Krise der beiden Staatsparteien.

5.1 Wirtschaftswunder und -krise: Die Realisierung der Weltfinanzkrise 2007 in Spanien

Der mit 2007 einsetzenden Wirtschaftskrise ging abermals eine Dekade über dem europäischen Durchschnitt liegender Wachstumsraten voraus. Die Einbindung in die Wirtschafts- und Währungsunion gewährleistete Fiskalstabilität und führte durch sinkende Zinsen (von über zehn Prozent 1992 auf zwei Prozent im Jahr 2005 (vgl. Royo 2009, 21)) zu einer Belebung der Investitionstätigkeit. Für private Haushalte und Unternehmen stieg also der Anreiz zur Verschuldung, während sich der Staat andererseits den Konvergenzkriterien verschrieb. Der Euro untermauerte insgesamt die Attraktivität Spaniens als sicheren Zielort von Auslandsinvestitionen (vgl. Mendizabal 2014, 10). Wie sich bereits nach der Demokratisierung gezeigt hatte, legte der europäische Rahmen die Grundlage für günstige Kapitalzirkulation und die „financial repositioning of the Spanish economy within the international division of labour“ (López/Rodríguez 2010, 10). Die PP-Regierung unter Manuel Aznar (1996-2004) nützte nach den Rezessionsjahren der frühen 1990er diese makroökonomische Ausgangslage zur Vertiefung der Bedeutung des Bausektors innerhalb der spanischen Volkswirtschaft: 1998 wurde der Zugang der Baufirmen zu öffentlichen Aufträgen und Lizenzen auf nationaler Ebene vereinfacht (vgl. Mendizabal 2014, 7), wodurch sich allerdings auch Räume für korrupte Machenschaften öffneten (s.u.). Die Regierungen der autonomen Regionen erhofften sich zudem gesamtwirtschaftliche Impulse vom Bausektor (vgl. Cano Fuentes et al. 2013, 1210). Die

Entwicklung des Hypothekarmarktes kann deshalb im besagten Zeitraum als das Kernstück der gesamten sozioökonomischen Entwicklung herausgestellt werden, wie der Begriff des „Asset-Price-Keynesianismus“ zum Ausdruck bringt:

„Its motor lay precisely in the so-called ‘wealth effects’ generated by growth in the value of households’ financial and property assets. So long as this continued to increase, it could sustain a double ‘virtuous circle’ of rising aggregate demand and financial profits, without raising wages or public spending.“ (López/Rodríguez 2010, 10)

Zwischen 1996 und 2006 wurden jährlich durchschnittlich 600 000 Baueinheiten in Auftrag gegeben (vgl. Esteban/Altuzarra 2016, 108), begleitet von einer zwölf prozentigen Steigerung der Immobilienpreise pro Jahr (zwischen 1997 und 2007). Zugleich wuchs der Umfang der Hypothekarschuld von 100 Milliarden auf 600 Milliarden Euro (vgl. Cano Fuentes et al. 2013, 1210). Indem die Banken ihr Geschäftsmodell an die beschriebenen Rahmenbedingungen anpassten, erreichte die Kreditvergabe sämtliche Einkommensschichten: Die *Cajas* vergaben ab den Neunzigern „Easy Loans“, also Kredite mit niedrigen Zinsens bei langer Laufzeit, zudem gab es „Willkommenskredite“ für MigrantInnen. Die Eigentumsrate an Immobilien betrug 2007 schließlich 87 Prozent, wobei rund ein Drittel der spanischen Haushalte zwei oder mehr Immobilien erworben hatte (vgl. López/Rodríguez 2010, 10f.). Bedenkt man zudem die hohe Zahl ausländischer EigentümerInnen von Immobilien, wird ersichtlich, warum die Nachfrage am Immobilienmarkt lange hoch geblieben war und kein Überangebot entstanden war (vgl. Cano Fuentes et al. 2013, 1210). Gerade in Erinnerung an die Dot-Com Krise von 2000 galten Immobilien überdies als besonders sichere Vermögensanlage (vgl. ebd.).

Die vermeintlichen Wohlstandseffekte des Asset-Price-Keynesianismus manifestierten sich in einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des Privatkonsums um sieben Prozent zwischen 2000 und 2007, obwohl die Reallöhne um zehn Prozent gesunken waren (vgl. López/Rodríguez 2010, 12). In diesem Zeitraum verzeichnete der Arbeitsmarkt eine akkumulierte Zuwachsrate von 36 Prozent, das heißt sieben Millionen Menschen traten in den Arbeitsmarkt ein. Im Zeitraum 1997 bis 2007 ging etwa ein Drittel der neuentstandenen Jobs im EU-15 Raum auf Spanien zurück (vgl. Royo 2009, 20). Erstmals war Spanien auch Zielland von (Arbeits-)Migration, zwischen 2000 und 2007 erreichten etwa fünf Millionen Menschen Spanien (vgl. ebd.). Die Arbeitslosenrate hatte trotz der so gewachsenen Erwerbsbevölkerung mit acht Prozent

im Jahr 2007 einen historischen Tiefstand erreicht. Die unter González gewachsene Staatsverschuldung sank, neben den guten Konjunkturdaten auch deshalb, weil die Sozialausgaben – vor allem Bildung und Gesundheit – in die Kompetenzen der autonomen Gemeinschaften ausgegliedert wurden. In den zehn Jahren von 1995 bis 2005 erreichte das BIP-Wachstum jeweils vier Prozent (vgl. López/Rodríguez 2011, 5). Es lässt sich also festhalten, dass das in den 1960ern aufgekommene ökonomische Entwicklungsmodell um die Jahrtausendwende seine größte Entfaltung erfahren hatte. Die Spezialisierung auf finanzmarktgestützte Dienstleistungen innerhalb der Spielregeln der liberalisierten Weltwirtschaft hatte sich nach allen makroökonomischen Indikatoren als (vorübergehende) Erfolgsgeschichte herausgestellt (vgl. ebd.).

Die latent vorhandenen Schwächen dieser Entwicklung sollten erst verspätet, dafür umso schärfer an die Oberfläche treten: Der nicht durch staatliche Garantien abgesicherte Versuch, den „sozialen“ Wohnbau allein über die Kapital- und Immobilienmärkte zu forcieren und darüber hinaus die besagten „Wohlstandseffekte“ zu generieren, ist auf den Einklang steigender Häuserpreise und wachsender Kredite zur Aufrechterhaltung der Nachfrage angewiesen. So wurde eine Blasenbildung genährt (vgl. Cano Fuentes et al. 2013, 1209 ff.). 2004 wurde in Kreisen der *Banco de España* erstmals vor einer Überhitzung des Hypothekarmarktes gewarnt (vgl. El País 09.06.2017). Angesichts des „rather extensive uptake of mortgage loans“ war offensichtlich, dass sich „Irritationen“ im globalen Finanzsystem, wie sie 2007 im Zuge der Pleite von Lehman Brothers einsetzen würden, auch in Spanien niederschlagen würden (vgl. Cano Fuentes et al. 2013, 2011).

Am Immobilienmarkt hatte sich eine entsprechende Abwärtsspirale bereits 2006 angekündigt als zwar noch 900 000 Bauaufträge in Auftrag gegeben wurden (mehr als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen), die Verkäufe allerdings bereits zurückgingen (vgl. López/Rodríguez 2011, 20). Infolge einsetzender Krisentendenzen auf den Wohnungsmärkten in Großbritannien und Irland, verloren Landtitel an Wert, während die Verschuldung privater Haushalte bereits auf 84 Prozent des BIP angestiegen war (vgl. ebd., 21). Die Pleite der Immobilien-Firma Martinsa-Fadesa im Juli 2008, die mit 5 Milliarden den größten Zahlungsausfall der Geschichte darstellt und ein fünf Millionen Einheiten umfassendes Überangebot am Immobilienmarkt Ende des Jahres markierten das Platzen der Blase (vgl. ebd.). Die Folgen übertrugen sich zeitversetzt ab 2009 auf den Finanzsektor und den Staatshaushalt. Gestiegene Zinsen

auf die Auslandsschulden erhöhten vor allem zwischen 2010 und 2012 im Kontext der Griechenlandkrise den externen (Spar-)Druck (vgl. López/Rodríguez 2010, 20f.; Banyuls/Recio 2012, 216). Wählt man außerdem den Arbeitsmarkt als Referenzpunkt, beginnt die Wirtschaftskrise Ende 2007, als die Arbeitslosenrate ihren historischen Tiefstand von 8 Prozent wieder überschritten hatte und bis 2010 auf 20 Prozent gewachsen war (vgl. Barreiro/Sánchez-Cuenca 2012, 282). Der Anstieg ist zu einem Gutteil auf die Qualität der Arbeitsverträge zurückzuführen. Die Bauwirtschaft konnte durch Entlassungen eine rasche Anpassung an die Krise bewerkstelligen (vgl. Banyuls/Recio 2012, 214).

Während die wirtschaftliche Entwicklung mit ihren inhärenten Widersprüchen weiterhin innerhalb des beschriebenen Modells fortgeschritten war, verschob sich das Kräfteverhältnis im Parlament im selben Zeitraum. Es bewegte sich von der beschriebenen Konsenspolitik der *Transición* und von der PSOE-Hegemonie der 1980er Jahre in Richtung einer kontinuierlichen Polarisierung zwischen den Großparteien. In Hinblick auf die Erosion des Parteiensystems im Kontext der Wirtschaftskrise soll die Phase des polarisierten Wettbewerbs zwischen den Großparteien (vgl. Torcal/Lago 2008, 369) nachstehend abgebildet werden.

5.2 Die Polarisierung des Parteiensystems

Das Ende der oben beschriebenen Ära González der 1980er Jahre wurde von der Konsolidierung des Partido Popular als konservative, wirtschaftsliberaler Partei begleitet. Die Umbenennung von *Alianza* auf *Partido* erfolgte auf Drängen der Fraktion der Europäischen Volksparteien (vgl. Jost 1994, 274). Der PP stellte mit José Maria Aznar acht Jahre (1996-2004) die Regierung, der PSOE war die größte Oppositionspartei. Zwischen 1993 und 2008 vereinten die beiden Parteien rund drei Viertel der jeweils abgegebenen Stimmen auf sich, wobei der Abstand zwischen ihnen nie größer als fünf Prozent war (vgl. Torcal/Lago 2008; Bernecker 2006, 117ff.). Von diesem Muster wurde lediglich 2000 abgewichen, als die Konservativen bei einer ungewöhnlich niedrigen Wahlbeteiligung – weil etliche PSOE StammwählerInnen der Wahl ferngeblieben waren – 44,5 Prozent und eine absolute Mandatsmehrheit im Parlament erreichten (vgl. Field 2009, 382). Die Zuspitzung des parlamentarischen Wettbewerbs auf die beiden Staatsparteien in den 1990ern äußert sich auch auf der

Policy-Ebene. Die offen wirtschaftsliberale Positionierung des PP, seine Befürwortung des Zentralstaates und die außenpolitische Annäherung an die USA heben sich deutlich von der PSOE Neupositionierung unter José Luis Rodríguez Zapatero ab. Die PSOE Regierungsperioden 2004-2011 wurde angesichts der gesellschafts-, außen- und vergangenheitspolitischen Paradigmenwechsel zum Teil als „zweite *Transición*“ interpretiert (vgl. ebd.). So kam es nicht nur zum sofortigen Rückzug aus dem in Spanien äußerst unpopulärem Irak-Krieg und zu einer mittelfristigen Aufwertung der iberamerikanischen Beziehungen. Vergangenheitspolitisch wurde die erstmalige staatliche Aufarbeitung des Bürgerkriegs und der Franco-Diktatur in die Wege geleitet. Gesellschaftspolitisch brachte der PSOE Gesetze zur Geschlechtergleichheit, die rechtliche Gleichstellung Homosexueller und die Beschneidung der Kirche im Bildungswesen zuwege (vgl. ebd., 387). Diese Inhalte, zu deren Umsetzung der PSOE auch Änderungen der Verfassung anstrebte, beförderten die Polarisierung des spanischen Parlamentarismus: „[T]he degree to which legislators clashed in the legislative arena was the greatest for the whole democratic period since 1977“ (Torcal/Lago 2008, 365). Beide Großparteien konnten angesichts des spaltenden Potentials dieser Themen bei den Parlamentswahlen 2008 Stimmenzuwächse auf Kosten der kleineren Parteien¹⁶ verzeichnen und 83,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen – wobei die SozialistInnen einen unveränderten Vorsprung vor dem PP gegenüber den Wahlen 2004 behielten (vgl. ebd., 364). Den wirtschaftlichen Aufschwung der Boom-Jahre charakterisiert also eine Stärkung der zwei Lagerparteien, sowohl in ihrer Performance bei Wahlen als auch in ihrer inhaltlichen Akzentuierung gegenüber der jeweiligen Konkurrentin.

Eine inhaltliche Klammer zwischen den Regierungen Aznar und Zapatero bildet indes lediglich die Wirtschaftspolitik, da sich Zapatero nahtlos in das beschriebene Entwicklungsmodell eingliederte (vgl. Charnock et al. 2011, 7). Die Auswirkungen des ökonomischen Erfolgskurs der Vorgängerregierungen bildeten die Grundlage für die Artikulation neuer, progressiver Themen im Bereich der BürgerInnen- und Freiheitsrechte und einer wirkmächtigen, über Spanien hinaus gehenden Neuinterpretation der Sozialdemokratie (vgl. Buzlaff /Seifert 2011, 191). Da die Spitzen des PSOE auch in der Krise 2007 auf die vermeintliche Stärke der spanischen

¹⁶Eine Ausnahme bildet die Unión Progreso y Democracia (UPyD), die als erste neue Partei seit 1982 die ins Parlament einzieht (vgl. Torcal/Lago 2008, 368f.).

Volkswirtschaft und des Bankensektors vertrauten, wurde diese zunächst als konjunktureller Abschwung unterschätzt um dann als Krise der Verschuldung und Überregulierung des Arbeitsmarktes bekämpft. Auf ausgabenlastige Rettungseingriffe folgten ab 2010 völlig gegensätzliche Maßnahmen der Austeritäts- und Lohnkürzungspolitik (s. u.). Diese Kehrtwende sollte Zapatero zum Rückzug als Parteichef und zu verfrühten Neuwahlen zwingen.

Die Reaktionen der Großparteien auf die Wirtschaftskrise haben in weiterer Folge eine bemerkenswerte Erosion des Parteiensystems mit sich gebracht (vgl. Medina 2016). Nachdem der PSOE im gesamten demokratischen Spanien eine dominante Stellung im linken Spektrum inne hatte, die vom achtjährigen Höhenflug Zapateros untermauert worden war, stürzte die Partei in eine bis ins Jahr 2017 anhaltende Parteikrise, die besonders durch Podemos verschärft wurde. Doch bereits das orientierungslose Krisen-Handling der SozialistInnen im Vorfeld der Wahl 2011 brachte den PP in eine komfortable Rolle als Herausforderer und in der Folge mit absoluter Mehrheit zurück an die Regierung (vgl. Kennedy 2012, 673ff.). Nach einer Amtsperiode im Zeichen der Sparpolitik ist die Partei seit 2016 zwar noch relativ komfortabel die stärkste Kraft im Parlament – allerdings in einer Minderheitsregierung, die vor allem auf die Unterstützung der neuen wirtschaftsliberalen Partei Ciudadanos (C's) angewiesen ist. So hat der Partido Popular eine Konkurrenz in seinem klassischen WählerInnen-Segmenten erhalten. C's stellt sich zudem als Antikorruptionspartei dar (vgl. Ciudadanos Parteiprogramm), was durchaus opportun scheint, zumal der PP auf vielen Ebenen von Korruptionsaffären umgeben ist und im Juni 2017 einem Misstrauensvotum in den Cortes standhalten musste (s.u.). Nachstehend sollen deshalb die staatlichen Reaktionen auf die Wirtschaftskrise dargestellt werden. Ausgehend davon können in einem weiteren Schritt die vorläufige Erosion des Parteiensystems und die Schwächung der Staatsparteien debattiert werden. Wichtiges analytisches Bindeglied ist die Krise der Legitimation der Parteienpolitik, die durch den Sparkurs verschärft wurde.

5.3 Rettungs- und Sparpolitik: Das lange Warten auf den Aufschwung

In der staatlichen Krisenpolitik lassen sich zumindest zwei Phasen unterscheiden (vgl. Banyuls/Recio 2012, 215), denen unterschiedliche, über die europäische Ebene vermittelte Deutungen der Krise zugrunde liegen. Sie sind somit nicht durch den

Regierungswechsel erklärbar. Bis Mai 2010 versuchte Zapatero die „Verlangsamung des Wachstums“ (zit. n. Der Standard 17.01.2010) durch expansive Fiskalpolitik aufzufangen – hierfür gibt es gewisse europäische Parallelen wie die deutschen Verschrottungsprämien für Autos. Im Wissen um die niedrige Staatsverschuldung (vgl. Barreiro/Sánchez-Cuenca 2012, 283) und im Vertrauen auf die genannte Stärke des Banksektors wurde mit einem Umfang von 42 Milliarden Euro (das entspricht vier Prozent des BIP) eines der größten Stimulierungspakete innerhalb der OECD-Staaten in Stellung gebracht (vgl. Kennedy 2012, 674). Hierzu zählt der *Plan E*¹⁷ von 2008, der eingebettet in die Rahmenhandlung einer nachhaltigen Neuausrichtung der Wirtschaft einige nicht aufeinander bezogene Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Aktivität umfasste. Diese betrafen Unterstützungen für Infrastrukturprojekte und staatliche Garantien auf die Kreditaufnahme von kleineren und mittleren Betrieben. Ferner sollten Steuersenkungen bzw. vorübergehende Erleichterungen (wie Gutschriften von 400 Euro auf die Einkommensteuer) und zusätzliche Ausgaben (in Form von Einmalzahlungen an Langzeitarbeitslose) das Konsumniveau hochhalten (vgl. Banylus/Recio 2012, 215f.). Ende 2009 war deutlich geworden, dass die Krise nicht mit Konjunkturspritzen durchtaucht werden konnte. Trotz der hohen Ausgaben – das BIP-Defizit hatte elf Prozent erreicht, die Staatsverschuldung war auf 53 Prozent gestiegen – schrumpfte die Wirtschaft um vier Prozent (vgl. Barreiro/Sánchez 2012; Uxó/Álvarez 2017, 1001).

Dass die Krisenpolitik ab 2010 eine Sparpolitik ist, hängt auch mit einer anderen Interpretation der Krisenursachen auf gesamteuropäischer Ebene zusammen (vgl. Stützle 2013, 319). Demnach hätten vor allem die hohen Staatsausgaben, also ein Wirtschaften „über den Verhältnissen“, die Krise befeuert. Im Interesse der Währungsstabilität überwog das Ziel der Schuldenreduktion gegenüber einem politischen Ausgleich zwischen den kreditabhängigen Euromitgliedern der Peripherie und den krisenresistenteren Gläubigerstaaten Mittel- und Nordeuropas. Bestimmende Elemente der südeuropäischen Wirtschaftsentwicklung wie die Finanzialisierung der Weltwirtschaft hatten sich in den Krisenjahren weiter verdichtet und Konvergenzvorstellungen in weite Ferne gerückt. Diese Konfliktlinie wurde jedoch nicht

¹⁷ Der Plan E heißt in seiner Langform *Plan Español para el Estímulo de la Economía y el Empleo*, Plan für Spanien zur Ankurbelung der Wirtschaft und Beschäftigung.

in ihrer Komplexität aufgegriffen, sondern vordergründig als ein Problem der staatlichen Refinanzierung behandelt (vgl. Demirović/Sablowski 2011, 98).

Auf Ebene der Europäischen Union wurden deshalb die ad hoc getroffenen Maßnahmen der Krisenbearbeitung in Gesetze gegossen und auf Dauer gestellt, wovon das Europäische Semester und das Economic Governance-Paket (das so genannte „Sixpack“) zeugten (vgl. Stützle 2013, 322ff.; 334). Ersteres ermöglichte es der Kommission, länderspezifische wirtschaftspolitische Empfehlungen auszusprechen, um die Wettbewerbsfähigkeit hoch und die Staatsverschuldung niedrig zu halten. Seit 2013 kann die Kommission zudem Haushaltsentwürfe prüfen, bevor sie den nationalen Parlamenten vorgelegt werden. Die Gesetze des Sixpacks erlauben bei „übermäßigem Defizit“ Strafzahlungen von 0,2 Prozent des BIP (vgl. ebd., 334). Deutschland und in der Budgetpolitik ähnlich verfasste Staaten wie Österreich, Schweden, die Niederlanden, sowie maßgebliche EU-KommissarInnen forderten zudem automatische Sanktionsmechanismen. Diese konnten von Frankreich abgewehrt werden, das dafür zustimmte, private GläubigerInnen bei der Finanzierung der Rettungsmaßnahmen einzubeziehen. Nunmehr bestimmt die Mehrheit der FinanzministerInnen über Sanktionen (vgl. ebd.; Der Standard 19.10.2013). Der Europäischen Rat gab zudem im März 2011 die Leitlinie vor, die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer nicht durch nationalstaatliche Lohnpolitik zu gefährden, wodurch für nationale Regierungen der Druck auf Arbeitsmarktreformen wuchs (vgl. Stützle 2013, 366f.).

Obwohl Spanien die Konvergenzkriterien stets erfüllt hatte, war das Land nun fortwährend direktem und indirektem Sanktionsdruck und Defizitverfahren ausgesetzt (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 07.07.2016). Den Beginn der Austeritätspolitik auf nationalstaatlicher Ebene stellte Zapateros Beschluss von 2010 dar, wonach in den kommenden drei Jahren 50 Milliarden Euro eingespart werden sollten um die Neuverschuldung wieder in den Maastricht-Rahmen zu bringen (vgl. Kennedy 2012, 674). Die lokalen Behörden wurden zu Einsparungen aufgerufen. Konkret wurden die Investitionen im öffentlichen Bereich um sechs Milliarden gekürzt (vgl. ebd.) und Bildungs- und Forschungsausgaben um 20 bzw. 25 Prozent zurückgefahren (vgl. Mendizabal 2014, 15). Es ist also eine deutliche Umkehr der vorhergegangenen expansiven Policies zu bemerken. Der Forderung von Merkel und Sarkozy folgend, verankerte Zapatero gemeinsam mit Oppositionschef Mariano Rajoy im August 2011 die Schuldenbremse in Artikel 135 der Verfassung, „um das internationale Vertrauen in

Spanien auf mittlere und lange Sicht zu stärken“ (Zapatero zit. n. Süddeutsche Zeitung 23.08.2011). Die Änderung sollte noch vor der Auflösung der *Cortes* im September beschlossen werden, sodass lediglich zwei Wochen für öffentliche Debatten des Gesetzestextes blieben. Er sieht für den Zentralstaat und die Autonomen Gemeinschaften einen budgetären Einklang mit den Maastricht-Kriterien vor und betont die Priorität der Rückzahlung, sofern diese nicht durch Naturkatastrophen oder wirtschaftliche Rezessionen verhindert wird (vgl. Sánchez Barrilao 2013, 689ff.). Unter Druck stand die Spanische Regierung zudem durch EZB-Chef Jean Claude Trichet, der ebenfalls im August 2011 Arbeitsmarktreformen als Gegenleistung für den Kauf von Staatsanleihen einforderte (vgl. El País 19.12.2014). Bereits 2010 hatte Angela Merkel in einem ebenfalls informellen Schreiben Austeritätsmaßnahmen von Zapatero eingefordert, falls Spanien mit europäischer Unterstützung rechnen würde (vgl. Kickert/Ysa 2014, 456).

Entsprechende Reformen des Arbeitsmarktes folgten als Begleitmaßnahmen zur Sparpolitik. Über eine innere Abwertung, d.h. über die gesetzliche Niedrighaltung der Löhne sollte die spanische Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden (vgl. Uxó/Álvarez 2017, 1001). Per Dekret wurde eine fünf prozentigen Kürzung der Löhne im öffentlichen Dienst ohne Einbeziehung des Parlaments durchgesetzt (vgl. Mendizabal 2014, 12). Außerdem wurde das Pensionsantrittsalter erhöht und sozialpolitische Einmalzahlungen wie etwa 2500 Euro bei Geburten gestrichen (vgl. Banyuls/Recio 2011, 216f.). Im Bereich der Arbeitsgesetze wurden die Möglichkeiten für Kündigungen erleichtert und Abfertigungszahlungen verringert, während die Beschäftigung flexibilisiert wurde. Diese Politik wurde durch die neue Regierung Rajoy ab Februar 2012 fortgeführt, als es ArbeitgeberInnen ermöglicht wurde, aus Beschlüssen auszusteigen und die Arbeitsverträge unilateral zu beschließen (vgl. Fernández Rodríguez et. al 2016, 271). Dies gilt nun bei formal auslaufenden Verträgen, die früher ihre Gültigkeit behalten haben, solange sie nicht neu ausverhandelt wurden oder bei Möglichkeiten der internen Flexibilität für Unternehmen. Angesichts der drohenden Verschlechterung der Qualität der Anstellungsverhältnisse kam es 2010 und 2012 zu Streiks (vgl. ebd.).

Ein wesentlicher Bestandteil der Rettungspolitik betrifft außerdem den Bankensektor, dessen Krise zur Überschuldung und zur Notwendigkeit, EU-Kredite in Anspruch zu nehmen, geführt hatte. Die *Cajas* standen nach dem Einbruch der Interbankenmärkte,

der zur Pleite von Lehman Brothers führte (vgl. Stützle 2013, 313), vor enormen Schwierigkeiten der Refinanzierung. Um die Eigenkapitalquote der Banken zu erhöhen und die Sparkassen zu sanieren, wurde 2009 der Bankrettungsfond FROB¹⁸ mit neun Milliarden Euro ausgestattet (vgl. Menéndez Alonso 2010, 30f.). Außerdem kam es zur Zusammenlegung der Sparkassen zu neuen verstaatlichten Banken. Es wurde darauf gehofft, diese Konglomerate zu einem späteren Zeitpunkt wieder privatisieren zu können (vgl. El País 09.06.2017). Dies dürfte notwendig sein, um die Schulden an den Europäischen Stabilitätsmechanismus zu bedienen. 2011 bezifferte PP-Finanzminister de Guindos den notwendigen Betrag für die Stabilisierung des Bankensektors nach wie vor mit 50 Milliarden Euro, woraufhin im Sommer 2012 Geld aus dem EU-Rettungsfonds gewährt wurden. Seither konnte die Troika – bestehend aus Internationalem Währungsfond, EU-Kommission und EZB – Einfluss auf die spanische Haushaltspolitik nehmen. Die Summe der Hilfgelder beläuft sich auf 41,3 Milliarden Euro. 18 Milliarden davon gehen an die 2010 gegründete Bankia, die einen Zusammenschluss von sieben spanischen Sparkassen bildet und das prominenteste Produkt der spanischen Bankenrettung ist (vgl. ebd.). Ab 2020 ist Spanien zur Rückzahlung von zirka 35 Milliarden Euro an den Europäischen Stabilitätsmechanismus verpflichtet. Etwa 6,6 Milliarden wurden allerdings bereits seit 2014 zurücküberwiesen (vgl. ebd.). Für sich betrachte, ist der spanische Bankensektor gestärkt aus den Krisenjahren hervorgegangen (vgl. Charnock et al. 2011, 8). Wie in Verbindung zum Immobiliensektor aber erneute Blasenbildungen zu verhindern wären, wurde im Zuge der Krisenpolitik nicht erörtert.

Wichtiger Wendepunkt hin zur ökonomischen Stabilisierung Spaniens innerhalb der makroökonomischen Anforderungen ist die Zusicherung von EZB-Gouverneur Mario Draghi, den Euro um jeden Preis zu retten (vgl. Stützle 2013, 338). Der Druck Chinas und der USA auf Deutschland, Griechenland im Euro zu halten, um erneute Turbulenzen am Weltmarkt zu verhindern (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 23.08.2011), trug ebenfalls zur Entspannung auf den Kreditmärkten bei. Das Quantitative Easing der EZB führte sodann 2013/14 zu einer Senkung der Zinsen auf die spanischen Staatsschulden (vgl. Uxó/Álvarez 2017, 1002). Der niedrige Ölpreis hatte einen positiven Effekt auf den spanischen Konsum, zumal es 2014 erstmals wieder zu Lockerungen in der

¹⁸ Die Abkürzung FROB steht für *Fondo de Reestructuración Ordenada Bancaria* (dt.: Fond zur geordneten Umstrukturierung der Banken).

Austeritätspolitik kam (vgl. ebd.). Vor allem angesichts der Entwicklung an den Immobilienmärkten und durch den Tourismus-Boom schienen ab dem Frühjahr 2017 die tiefsten Krisenmomente überwunden. Allerdings lag Spanien mit einer Neuverschuldung von 5,9 Prozent immer noch an zweiter Stelle in der EU, die Arbeitslosigkeit überstieg immer noch die 20 Prozent Marke (vgl. ebd., 999). 2015 wurde einmal mehr ein Stabilitätsprogramm verabschiedet, das bis 2018 einen ausgeglichen Haushalt ermöglichen und die Arbeitslosigkeit auf 15,6 Prozent reduzieren sollte (vgl. ebd., 999f.).

Von analytischer Relevanz ist, dass kein kausaler Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Erholung und der Austeritätspolitik ausgemacht werden kann. Aus der Perspektive des europäischen Südens steht in der EU-Rettungspolitik und ihrer nationalstaatlichen Umsetzung das Interesse nach Währungsstabilität über jenem der makroökonomischen Konvergenz (vgl. Demirović/Sablowski 2011, 98f.):

„[T]he strict austerity programme described by the EU seems to be directed more towards, first, guaranteeing debt repayments to creditor countries and more broadly serving the interest of the richer EU member states, and, only second, achieving macroeconomic stability across Europe and addressing the national priorities and interest of southern European countries“ (Mendizabal 2014, 11.)

Die Krise in Spanien realisierte sich also vor dem Hintergrund der Krise des globalen Finanzkapitalismus, dessen spezifische Bedeutung für Spanien dargelegt wurde. Indem die herrschende Rettungspolitik unter den Leitlinien der „Alternativlosigkeit“ und der Systemrelevanz der Finanzinstitutionen auf die Wiederherstellung dieses Systems abgezielt hat, ist die Fortführung des Modells Spaniens eine immanente Tendenz. Bemerkenswert ist dabei das Ausmaß, in dem diese Ordnung in Spanien kritisiert und öffentlich in Frage gestellt wurde, was nicht nur zu großen Protestwellen, sondern auch zur Etablierung neuer Parlamentsparteien geführt hat (s. u.). Eine wesentliche Dimension der Rettungspolitik ist für Spanien deshalb die Krise der Staatsparteien, der sich der nächste Abschnitt zuwendet.

5.4 Die Erosion der Staatsparteien

Die Austeritätspolitik ist deutlicher als die Umsetzung vorangegangener ökonomischer Richtlinien als Ineinandergreifen von Staatlichkeit auf mehreren Ebenen zu begreifen (vgl. Oberndorfer 2015). Mit den spanischen Staatsparteien waren allerdings nationalstaatliche Kräfte entscheidend für die Implementierung der Policies. Sie waren auch Angriffspunkt der in Spanien vorgebrachten Kritik an der Austerität. Im Zuge der anhaltenden Wirtschaftskrise und der hohen Folgekosten wurde die von Stephen Gill (1998, 17) beschriebene Marginalisierung wirtschaftspolitischer Diskurse in Spanien ein Stück weit gebrochen, indem ein sehr deutlicher Bezug zwischen den Krisenphänomenen und der politischen „Elite“ bzw. „Kaste“ hergestellt wurde. Es lässt sich deshalb von einer Legitimitätskrise sprechen (vgl. Demirović 2011, 73), in deren Folge 2015/16 beinahe ein Jahr lang keine Regierungsbildung gelingen konnte. Dieses Kapitel soll darlegen, wie sich die Staatsparteien im Kontext der Krisenpolitik verändert haben. Nach der Hegemonie der sozialistischen Partei in den 1980ern und dem abschnittsweise polarisierten Wettbewerb der Großparteien kam es im Zuge des Protestzyklus zur Gründung der linkspopulistischen Podemos¹⁹ und zum Ende des gewohnten Zweiparteiensystems. Seine rasche Erosion hat in unterschiedlichem Ausmaß die beiden Großparteien getroffen, sodass die Staatsparteien einer weitgehenden Transformation ausgesetzt waren. Wie sich aber auch andersorts in Europa zeigte, war dies kein eindimensionaler Prozess des völligen Untergangs der „Altparteien“. Nacheinander sollen untenstehend zunächst die Konflikte innerhalb des PSOE und danach die Turbulenzen des PP dargestellt werden.

Zapateros Bemühungen, die Strukturen des PSOE zu reformieren und sukzessive ein inklusiveres, „basisnäheres“ Politikverständnis zu propagieren, können als Reaktion auf den seit González gewachsenen Unmut über die Loslösung der Parteipolitik von der Bevölkerung gelesen werden (vgl. Butzlaff/Seifert 2011, 193ff.). Dieses Unterfangen wurde von der Sparpolitik jäh konterkariert. Der PSOE verlor in allen Regionalwahlen des Jahres 2011, während sich Zapateros Beliebtheitswerte kontinuierlich verschlechtern und schließlich unter jene von Mariano Rajoy gefallen waren (vgl.

¹⁹ Die neuen Parteien Podemos und Ciudadanos sind nur insoweit Gegenstand dieser Arbeit, als dass sie eine erklärende Kraft für die Legitimitätskrise und die Turbulenzen der Staatsparteien besitzen. Für umfassende Darstellungen zu Podemos vgl. Zelik 2015 und Rodríguez López 2016, 77ff..

Barreiro/Sánchez-Cuenca 2012, 291). Er sah sich schließlich zu frühzeitigen Neuwahlen und dem Abtritt als Spitzenkandidat verpflichtet. 2011 erreichten die SozialistInnen mit dem neuen Spitzenkandidat Alfredo Rubalcaba 28,7 Prozent und somit das schlechteste Ergebnis im Postfranquismus. Aus den niedrigen Beliebtheitswerten der PP-Regierung konnten der PSOE angesichts des Aufstiegs von Podemos keinen Profit schlagen. Im Dezember 2015 unterbot die sozialistische Partei mit 22 (bzw. 22,6 bei der Neuausstragung im Juli 2016) das Ergebnis von 2011 – und wäre beinahe hinter Podemos bzw. das erweiterte Bündnis Unidos-Podemos (20,6 bzw. 21 Prozent) zurückgefallen (vgl. Castillo-Manzano et. al 2017, 159). Interne Auseinandersetzungen, ob eine Regierung Rajoy II ermöglicht oder alternative Mehrheiten im linken Spektrum gesucht werden sollten und dafür gar ein dritter Urnengang angestrebt werden sollte, weiteten sich sukzessive zu einer Parteikrise aus (vgl. El País 24.10.2016). Der Parteichef und Spitzenkandidat Pedro Sánchez lehnte mit dem Rückhalt der Basis eine neue Regierung des PP ab und wollte Möglichkeiten der Annäherung an Podemos ausloten, was von den übrigen Parteigrößen und Vorständen der autonomen Gemeinschaften strikt abgelehnt wurde. Hier sind alte Muster des Lagerdenkens ersichtlich, wonach eine Bündnisbildung im linken Parteienspektrum für die Parteilite ebenso undenkbar ist wie eine große Koalition von Konservativen und SozialistInnen. Um den bei Parlamentswahlen erfolglosen Sánchez zu schwächen, zogen sich im September 17 PSOE Mitglieder aus der *ejecutiva federal* zurück. Da dies mehr als die Hälfte des Gremiums ausmachte, sollte so der Rücktritt des Generalsekretärs Sánchez erzwungen werden (vgl. El País 28.09.2016). Dieser, ein Misstrauensvotum befeuernde Disput über die eigenen Parteistatuten spitzte sich am 1. Oktober zu. Sánchez konnte im *comité federal*, dem Bundesausschuss, die Durchführung eines außerordentlichen Parteitages zur Wahl eines Generalsekretärs mit 132 (zu 107) Gegenstimmen nicht durchsetzen und gab seinen Rücktritt bekannt (vgl. El País 2.10.2016). Bis Mai 2017 wurde die Partei dann (wie auch 1979 als González vorläufig zurückgetreten war) von einer vorübergehenden geschäftsführenden Kommission (*comision gestora*) geleitet. Bei der nächsten Sitzung des *comité federal* am 23. Oktober stimmten 139 der 235 Anwesenden für die Aufgabe der Ablehnungshaltung gegenüber dem PP. Öffentlich kundgetane Argumente waren die „Überwindung der politischen Blockade“ (vgl. El País 24.10.2016), die schlecht für Spanien sei und das Recht des PP als stimmenstärkste Partei eine Regierung zu stellen, so wie die Sorge vor weiteren Stimmenverlusten, die den PSOE auch als Oppositionspartei schwächen würden (vgl. ebd.). Baskische,

balearische und katalanische Ministerpräsidenten stellten sich indes gegen die Ermöglichung einer PP-Regierung. Man sei es den eigenen WählerInnen schuldig, eine Amtszeit „der brutalsten und neoliberalsten Partei des demokratischen Spaniens“ zu verhindern²⁰ (ebd., eigene Übersetzung). Regionale Regierungschefs, deren Mehrheiten von Podemos abhingen (Aragón, Castilla-La Mancha und Valencia), äußerten sich am Parteitag nicht, unterstützten jedoch die Duldung des PP. Diese mehrheitsfähige Position ermöglichte Rajoy am 29. Oktober die neuerliche Angelobung als Ministerpräsident. Im zweiten Wahlgang erhielt er mit der Unterstützung von PP und C's die notwendige relative Mehrheit.

Der Richtungsstreit über die Positionierung der sozialdemokratischen Partei sollte indes durch eine Urabstimmung Ende Mai 2017 beigelegt werden. Neben dem Außenseiter Patxi López, dem ehemaligen baskischen Regierungschef, handelte es sich um ein Duell zwischen der Vorsitzenden der andalusischen PSOE Susana Díaz und dem vor wenigen Monaten aus dem Amt gedrängten Pedro Sánchez. Díaz wurde von der Parteispitze, den Regionalchefs und auch von einstigen Parteigrößen Zapatero und González unterstützt. Sie versprach einen PSOE „wie früher“ (zit. nach Der Standard 18.04.2017), was als Anspielung auf die einstige Dominanz der Partei und somit auch auf gewünschte Vormachtstellung gegenüber Podemos zu interpretieren ist. Während für die meisten PSOE-SpitzenpolitikerInnen der Neuling Podemos den politischen Gegner ausmachte, verkörperten diesen für Pedro Sánchez und die „*militantes*“, also die Mitglieder, PP-Chef Rajoy und seine Regierung. So ist zu verstehen, warum er den Rückhalt der 187 000 Stimmberechtigten Parteimitglieder erhielt, die sich vielfach für die Duldung der PP-Regierung revanchierten. Sánchez konnte 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, 40 Prozent entfielen auf Díaz. Seit seiner Bestätigung als Parteichef hebt sich das Erscheinen des PSOE von der seit González eingenommenen Positionierung in der Mitte ab. Sánchez verkündet die „Rückgewinnung der linken Identität“, um den PSOE wieder zu der dominanten linken Partei zu machen und richtete sich in seiner Siegesrede an die „Millionen Progressiven“ im Land (vgl. El País 23.5.2017, eigene Übersetzung). Darauf folgend wurde im Vorfeld des 39. Parteikongresses vom 17.-18. Juni der Parteislogan von „*El futuro empieza hoy*“ („Die Zukunft beginnt heute“) auf „*Somos la izquierda*“ („Wir sind die Linke“) geändert (vgl. El País 07.06.2017, eigene Übersetzung).

²⁰ Originaltext: „*el partido más insensible y neoliberal que ha sufrido España en todos sus años de democracia*“

Sánchez und die ihm nahestehende Parteipräsidentin Christina Narbona betrachten den PSOE als Spitze einer „Einheit linker Kräfte“, und reichten den beiden Gewerkschaftsverbänden die Hand zur Zusammenarbeit (vgl. El País 19.06.2017, eigene Übersetzung). Den jüngsten Entwicklungen Rechnung tragend, wurden am Parteitag auch die Befugnisse der Mitglieder ausgeweitet: Anträge, wonach das *comité federal* bei der Erstellung der Kandidatenlisten nicht in die Vorschläge von lokaler Ebene eingreifen soll, wurden zwar abgelehnt, eine Regierungsbildung muss aber künftig von den PSOE-Mitgliedern abgesegnet werden, ebenso wie die Abberufung von GeneralsekretärInnen bestätigt werden muss (vgl. El País 18.06.2017a). In weiteren „Angelegenheiten besonderer Tragweite“ („*asuntos de especial trascendencia*“) kann es einen Aufruf zur Befragung der Basis geben (vgl. El País 19.06.2017, eigene Übersetzung). Insgesamt erhofft sich der PSOE durch diese Maßnahmen eine Erhöhung der Mitgliedszahlen (vgl. ebd.).

Im Sommer 2017 schienen die Konsequenzen aus den Wahlschlägen 2011 und 2015/16 gezogen und die gravierendsten Spaltungen im PSOE überwunden. Zusammenfassend soll hervorgehoben werden, dass die nach der Finanzkrise artikulierte Kritik an den etablierten Mustern der Politik und die neuentstandene Konkurrenz im linken Spektrum zu den historisch schlechtesten Wahlergebnissen des PSOE und seiner innerparteilichen Krise geführt haben. Im Zuge dessen wurde die Wirkungsweise des PSOE als Staatspartei im Sinne Poulantzas auch im internen Richtungsstreit in Frage gestellt, indem die Auswirkungen der bisherigen Wirtschaftspolitik und die interne Parteistruktur thematisiert wurden. Während der PSOE vor allem im ersten beschriebenen Zeitabschnitt der 1980er zur Entstehung eines zentripetalen Parteienwettbewerbs beigetragen hatte, erfolgte nach dem Aufstieg von Podemos eine linke Positionierung (vgl. El País 25.05.2017). Zugleich kam es zur innerparteilichen Demokratisierung im Sinne einer Aufwertung der Mitglieder bei Schwächung der regionale Parteiorganisationen. Der PSOE signalisiert nun gleichermaßen, dass man zu Podemos abgewanderte WählerInnen zurückgewinnen möchte, ein Ende der PP-Regierung allerdings nicht an Spaniens ältester Partei vorbeiführen könne (vgl. El País 18.06.2017b). An der Wahlurne hat sich diese Strategie erst zu behaupten. Ebenso ist offen, welche wirtschaftspolitische Alternativen zum PP und zur herrschenden Krisenstrategie angeboten werden können und unter welchen Voraussetzungen parlamentarische Allianzen mit Podemos eingegangen werden

würden. Einem von Podemos eingeleiteten Misstrauensantrag gegen den von Korruptionsanschuldigungen heimgesuchten PP, enthielt sich die sozialistische Fraktion im Juni 2017 (vgl. El País 14.06.2017).

Beim Partido Popular artikulierte sich die Krise der Staatspartei auf andere Weise: Zwar hatte der PP im Vergleich zu 2011 seine absolute Mandatsmehrheit einbüßen müssen, der Neuwahl- und Enthaltungspoker des PSOE brachte ihm jedoch von 2015 auf 2016 wieder einen leichten Stimmenzuwachs, sodass die konservative Partei letztlich mit der Unterstützung von C's, die 2015 aus dem Stand 13,9 Prozent erreichen konnten (vgl. Castillo-Manzano et al. 2017), eine hinreichend stabile Regierung stellen kann. Anders als der PSOE ist der PP also nicht mit innerparteilichen Konflikten über seine Positionierung zur Sparpolitik oder zum Umgang mit den Parteimitgliedern beschäftigt. Eingeholt wurden Mariano Rajoy und seine Partei indes von einem in der Regierungszeit Aznars etablierten Korruptionsnetzwerk, das von der lokalen Ebene der Gemeinden, über die autonomen Gemeinschaften Valencia, Madrid, Galicien bis in die Parteispitze reichte, und die öffentliche Glaubwürdigkeit der Partei kontinuierlich herausgefordert und erschüttert hat. Der Spanische Gerichtshof für schwere Straftaten, die *Audencia Nacional*, ermittelt seit 2009 wegen Vorwürfen der Bestechung von Parteifunktionären, Vetternwirtschaft, Geldwäsche und Steuerhinterziehung um ein Komplott des Unternehmers Francisco Correa – die Übersetzung seines Nachnamens ins Deutsche ist auch in der spanischen Presse namensgebend für den Fall als „*Caso Gürtel*“ – und des galizischen PP Politikers Pablo Crespo (vgl. El País 26.07.2017). Drei der mittlerweile 37 Angeklagten haben sich schuldig im Sinne der Anklage und zur Zusammenarbeit mit der Justiz bekannt (vgl. La Vanguardia, 11.10.2016). Auch Correa und Bárcenas gaben vor Gericht weitreichende Einsicht in die Geschäftspraxen. Öffentlich bekannt ist, dass das Team um Correa Bestechungsgelder im Austausch für öffentliche Aufträge angenommen hat und Anteile an Luis Barcenas und somit an den PP weitergeleitet hat. Andererseits wurden PP-PolitikerInnen mit Gefälligkeiten bedacht, wovon wiederum die Unternehmensnetzwerke von Correa profitierten. Gesundheitsministerin Ana Mato und ihr Exmann Jesus Sepúlveda, der Bürgermeister der Stadt Pozuelo de Alarcón in der Provinz Madrid gewesen war, hatten von Correa Gefälligkeiten wie Luxus-Handtaschen, Autos sowie mehrere Flugreisen „geschenkt“ bekommen und – nach Aussagen des Kronzeugen – den lokalen Wahlkampf des PP im besagten Ort mit Schwarzgeld finanziert. Die Reise- und Werbeunternehmen Correas waren jeweils unter den

ProfiteurInnen (vgl. El País 26.11.2014). Insgesamt dürften ungefähr 12 Millionen Euro Schwarzgeld in den Wahlkampf der konservativen Partei geflossen sein (vgl. El País 04.04.2010.) Umgekehrt hatte der Eigentümer der Baufirma *Constructora Hispanica*, der ebenfalls mit der Justiz kollaboriert, offengelegt, 65 000 Euro an Sepúlveda überwiesen zu haben, um bei öffentlichen Ausschreibungen von Autobahnen den Zuschlag zu erhalten. Im größeren Rahmen dürfte Bárcenas so über eine Millionen Euro an Geldern für seine Einmischung in die Vergabe öffentlicher Aufträge erhalten haben (vgl. El País 14.10.2016). Angesichts der Bestechungen erweisen sich die Korruptionsvorwürfe somit als eine Schnittstelle zwischen den Funktionären der Staatspartei und der ökonomischen Entwicklung, zumal auch bebaubare Grundstücke weit unter dem Marktwert mit Geldern von Correa und in einer Gemeinde in der Provinz Madrid auch durch Beteiligung des Bürgermeisters gekauft wurden (vgl. ebd.).

Das Netzwerk bestand von 1996 bis in die frühen 2000er. Eingefädelt wurden es 1996 vom PP-Schatzmeister der Jahre 2008-09 und Senator Luis Bárcenas, der mit dem Vorschlag, künftig engere Beziehungen zwischen dem PP und privaten Unternehmen zu installieren, an Correa herangetreten war. Nach dessen Aussagen umfasste das Netzwerk „das gesamte Team“ von Aznar. Unter Parteichef Rajoy sei die „Chemie“ hingegen schlecht gewesen, weshalb die Kontakte wieder zum Erliegen kamen (vgl. ebd., eigene Übersetzung). Nach den Aufzeichnungen Bárcenas soll allerdings auch Mariano Rajoy, damals Vizeparteichef über elf Jahre jeweils 25 000 Euro erhalten haben, die nicht mit seinem offiziellen Gehalt in Verbindung standen. Er war im Juli 2017 der erste Regierungschef der spanischen Geschichte, der sich vor Gericht verantworten musste. Die erwähnte Gesundheitsministerin Ana Mato legte 2014 ihr Amt nieder, um öffentlichen Schaden von der Partei abzuwenden (vgl. El País 26.11.2014).

Das seitens der Korruptionsstaatsanwälte geforderte Strafmaß wurde im Jänner 2015 verkündet und betrug 125 Jahre Haft und 15,5 Millionen Euro für Correa sowie 42 Jahre Haft für Bárcenas (vgl. El País 16.01.2015). Auf nationaler Ebene sind allerdings noch keine Urteilssprüche gefallen. Die *Audencia Nacional* verlängerte indes ihre Ermittlungen bis Juli 2018. Die langwierige juristische Aufarbeitung ist zum einen auf die vielen beteiligten juristischen Instanzen – die betroffenen Regionalgerichte in Madrid und Valencia, die *Audencia Nacional* und den Obersten Gerichtshof – und auf die graduelle Befangenheit des Personals zurückzuführen. Der Motor hinter den Untersuchung, der wegen der erfolgreichen rechtlichen Verfolgung Augusto Pinochets

international prominente Untersuchungsrichter Baltasar Garzón wurde suspendiert, weil er die Gespräche von Verdächtigten und deren Anwälten abhören ließ. Seine Nähe zum PSOE, für den er in den 1990ern kandidierte, liegt zudem auf der Hand und nährte Spekulationen über parteipolitische Rivalitäten in der Causa (vgl. El País 26.07.2017).

Die Austeritätspolitik führte innerhalb des Partido Popular auf gesamtstaatlicher Ebene also weder zu nennenswerten Personalrochaden, noch zu einer Infragestellung der wirtschaftspolitischen Prioritäten. In Zeiten gebesserter Konjunkturdaten lässt sich mittlerweile wieder ein Bild von der prosperierenden spanischen Wirtschaft zeichnen (vgl. ABC 09.05.2017). Die direkte Verflechtung der Partei mit wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen auf lokaler Ebene bereitet ihr allerdings bis heute ein juristisches Nachspiel. In den Stadtparlamenten von Madrid und Valencia hat der PP die Mehrheiten verloren.

5.5 Zwischenfazit – Staatsparteien im gewandelten Parlamentarismus

In Kapitel vier konnte dargelegt werden, dass bereits die Etablierung der formalen Demokratie in der *Transición* und unter der PSOE-Vormachtstellung mit dem Konzept des autoritären Etatismus von Nicos Poulantzas aufgearbeitet werden kann. Neben der Verblassung der Gewaltenteilung angesichts der besonders ausgeprägten Macht der Regierungsspitze um González und Guerra prägte der PSOE als Staatspartei die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie.

Ab Mitte der 1990er Jahre waren wesentlich stärker zugespitzte Duelle zwischen der Mitte-Rechts-Partei PP und dem PSOE bemerkbar, was das Konzept der Staatspartei stärker auf die konvergente Wirtschaftspolitik reduzierte:

„[...] the macroeconomic programme followed by Zapatero was similar to those followed by Aznar and González, and in broad terms since the transition to democracy. This is the one area that appears to be above partisan politics. Both parties are committed to fairly orthodox economic policies.“ (Field 2009, 287f.)

Diese Kontinuität zeigte sich auch in der Wirtschaftskrise ab 2007, wo sich sowohl der PSOE als auch der PP der Politik der Einsparung und Arbeitsmarktflexibilisierung verschrieben haben und diese lediglich in ihre Rolle als Oppositionspartei ablehnten. Die Arbeitsmarktgesetze und der Schuldenbremse sollten möglichst ohne parlamentarische Debatten durch vorab getroffene Beschlüsse der Großparteien getroffen werden und

dann im Parlament beschlossen werden (vgl. Kickert/Ysa 2014, 456). Maßnahmen wie die Kürzung der BeamtInnengehälter wurden durch ein königliches Dekret nach Artikel 86 der Verfassung verabschiedet. Hiermit wurde ein äußerst dringlicher Bedarf suggeriert, der die Übertragung der legislativen Kompetenzen auf die Exekutive rechtfertigt (vgl. Mendizabal 2014, 12). Die reale Macht der Exekutive entspricht also dem ersten Punkt der Typologisierung von Jessop (2006, 56f.). Es sei mit Poulantzas dieser Aspekt des autoritären Etatismus in Erinnerung gerufen, wonach:

„die reale Unterscheidung zwischen der exekutiven und der legislativen Macht [verblasst]. Die Macht der zur Normativierung und zum Erlass von Regeln und Bestimmungen verschiebt sich auf die Exekutive und die Verwaltung. [...]. Die im Parlament verkörperte Legitimation, deren Bezugnahme eine universelle Rationalität war, gleitet in die Legitimation einer Ordnung der instrumentalistischen Rationalität der Effektivität über [...].“ (Poulantzas 2002, 247)

Das partikulare, ökonomische Interesse der Sparpolitik wurde von der Regierung und der Regierungspartei durchgesetzt, während die Möglichkeit, etwa im Parlament andere Krisenstrategien zu debattieren, unterbunden blieb. Indem Parteien dadurch nach Poulantzas im Institutionengefüge gegenüber der Regierung abgewertet werden würden, verlagert sich ihre Bedeutung (vgl. ebd., 251). Es würde ihnen nicht mehr gelingen, jenen Teil der Wählenden, deren Repräsentation sie beanspruchen, tatsächlich im Staat zu vertreten. Eher würden sie die Vorgaben des ökonomischen Dispositivs im Staat umsetzen und diese dann gegenüber den Wählenden repräsentieren. So verblasst im Bereich der verfolgten Wirtschaftspolitik schließlich die Möglichkeit der Unterscheidung der Parteien. „Thus, the ‚choice‘ presented to voters is a facade: instead of *alternatives* to the current government being proposed, we find *alternations* of the current government as the choice on offer“ (Bruff 2014, 119, Hervorheb. i. O.). Für das Spanien nach der Finanzkrise kann also in Einklang mit der dritten Arbeitsthese gesagt werden, dass sowohl der PSOE als auch der PP einer Staatspartei entsprechen. Gemeinsam mit der Zuspitzung des politischen Systems auf die Position des Regierungschefs sind sie funktional notwendig für die Umsetzung der Sparpolitik und deshalb ein Kernstück des spanischen autoritären Etatismus.

Die wirtschaftspolitische Angleichung der Großparteien hat in Spanien das Vertrauen in diese geschwächt (vgl. Castillo-Manzano et al. 2017, 158) und ab 2010 einer im Postfranquismus latent vorhandenen Krise der Legitimation (vgl. Demirović 2011, 73)

öffentlichen Ausdruck verliehen. Vor diesem Hintergrund ist das Entstehen der Parteien Podemos und C's zu verstehen, die sich jeweils kritisch zum Gründungscharakter der parlamentarischen Monarchie in der *Transición* stellten und zum Teil das Verlangen nach der Artikulation demokratischer Ansprüche und nach Basisdemokratie aufzeigten (vgl. Poulantzas 2002, 277). Dieses wurde auch innerhalb des PSOE prozessiert. Hinter der Wahl einer neuer Parteienspitze standen die Fragen nach einer Abkehr vom Sparkurs und einem inklusiveren Parteiverständnis, sodass das eigene Bild der Staatspartei parteiintern in Frage gestellt wurde.

Der PP musste seine absolute Mehrheit einbüßen und wurde von seiner Vergangenheit eingeholt, da die Regierung Aznar den Zugang zu Landtiteln gesetzlich erleichtert hatte und der PP in weiterer Folge nachweislich durch Schmiergeldzahlungen profitiert hatte (vgl. Mendizabal 2014, 7). Dieses Sinnbild für die Verflechtungen von Regierungspartei und Wirtschaft (in einem historisch wenig gefestigten politischen System) macht außerdem die Verbindung zum ökonomischen Entwicklungsmodell deutlich und re-artikuliert den vierten Punkt des autoritären Etatismus bei Jessop (2006, 56f.). Die wirtschaftsliberale Partei C's hat sich als Konkurrentin im rechten Parteienspektrum vor allem den Kampf gegen die Korruption auf die Fahne geheftet (vgl. Ciudadanos Parteiprogramm). Durch die Ausdifferenzierung des Parteiensystems hat sich die Bildung einer Regierung ungewohnt schwierig gestaltet und eine erneute Wahl nötig gemacht. Auch wenn die Staatsparteien von Konflikten durchzogen wurden, kam es zu keiner weiter umgreifenden Krise der Politik im Sinne einer fortschreitenden Erosion des Parteiensystems. Beide Großparteien konnten ihre Handlungsfähigkeit wiedergewinnen.

Bereits in Kapitel vier wurde erörtert, dass seit der *Transición* eine Einbindung in den Europäischen Markt und somit eine an makroökonomischen Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Sparpolitik verfolgt wurde. Durch die Finanzkrise war Spanien wieder ein Staat der europäischen Peripherie mit ähnlichen Problemen wie Griechenland, Portugal und Italien und somit in weiterer Folge ein kreditabhängiges Land geworden. Deutlicher als im ersten Vergleichszeitraum wurden die makroökonomischen Richtlinien nunmehr auf der europäischen Ebene gesetzlich festgehalten und unter der Aufsicht von EZB und IWF umgesetzt.

Die zweite Arbeitsthese der Internationalisierung wirtschaftspolitischer Richtlinien innerhalb des „Wettbewerbsetatismus“ (vgl. Oberndorfer 2012, 60ff.) ist also eine wichtige Hintergrundfolie für das Verständnis von nationalstaatlicher Politik. Allerdings blieben trotz der Aufwertung der supranationalen Ebene genuin nationalstaatliche Dimensionen der (Krisen-)Politik erhalten, die durch das Konzept des autoritären Etatismus aufgearbeitet werden konnten. Besonders unter der PP-Regierung von Mariano Rajoy hatte sich dabei gezeigt, dass nationale Regierungen auch jene Akteurinnen sind, die die Handlungsspielräume des Staates gegenüber zivilgesellschaftlichem Protest sichern können. Im folgenden Kapitel soll deshalb das „Gesetz zum Schutz des Bürgers“ in Verbindung zur gleichzeitigen Schwächung und Stärkung des Staates innerhalb der Krise der Legitimität gebracht werden. In Spanien hat sich eine Diffamierung und Kriminalisierung des Krisenprotestes zugetragen, die eine Aufwertung der Kompetenzen der staatlichen Exekutive möglich gemacht hat. Das besagte Gesetz, das durch mehr Sicherheit mehr bürgerliche Freiheiten gewährleisten will (vgl. Diario de Sesiones del Congreso 2015, 63ff.), erlaubt deshalb abschließend die Erörterung der Stellung demokratischer Grundrechte im spanischen autoritären Etatismus.

6. „Ley Mordaza“ – Ziviler Ungehorsam und die Ausweitung der exekutiven Befugnisse

Die Arbeitsmarktreformen und die Sparpolitik haben die Stellung des ökonomischen Dispositivs innerhalb der Krisenpolitik dargelegt. Eine weitere umstrittene Gesetzesänderung unter der PP-Regierung ist die Erneuerung des *Ley Organica de la Seguridad Ciudadana*, die ab Jahresende 2013 angestrebt wurde und im Juli 2015 in Kraft trat. Zu einem Zeitpunkt, als die ökonomische Krise ihre Talsohle eigentlich durchschritten hatte und der damit verbundene große Protestzyklus, in dem Podemos entstanden war, bereits am Abflauen war, kam es in Spanien zur Kriminalisierung von zivilem Ungehorsam durch die PP-Regierung mit absoluter Mandatsmehrheit. Innerhalb der im vorigen Kapitel dargelegten Krise der Legitimität wurde der staatliche Handlungsspielraum gegenüber Demonstrierenden und anderen potentiellen GefährderInnen der Sicherheit ausgeweitet. Was allerdings als tatsächliche Gefährdungen gelten sollte, war seit Anbeginn umstritten. Worin der PP Notwendigkeiten zur Aufrechterhaltung der „bürgerlichen Ruhe“ (*tranquilidad ciudadana*) sah, lagen für zivilgesellschaftliche AkteurInnen und die parlamentarische Opposition weitgehende Einschränkungen der Meinungs-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit begründet, die an mehreren Punkten die Verfassung tangieren könnten. Das spanische Verfassungsgericht ist gegenwärtig mit dem Gesetzestext befasst und ein Antrag zur Änderung des Gesetzes wurde in der aktuellen Legislaturperiode im Parlament angenommen und debattiert. Wegen der umstrittenen Einschätzungen wurde das Gesetz zunächst von GegnerInnen und in weiterer Folge in einer breiten Öffentlichkeit als *ley mordaza* (Knebelgesetz) bezeichnet. Angesichts dieser Kontroversen bleibt die These von der fortschreitenden Polarisierung des spanischen Parlamentarismus aufrecht.

Dieses Kapitel soll zunächst einen kurzen Überblick über die 15-M Bewegung als Ausgangspunkt der jüngsten Protestbewegungen geben und danach dem gegen Zwangsräumungen auftretenden Bündnis PAH Bedeutung schenken²¹. Über eine deskriptive Annäherung an die Widerstandsformen hinaus, kann so gezeigt werden, in

²¹ Diese Darstellung befasst sich mit diesen beiden „Aushängeschildern“ des Protests und bleibt somit exemplarisch. Zu nennen sind außerdem „Marea Blanca“ und „Marea Verde“, die gegen Verschlechterungen im Gesundheits- und Bildungswesen eintreten sowie mit Bezug auf das Knebelgesetz „No somos delitos“. Für eine umfassende Aufarbeitung der „Krisenproteste in Spanien“ vgl. Huke 2016.

welchem Verhältnis diese zu den Auswirkungen des Entwicklungsmodells stehen und weshalb sich die staatlichen Gesetzesverschärfungen in dieser Form zugetragen haben. Es soll das Argument entwickelt werden, dass das *ley mordaza* emblematisch für die Versicherheitlichung von Politik und die Einschränkung von demokratischen Grundrechten im Kontext der ökonomischen Krise gelten kann.

6.1 Der Protestzyklus als Rückgewinnung des Politischen

Die im Postfranquismus latent vorhandene Unzufriedenheit über das politische System und über die Unzulänglichkeiten der *Transición* konnte durch die Aufstiegschancen und Versprechen der ökonomischen Boom-Jahre um die Jahrtausendwende abgeschwächt werden. In Folge der Krise 2007 wurde sie umso deutlicher artikuliert.

Kanalisiert wurde diese Kritik von der Bewegung der *indignados* (dt.: „die Empörten“), die sich aus den spontanen Platzbesetzungen der Puerta del Sol in Madrid und der Plaça de Catalunya in Barcelona sowie in zahlreichen anderen Städten ab dem 15. Mai 2011 (15-M) herausgebildet hatte (vgl. Huke 2016, 8ff.). Ihre ProtagonistInnen waren überwiegend Studierende oder junge AkademikerInnen, die sich angesichts der Teuerung des Studierens und der Arbeitsmarktsituation um ihre unmittelbare Zukunftsperspektive beraubt sahen (vgl. Barreiro/Sánchez-Cuenca 2012, 283). Sie brachten zuvorderst ihren Unmut über das Zweiparteiensystem zum Ausdruck, da man sich von den abwertend als PPSOE bezeichneten Großparteien weder verstanden noch repräsentiert sah („*no nos representan*“). Der dagegen in Stellung gebrachte Slogan „Echte Demokratie Jetzt!“ („*Democracia Real Ya!*“) ist auch der Name einer kleinen Gruppierung, die bereits vor 2011 aktiv war, und so die Grundsteine für die Organisation der Proteste gelegt hatte (vgl. Huke 2016, 23). Artikuliert wurde eine Kritik am selbstreferentiellen Parteiensystem der „politischen Kaste“ und seiner Hinwendung zu den Banken statt zur Bevölkerung. Insgesamt war die Kritik somit vor allem auf unmittelbare Phänomene wie die Bankenrettung oder die Korruption und korrespondierende AkteurInnen bezogen²². Zumal die Bewegung vor allem „leere

²² Die Politik- und Kapitalismuskritik der 15-M Bewegung kann als „verkürzt“ bewertet werden, da die empfundenen Missstände nicht innerhalb der strukturellen Mechanismen der Kapitalakkumulation verortet wurden, sondern ausschließlich durch personifizierte Kritik an „den PolitikerInnen“ und „den Banken“ artikuliert wurde (vgl. Huke 2016, 32). Insgesamt operierten die Bewegungen sehr lokal. Es wurde relativ wenig Kritik an der EU geübt (vgl. ebd., 19), was auch an der überwiegend positiven Einstellung zur Europäisierung liegen könnte.

Signifikaten“ aufgriff, also Begriffe, „die von positiven Bedeutungen geprägt sind, die für das gesamte politische Spektrum als Referenz dienen und deren Auslegung umkämpft ist, wie z.B. ‚Bürgerschaft‘, ‚Demokratie‘, ‚Würde‘ oder ‚Gerechtigkeit‘“ (ebd., 30), gelang es, breiten Unmut der Bevölkerung aufzugreifen. Beinahe 80 Prozent der SpanierInnen konnten sich mit den „Empörten“ identifizieren (vgl. Medina 2016, 241) und bis zu acht Millionen SpanierInnen sollen sich in einer Form an den *15-M* Protesten beteiligt haben (vgl. rtve 06.08.2011). Die frühe Protestpraxis war vor allem an einer „Transformation der Alltagspraxis“ orientiert und dezidiert nicht an einer Einbindung in die Institutionen interessiert (vgl. Huke 2016, 12; Colau 2014), was vor allem hinsichtlich der späteren Bedeutung von Podemos bemerkenswert ist. Von wechselseitigem Unverständnis war über weite Strecken deshalb auch das Verhältnis zu den Gewerkschaften CC OO und UGT geprägt, die im ersten Untersuchungszeitraum der PSOE-Vormachtstellung die einflussreichste Opposition zur Regierungspolitik gewesen waren. Angesichts dieser Distanz zu den Institutionen ist zu verstehen, warum der Protest von seinen TrägerInnen mehrheitlich als „apolitisch“ wahrgenommen wurde (vgl. Huke 2016, 25) und in seiner Heterogenität eine Lösung von tradierten Vorstellungen von Protest der Linken nahelegt. Diese breite und mit neuen Organisationformen operierende Protestwelle war für die spanische Gesellschaft unbekannt und charakterisiert das Ausmaß der Legitimationskrise:

„Die Bewegung 15-M war gleichzeitig Effekt und Katalysator der Repräsentations- und Legitimitätskrise der repräsentativen Demokratie. Ihr gelang es erfolgreich, die Grenzen der allgemeinen Repräsentationsbehauptung des Staates sichtbar zu machen und damit ungehorsame Praktiken gegenüber dem Staat zu legitimieren [...]“ (ebd., 38)

Die staatlichen Institutionen, zuvorderst die Regierung von Zapatero, dessen PSOE gerade um einen Abbau der parteilichen Hierarchien bemüht war, wurden von den Protestcamps nicht minder unvorbereitet getroffen als von der Krise insgesamt. Der PSOE gab sich folglich bemüht, eine verständnisvolle Nähe zu den von der Krise am härtesten Betroffenen zu demonstrieren (vgl. Barreiro/Sánchez-Cuenca 2012, 284). Allerdings standen bereits die Regionalwahlen unter dem Einfluss der Politisierung der Krise durch die sozialen Bewegungen und dürften dem PSOE in vielen Provinzen insgesamt eher geschadet haben (vgl. ebd.). Nach den Neuwahlen Ende des Jahres 2011 war der *15-M* Protest zunächst ausgelaugt (vgl. Barreiro/Sánchez 2010, 283) und aus der außerspanischen Öffentlichkeit weitgehend verschwunden. Erst im September 2012

kam es in Madrid wieder zu Protesten mit einer breiteren politischen Rahmenhandlung. Der innerhalb der Bewegung umstrittene Aufruf zu zivilem Ungehorsam durch die symbolische Einkesselung des Kongresses („*rodea el congreso*“) sollte Forderungen nach einem verfassungsgebenden Prozess symbolisch Ausdruck verleihen. In der Folge kam es zu den schwersten Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Protestierenden. 35 Festgenommenen wurden Verbrechen gegen die „hohen Institutionen des Staates“ vorgeworfen, die vom Provinz-Gericht Madrid allerdings nicht erhärtet wurden (vgl. El País 20.03.2013). Allgemein ist anzumerken, dass von den mehr als 30 000 Demonstrationen im Jahr 2013 nach staatlichen Zählungen 99 Prozent als friedlich eingestuft wurden, und nur bei 0,1 Prozent die Spezialeinheiten der Polizei, die „*antidisturbios*“ einschritten. Obwohl die Regierung vor allem an einer Reform der Straf- und Sicherheitsgesetzgebung arbeitete, waren sicherheitsrelevante Themen nur für sieben Prozent der SpanierInnen unter den drei größten Problemen des Landes (vgl. El País 05.06.2017).

6.2 Die Wohnungsnot als soziale Krisendimension

Mittelfristig nahm die Anzahl an Demonstrationen also ab, während Bündnisse von AktivistInnen ihre Arbeit in konkreten Politikfeldern etablieren konnten. Herausragende Bekanntheit und politische Relevanz erlangte die sich von Barcelona über ganz Spanien ausbreitende *Plataforma de Afectados por la Hipoteca* (PAH, Plattform der Opfer der Hypothek), die gegen eine der sichtbarsten und emotionalsten sozialen Folgeerscheinungen der Krise angekämpfte: die Wohnungsnot.

2011 wurden beinahe 60 000 Räumungen richterlich durchgesetzt (vgl. Cano Fuentes et al. 2013, 1211). Zwischen 2013 bis 2015 lag die Zahl der *desahucios* jeweils über 67 000, ein Wert, der erst 2016 wieder unterschritten wurde (vgl. El País 03.03.2017). Dies entspricht täglich etwa 500 Räumungen, sodass zwischen 2007 und 2011 somit mehr als 400 000 Haushalte ihr Obdach verloren haben dürften (vgl. taz 16.11.2012). Die Liegenschaften wurden entweder nach dem Mietrecht, oder weil die BewohnerInnen Hypothekarkredite nicht mehr bedienen konnten, geräumt. In letzterem Fall wurden die Immobilien von den Banken zum geschätzten Marktwert zurückgenommen, sodass die Betroffenen weiterhin Schulden abbezahlen mussten. Die lokal und dezentral organisierte PAH unterstützte von Pfändungen oder Zwangsräumungen betroffene

Menschen und mobilisierte gegen Zwangsräumungen, wodurch bis Anfang 2013 nach eigenen Angaben 515 *desahucios* verhindert werden konnten (vgl. Cano Fuentes et al. 2013, 1214). Die Räumungspolitik war ein äußerst emotionales Thema, das auf breites Unverständnis stieß, sodass die PAH relativ populär geworden war. Die nationale Polizeigewerkschaft forderte die Regierung zur Aussetzung der als ungerecht empfundenen Praxis auf (vgl. SUP 2012). Der EuGH urteilte im November 2012 und im März 2013 im Sinne der Forderungen der PAH: Das *Ley de Enjuiciamiento Civil* hätte den SpanierInnen keinen ausreichenden Schutz vor Missbrauch im Hypothekarrecht geboten. Eine ausständige Zahlung genügte den Banken, um die Rückzahlung des gesamten Darlehns und in weiterer Folge eine Zwangsräumung zu veranlassen. Der Rechtsspruch des EuGH lässt sich also dahingehend interpretieren, dass die spanische Gesetzeslage die BürgerInnen der Immobilienblase schutzlos ausgesetzt hatte. (vgl. Spiegel Online 14.03.2013; El País 15.03.2013; Huke 2016, 58f. Fn 23).

Die Regierung erließ als Reaktion das *Real Decreto Ley 27/12*, das besonders verwundbare Haushalte vorläufig vor der Obdachlosigkeit schützen sollte (vgl. Cano Fuentes et al. 2013, 1213f.) und beschloss eine Reduktion der Schulden (auf 65 bzw. 80 Prozent), ging jedoch nicht auf Forderungen ein, die die PAH durch ein von 1,4 Millionen Unterschriften unterstütztes Volksbegehren ins Parlament gebracht hatte. Es umfasste weitreichende Aussetzungen der Räumungen, einen rückwirkenden Schuldenerlass, die „*dación en pago*“ (Abtretung an Zahlungsstatt) und *alquileres sociales* (vgl. El País 8.5.2013). Angesichts dieser Zurückweisung verschärften die AktivistInnen der PAH die Gangart und demonstrierten auch vor Wohnsitzen oder Büros von PP-PolitikerInnen. Diese vor allem in Argentinien gängige Praxis der *escraches* führte zu einer weiteren Eskalation im spanischen „Protestzyklus“, da ihre Legitimität als äußerst umstritten gilt (zu unterschiedlichen Standpunkten vgl. El País 13.04.2013).

Während es auf regionaler Ebene in Katalonien und Andalusien zu Gesetzesänderungen gekommen war, hat sich die rechtliche Lage in auf staatlicher Ebene angesichts der beschriebenen Maßnahmen kaum verändert, vor allem was die Entschuldung oder gar eine umfassendere Änderung des Miet- oder Hypothekarrechts betrifft. Dennoch konnten die sozialen Bewegungen 15-M und PAH mittelfristig eine neue Form der politischen Praxis etablieren und darüber diskursiven Einfluss ausüben. In ihrer Vielzahl und angesichts der anhaltenden sozialen Krise konnte so phasenweise großer Druck auf die Regierenden ausgeübt werden und die Krise der Legitimität mitunter verschärft

werden. Angesichts dieser exemplarischen Darstellung von 15-M und PAH wird ersichtlich, dass beide zum Teil explizit die Folgen des spanischen „Modells“ und der entsprechenden politischen Struktur problematisierten. Die Ablehnung der Forderungen durch die regierenden Parteien – der PSOE solidarisierte sich erst mit Teilen der PAH als er in Opposition war – ist also aus dem fundamentalen Interessenskonflikt, der sich aus Logik der Austerität und Bedeutung der Hypothek ergibt, zu verstehen. Die politischen Forderungen der PAH waren de facto nicht in die Krisenpolitik integrierbar, was auch Aspekte des externen Drucks verdeutlichen. Politische Maßnahmen, die die Rettung der Banken gefährden könnten (wie ein Schuldennachlass für HypothekarkreditnehmerInnen) wurden von EU und IWF kritisch betrachtet bzw. hätten eigener Ankündigung bedurft (vgl. taz 16.11.2012). Analytisch wird zu erörtern sein, inwiefern die „Versicherheitlichung“ (und nicht etwa Änderungen im Wohnrecht) ein logischer Teil der Krisenpolitik innerhalb des „Spanischen Modells“ ist.

6.3 Die Ausweitung der staatlichen Machtbefugnisse und ihre Umstrittenheit

Von Interesse sind also im Folgenden die Reaktionen der staatlichen Exekutive. Während sich die 15-M Bewegung in spezifischen Politikfeldern verfestigte hatte und die Proteste in Form von Demonstrationen und Kundgebungen wieder rückläufig waren, kam es auf Basis des Organgesetzes von 1992²³ seit 2011 zu einem kontinuierlichen Anstieg finanzieller Strafen gegen TeilnehmerInnen von Demonstrationen oder deren OrganisatorInnen, etwa weil öffentliche Verkehrswege blockiert wurden oder Aufforderungen zur Auflösung nicht nachgekommen wurde (vgl. El País 22.6.2015). Das Budget der Sondereinsatzkräfte, der „*antidisturbios*“ wurde von 173 670 Euro für das Folgejahr auf 3,26 Millionen Euro erhöht (vgl. Huke 2016, 37). Ende 2013 kündigte der PP eine Änderung des Strafgesetzbuches (*código penal*) und eine Überarbeitung des „Gesetzes zum Schutz des Bürgers“ (*ley organica de la protección ciudadana*) an. Nach einem eineinhalb jährigen Ausarbeitungsprozess wurden die beiden Gesetze zusammen mit einem Antiterror-Gesetz im März 2015 einzig mit den Stimmen des regierenden PP

²³ Dieses unter der PSOE-Regierung ausgearbeitete Gesetz erhielt den abfälligen Beinamen „*ley de la patada en la puerta*“ (Tritt gegen die Tür), weil es der Polizei erlauben sollte, ohne richterlichen Beschluss in Wohnungen einzudringen. Dies wurde auf Geheiß des Verfassungsgerichts annulliert (vgl. El País 18.11.1993).

im Parlament beschlossen, um sodann am 1. Juli in Kraft zu treten. Die Reformen gelten in der spanischen Öffentlichkeit als am weitesten reichende Änderung im Strafrecht und administrativen Recht, wie sie jemals von einer Partei durchgesetzt wurden und folglich als eines der „emblematischsten“ Gesetze der PP-Regierung unter Rajoy (vgl. El País 22.03.2017).

Die Änderungen waren weitreichend. Sie betrafen den Umgang mit MigrantInnen in den Enklaven Ceuta und Melilla (die bis dahin bereits gängige Praxis der sofortigen Abschiebung wurde legalisiert) und beinhalteten neue Regelungen des Waffenbesitzes, der Prostitution und des Drogenkonsums (vgl. El País 21.05.2016, Ley Orgánica 4/2015). Die öffentlich weitverbreitete Abwertung als *ley mordaza* bezog sich aber zuvorderst auf die Abstufung früherer strafgesetzlicher Regelungen zu Verwaltungsstrafen und auf die Schaffung neuer Verwaltungsstrafen (bzw. Ordnungswidrigkeiten), die vor allem bei Demonstrationen und Versammlungen geltend gemacht werden können. In der Beurteilung der unten genauer aufgeführten Delikte kam es dadurch zu einer unmittelbaren Aufwertung der Kompetenzen der Polizei, deren ad hoc Einschätzung in Fällen, die früher Gerichte entschieden haben, für Strafen genügt. Der Rechtsweg im Nachhinein ist nicht nur kostspielig sondern auch kaum aussichtsreich, da die Beweiskraft zugunsten der BeamtInnen geregelt ist. Ihre Einschätzungen genügen, um an der Strafe festzuhalten, außer der oder die Angeklagte kann die Unschuld beweisen (vgl. Ley Orgánica 4/2015, Art. 52).

Als schwere Vergehen (*infracciones graves*), die mit 601 bis 30 000 Euro bestraft werden können, gelten nun die Gefährdung der Sicherheit der BürgerInnen bei Versammlungen oder Demonstrationen vor dem Kongress, dem Senat oder den regionalen Parlamenten, unabhängig davon ob diese gerade tagen oder nicht (Art. 36.2). Außerdem zählt dazu die Auslösung von Unordnung in öffentlichen Verkehrswegen und Räumen (Art. 36.3.), die Erschwerung der rechtmäßigen Arbeit jedweder Autorität (Art. 36.4) und die nichtautorisierte Verbreitung von Bildmaterial, das PolizistInnen zeigt, wenn es diese in Gefahr bringen könnte (Art. 36.23). Das Nichtfolge- bzw. Widerstandleisten gegenüber den Sicherheitskörpern wurde vom leichten zum schweren Vergehen aufgewertet. Dieser Artikel regelt auch die Verweigerung der Feststellung der Identität (Art. 36.6). Das Gesetz definierte jeweils nicht, wo eine solche Störung der „Sicherheit des Bürgers“ bzw. der PolizistInnen beginnt, die Beurteilung obliegt immer der Polizei selbst. Mangelnder Respekt oder Achtung („*respeto y*

consideración“) gegenüber PolizistInnen gilt nun erstmals als Delikt (Art 37.4), wenn auch nur als leichter (*infracciones leves*). Dazu wurden außerdem unangemeldete Demonstrationen (Art 37.1), sämtliche Unterlassungen im Bezug auf den Umgang mit der ID-Karte (Art. 37.10-12), das Erklimmen von Gebäuden, wenn dies als gefährlich einzuschätzen ist (Art. 37.14) und das Entfernen von Polizeizäunen (Art. 37.15) gezählt. Diese Delikte können mit bis zu 600 Euro belegt werden (Art. 39.1; vgl. El Mundo 01.07.2015). Schließlich definierte das Gesetz sehr schwere Vergehen (*infracciones muy graves*), also unangemeldete Demonstrationen vor Infrastrukturen, die die Grundversorgung (*servicios básicos*) bereitstellen (Art. 35.1). Sie können mit bis 600 000 Euro bestraft werden. Dieser Paragraph könnte beispielsweise Demonstrationen in der Umgebung von Kraftwerken betreffen.

Wie die Regierung anerkannte, standen diese gesetzlichen Erneuerungen in Bezug zu den stattgefundenen Formen des zivilen Ungehorsams (s.u.). Die Ausübung vieler der im Zuge der 15-M Bewegung entstandenen Protestpraktiken scheint erschwert oder verunmöglicht. Die (friedlichen) Platzbesetzungen wären in der heutigen Form nicht mehr möglich, da einige „schwere Vergehen“ aus Artikel 36 gegen sie in Anschlag gebracht werden könnten. Artikel 36.2 schränkt die Möglichkeiten zu Demonstrationen vor den Regierungsgebäuden ein bzw. hebt diese auf, was den legalen Handlungsspielraum der staatlichen Behörden gegenüber der „*rodea el congreso*“ Bewegung erhöht hat. Allgemein können die InitiatorInnen von Demonstrationen, die in ihrem Verlauf zu einer „Bedrohung für die Sicherheit“ werden, kriminalisiert werden. Die Teilnahme an den oft spontanen Protesten gegen Hausräumungen kann gemäß Artikel 36.4, wonach die Arbeit von Behörden nicht behindert werden darf, mit bis zu 1000 Euro bestraft werden. Typische NGO- Aktivitäten von „Greenpeace“ wie das Erklimmen von Gebäuden sind ebenfalls durch einen neuen Artikel kriminalisiert (vgl. El País 01.07.2015).

Zumal bereits auf Grundlage der bestehenden Gesetzeslage strafrechtlich gegen Gewaltdelikte oder illegale Kundgebungen vorgegangen werden konnte und wurde (s.o.), dürfte die Erschwerung von (spontanem) Protest eine politische Absicht dieses Gesetzes sein. Die Pflicht der BürgerInnen, sich immer ausweisen zu können und die Sanktionen, falls dies nicht erfolgen kann, wurden verschärft. Insgesamt kommt es also zu einer stärkeren Regulierung des öffentlichen Raums und Normierung der Verhaltensformen. Die Verwaltungsübertretungen werden zudem protokolliert und

beim Innenministerium und bei den Behörden der Autonomen Gemeinschaften in einem „*Registro Central de Infraacciones contra la Seguridad Ciudadana*“ (Art. 43) ähnlich einem Strafregister geführt. Dies könnte eine „ideologische“ Stigmatisierung der Protestierenden ermöglichen (vgl. El Diario 30.06.2015). Fehlverhalten von BeamtInnen zu dokumentieren, um diese zur Rechenschaft zu ziehen, ist hingegen erschwert möglich. Die meisten Delikte betreffen eben genau das Filmen von Beamten und „Respektlosigkeit“ ihnen gegenüber und haben seit dem Inkrafttreten des Gesetzes bis Ende 2016 13,5 Millionen Euro eingebracht (vgl. El País 05.06.2017).

Die Kontroversen um das Gesetz waren seit jeher auch im Parlament abgebildet, was in der langen Aushandlungsdauer von 16 Monaten zum Ausdruck kommt. Sämtliche Oppositionsparteien und etliche nicht parlamentarischen AkteurInnen brachten ihre Ablehnung zum Ausdruck, zudem gab es Einwände aus dem Senat. Forderungen, die die Kompetenzen der Polizei bei Hausdurchsuchungen und beim Festhalten von Verdächtigen ausgeweitet hätten, sowie privaten Security-Firmen die Unterstützung der staatlichen Kräfte bei der Auflösung von Demos ermöglicht hätten, wurden aus dem Gesetzestext entnommen. Auch die „Schädigung Spaniens“ – etwa durch entsprechende Schriftzüge bei Demonstrationen – ist nun, anders als beabsichtigt, kein Delikt. Die Parlamentsfraktionen von PSOE, IU, Grupo Mixto und UPyD trugen den Gesetzestext bereits vor seinem Inkrafttreten vor das Verfassungsgericht, da zwölf Aspekte die Meinungs-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit einschränken und somit verfassungswidrig sein würden (vgl. El País 20.5.2015). Die Regionalparteien CiU und PNV kritisierten den Text ebenfalls als verfassungswidrig. Die SozialistInnen kündigten seine Änderung an, sobald andere Regierungsmehrheiten das zulassen würden (vgl. ebd.). Es zeigt sich auch, dass das Gesetz den beiden Großparteien dazu diene, unterschiedliche Konzeptionen von Freiheit, Sicherheit, StaatsbürgerInnenschaft und der Rolle des Staates in Verbindung dazu zu artikulieren.

Der PSOE-Abgeordnete Ignacio Sánchez Amor zeigte sich am Tag der Annahme des Gesetzes im Parlament prinzipiell solidarisch mit den Protesten, und begründete dies mit Verweis auf die Krise und auf die Schwächung des Sozialstaates (vgl. Diario de Sesiones del Congreso 2015, 62). In Folge der Einsparungen und des Abbaus des Sozialstaates, die besonders die „Mittel- und ArbeiterInnenklasse“ („*clase media y trabajadora*“) betreffen würden, seien die Proteste nur „logisch“ (vgl. ebd., 61, eigene Übersetzung). Da der PP keine sozialen Alternativen anbieten könnte, sei der Versuch,

den Protest zu unterbinden seine einzige Antwort. Das Gesetz bringe also das Gesicht der Regierung und ihre „Ideologie“ von der „*Tranquilidad Ciudadana*“ (dt.: Ruhe bzw. Folgsamkeit der BürgerInnen) zutage, welche einen von der anarchistischen Gesellschaft bedrohten, folgsamen Idealbürger konzipiere und darin die Rechtfertigung für ein Sanktionsregime sehen würde (vgl. ebd., 62). Mit Verweis auf die größtenteils friedlichen Demonstrationen hätte es kein Verlangen – weder von staatlicher Seite noch aus der Bevölkerung – nach diesem Gesetz gegeben (vgl. ebd. 61). Gegen Ausschreitungen hätte schon mit der bisherigen Gesetzeslage vorgegangen werden können, wovon die gestiegenen Geldstrafen ohnehin zeugten. Der Staat müsse die Bevölkerung in ihrem Recht zu demonstrieren unterstützen, stattdessen würde der PP das Gleichgewicht von Freiheit und Sicherheit zerstören (vgl. ebd. 62.)

Seitens des PP wurde nicht abgestritten, dass sich die neuen Regelungen aus dem Protestzyklus ergeben hatten. Jedoch würde es sich um eine Normsetzung im Interesse der Allgemeinheit handeln. PP-Abgeordneter Conrado Escobar Las Heras stellte die Gesetzesreform in Kontext zu den Ausschreitungen und den entstandenen finanziellen Kosten bei Demonstrationen. Diese würden eine „Knebelung“ in Form „einer angemessenen Antwort des Rechtsstaates“ („*una respuesta proporcionada del Estado de derecho*“) (ebd. 64, eigene Übersetzung) benötigen. Die Unterscheidung in Verwaltungsstrafen und Delikte nach dem Strafgesetz sei innerhalb der Logik des Rechtsstaates. Für alle anderen Demonstrierenden, von streikenden ArbeiterInnen bis zu SeniorInnen, sei das Gesetz eine Verbesserung, wie es sich für Spanien im gesamten um eine „deutliche Stärkung unserer Demokratie“ („*un claro refuerzo de nuestra democracia*“) (ebd. 63, eigene Übersetzung) handle. „Sicherheit“ bietet dabei eine Vorbedingung für „Freiheit“, wobei Spanien schließlich sicherer und freier sein würde (vgl. ebd.). Auch Innenminister Fernández Díaz wischte Einwände am Ende der Korrespondenz im Parlament mit diesem Begriffspaar zur Seite. Die Erfahrung werde zeigen, dass mehr Sicherheit mehr Freiheit bedeuten werde. Dafür sei die „Sicherheit des Bürgers“ erstmals als juristisches Gut im Sinne des fundamentalen Rechts auf Freiheit deklariert worden. (vgl. ebd.)

Die unterschiedlichen Auffassungen hielten auch in der jüngsten Legislaturperiode an. So versuchten im November 2016 der PSOE und der baskische PNV Veränderungen zu initiieren, denen der PP bislang auch nachgekommen war, um eine Mehrheitsbeschaffung der Opposition mit Podemos zu verhindern. Podemos ist gegen

das Sicherheitsgesetz in seiner Gesamtheit und darüber hinaus für eine Reform des Strafgesetzbuches, vertritt also die am weitesten vom PP entfernte Position. Ein Antrag zur *Derogación*, also zur Aufhebung des Gesetzes fand im März 2017 eine Mehrheit und könnte bis 2018 erfolgen (vgl. El País 22.03.2017), sodass die Sicherheitsgesetzgebung in ihrer repressivsten Form wieder zurückgenommen werden dürfte.

6.4 Zwischenfazit – Das Sicherheitsgesetz im Kontext der Legitimitätskrise

Relevant für die Beantwortung der Forschungsfrage ist nun zuvorderst, inwieweit sich die neue Sicherheitsgesetzgebung mit der Finanzkrise und der europäischen Rettungspolitik in Beziehung setzen lässt und das *ley mordaza* somit nicht bloß ein kontingentes Ereignis darstellt. Es kann anschaulich gemacht werden, dass dabei einige Argumentationsstränge von Nicos Poulantzas ineinandergreifen. Das von ihm fruchtbargemachte Hegemoniekonzept – wonach staatliche Herrschaft eine immer wieder neu zu verhandelnde Zusammensetzung von Konsens und Zwang braucht – ermöglicht eine erste Annäherung (vgl. Caceres/Oberndorfer 2013, 455ff.): Die tiefe Wirtschaftskrise habe die Strahlkraft des neoliberalen Gesellschaftsmodells und der europäischen Integration als Projekt der Konvergenz weitgehend gebrochen und besonders in Südeuropa stattdessen zur Prekarisierung des Alltags- und Arbeitslebens geführt. Es wurde dargelegt, dass der spanische Staat ohnehin kein keynesianisch, wohlfahrtsstaatliches Gesellschaftsmodell propagiert hatte und der „Asset Price Keynesianismus“ durch die Bankenkrise an sein Ende gekommen war (vgl. López/Rodríguez 2011). Durch die gestiegene Staatsverschuldung und die europäischen Sanierungsvorgaben war der verteilungspolitische Spielraum limitiert. Es kam zur Kürzung von Sozialausgaben, Gehältern und Pensionen während es nicht gelang, über Konjunkturstimuli die ökonomische Aktivität hochzuhalten oder gar Arbeitsplätze zu schaffen (vgl. Uxó/Álvarez 2017, 999ff.). Die Jahre 2010-13 bestechen durch die rege Protesttätigkeit, während die Wahlergebnisse von 2015 die Staatsparteien abstrafen. Die Schwächung des Staates zeichnet sich somit dadurch aus, dass der gesellschaftliche Konsens des Postfranquismus – also das „Modell Spanien“ als ökonomischer Entwicklungspfad und sein korrespondierendes politisches Arrangement – in bislang unbekannter Weise durch vielfältige Suchbewegungen nach Alternativen kritisiert und herausgefordert war (vgl. Huke 2016). Die *Explosion* der (basis-)demokratischen Ansprüche (vgl. Poulantzas 2002, 277) hatte in Spanien ein sehr konkretes Zeitfenster

der Entfaltung, das die regierenden Parteien schwächte und die Legitimitätskrise verschärfte.

Als unmittelbare Antwort auf diese Ereignisse kam es zu einer Aufwertung der repressiven Elemente, zumal die Proteste in ihrer Vielfältigkeit und Länge einen tatsächlichen Einfluss auf den Modus Operandi der Rettungspolitik zu nehmen drohten und große Solidaritätswellen und zum Teil auch Unterstützung von den Oppositionsparteien erfahren hatten. Die PP-Regierung sah sich gezwungen, die Möglichkeiten der ungehinderten Durchsetzung der Stabilitätspolitik auszuweiten. Elemente des staatlichen Zwangs haben gegenüber den konsensualen zugenommen:

„Die eigene Verhärtung und der durch die Krise eingeschränkte politische Handlungsspielraum verunmöglichen bzw. erschweren es staatlichen Apparaten, die gesellschaftlichen Forderungen materiell zu integrieren. In der Folge greifen sie zur Re-Regulierung verstärkt auf repressive Mechanismen zurück – in Spanien u.a. mit dem Ley de Seguridad Ciudadana (Gesetz der bürgerlichen Sicherheit), aber auch der diskursiven Kriminalisierung von Protestbewegungen durch die Regierenden [...]“ (Huke 2016, 36)

Gesetze, die potentiell weitreichende Eingriffe in bürgerlichen Freiheiten im Namen der Sicherheit ermöglichen, wurden in vielen Staaten der EU verabschiedet. Das Besondere am spanischen Fall ist dabei der unmittelbare Bezug zur ökonomischen Krise und der Kontext der zugespitzten Parteienkrise, sodass es eben nicht wie in anderen Ländern bei einer „diskursiven Kriminalisierung“ des Ungehorsams geblieben war. Stattdessen wurden Möglichkeiten geschaffen, diesen künftig zu unterbinden. Dass dies möglich war, liegt wiederum an der Stärke des PP, der von 2011 bis 2015 mit absoluter Mehrheit regierte und so die Machtfülle einer Staatspartei genoss. Dennoch war es erforderlich, das äußerst unpopuläre Gesetz als ein universales Interesse der Gesamtbevölkerung zu rahmen. Dies gelang über das Begriffspaar Sicherheit und Freiheit, wobei die Sicherheit der BürgerInnen ein universales Gut sei und ihre Verteidigung dem Staat weitreichende Befugnisse einräumen müsse. Erst dadurch würde die nicht näher definierte Freiheit ermöglicht werden. Beispielhaft für die partikuläre Rechtsauslegung ist auch, dass dem PP keineswegs daran gelegen war, den Gesetzestext mit der Verfassung in Einklang zu bringen, sodass die Beurteilung sofort den RichterInnen des Verfassungsgerichtshofes

zufiel²⁴. Noch bevor das Gesetz das Parlament verlassen hatte, wurde angedeutet, dass vom Gerichtshof entschieden werden müsse, ob die situativen Policies der Regierung überhaupt angewendet werden dürfen. Hierein liegt ein weiterer Aspekt für die unsaubere Teilung der Gewalten in Spanien, die für das Verhältnis von Exekutive und Legislative bereits in den vorhergegangenen Abschnitten dargelegt wurde. Auf dieser Höhe der Argumentation lässt sich dieser Umstand in Verbindung mit der Rechtsstaatlichkeit setzen und somit das zweite Moment des Etatismus nach Jessop (2006, 56f.) umfassend für Spanien aufarbeiten:

„Die gesamte Geschichte zeigt, dass die Existenzformen und das Funktionieren der repräsentativen Demokratie als System des realen Pluralismus politischer Parteien gegenüber der Staatsbürokratie und der öffentlichen Verwaltung auf Ebene staatlicher Institutionen in positiver Korrelation zum Funktionieren politischer Freiheiten steht.“
(Poulantzas 2002, 245)

Mit Poulantzas kann die Bedeutung der vierten Arbeitsthese somit unterstrichen werden, wonach die repressive Gesetzgebung als Einschränkung des Demonstrationsrechtes durch das hierarchische Institutionengefüge ermöglicht wurde. Da das *ley mordaza* eine Antwort der Regierung auf die Legitimitätskrise darstellt, steht es in Verbindung zur Krisenhaftigkeit der spanischen Modernisierungsversprechen.

Unter geänderten Mehrheitsverhältnissen äußerte sich seit 2016 breiter Widerstand im Parlament, der das Gesetz wieder zu Fall bringen dürfte. In diesem Prozess konnten die Parteien ihr Profil schärfen und teilweise neu definieren. Wie im fünften Kapitel schon gezeigt wurde, trifft dies besonders auf den PSOE zu, der nun dezidiert die Repräsentation der Protestierenden als Betroffene der Krise beanspruchte. Indem das spanische Parlament durch neue Parteien diversifiziert wurde, bestehen Möglichkeiten seiner sukzessiven Rückeroberung als Ort der politischen Debatte über alternative Verständnisse von Sicherheit und einer allgemeinen Stärkung des Parlamentarismus, die die klassischen Staatsparteien (vorläufig) beschneiden könnte. Das letzte Kapitel soll diese Erkenntnisse über das *ley mordaza* in Bezug zu den anderen bearbeiteten Transformationen des spanischen Staates stellen und so eine abschließende Darstellung der spanischen Zusammensetzung des autoritären Etatismus möglich machen.

²⁴ Der Präsident des Obersten Gerichtshof Gonzalo Moliner gab in einem Zeitungsinterview seine private Einschätzung preis, wonach selbst die Praxis der nun strafbaren *escraches* durch das Recht auf Demonstrationsfreiheit gedeckt sei (vgl. Caceres/Oberndorfer 2013, 462).

7. Schlussbemerkungen

Die vorliegende Arbeit ist der Frage nachgegangen, inwieweit im Kontext der ökonomischen Krise ab 2007 Transformationen des spanischen Staates stattgefunden haben, die einer spezifischen Zusammensetzung der Elemente des autoritären Etatismus entsprechen. Die Analyse erfolgte unter Bezugnahme auf die vier im Theorieteil herausgearbeiteten Momente dieser Form der Demokratie (vgl. Jessop 2006, 56f.; 2016, 225ff.) und unter Berücksichtigung der vier eingangs formulierten Arbeitsthese. Das Ergebnis soll abschließend zusammengefasst werden.

- **1. Die Machtübertragung der Legislative auf die Exekutive**

Im dritten Kapitel wurde dargestellt, dass die Etablierung der formalen Demokratie durch den Sonderfall der *Transición* geprägt wurde (Arbeitsthese 1). Die Verfassung von 1978 und das Wahlrecht begründeten dabei das erste Moment des autoritären Etatismus, indem eine sehr starke Rolle der Regierung konzipiert wurde, die fortan unter anderem durch Dekrete legislative Kompetenzen übernehmen konnte. Zugleich wurde die Entstehung eines Zweiparteiensystems begünstigt, indem die Verteilung der Mandate zugunsten der Großparteien wirkt (vgl. Heywood 1995, 89). Diese rechtliche Grundlage deckte sich sodann mit der politischen Realität, zumal der PSOE und der PP alternierend als Staatsparteien die Regierung stellten und die politische Macht auf die Regierungschefs González und Rajoy zugespitzt war. Im Parlament verfügte der PSOE von 1982 bis 1993 und der PP von 2011 bis 2015 über eine absolute Mandatsmehrheit, sodass das Parlament im Institutionengefüge auf die formale Verabschiedung der Gesetze reduziert werden konnte. In der Krisenbearbeitung ab 2010 wurde mehrfach per Dekret die legislative Macht auf die Exekutive verschoben. Dies geschah etwa bei der Kürzung der BeamtInnengehälter oder bei den Änderungen im Mietrecht (vgl. Mendizabal 2014, 12), während die Forderungen des Volksbegehrens der PAH im Parlament wieder verworfen wurden (vgl. Cano Fuentes et al. 2013, 1213f.). Obgleich die beiden Staatsparteien nach dem Konsens der *Transición* in einen polarisierten Wettbewerb getreten sind (vgl. Torcal/Lago 2008, 365), offenbarten sie als Regierungsparteien ihre wirtschaftspolitische Konvergenz. Dies wurde anhand der Durchsetzung der Austeritätspolitik dargestellt (Arbeitsthese 3). Die betrachteten Regierungen González, Zapatero und Rajoy waren bemüht, dieses staatliche Handeln

innerhalb der Erzählung der positiven Entwicklung Spaniens zu propagieren. Durch die Aufwertung der Exekutive konnte die Austeritätspolitik als partikulares Interesse durchgesetzt werden. Das Parlament entsprach dabei nicht dem Ort, an dem pluralistische Interessen abgebildet waren und im Sinne einer universellen Rationalität ausgedrückt werden konnten (vgl. Poulantzas 2002, 247). Dies führt zum zweiten Moment des Spanischen autoritären Etatismus.

• 2. Die Fusion der Gewalten und das Schwinden der Rechtsstaatlichkeit

Die spanische Verfassung hat Anleihen an westeuropäischen Systemen genommen und beinhaltet somit die Fiktion der Gewaltenteilung (vgl. Bernecker 2006, 84), wobei diese hinsichtlich der Verfassungsrealität nur sehr schwach untermauert ist (vgl. Heywood 1995, 89). Die *Fusion der Gewalten* begünstigte in Spanien vor allem die Position der Regierung. Am Beispiel des *ley mordaza* wurde gezeigt, dass Entscheidungen über die Rechtmäßigkeit der Policies früh den Gerichtshöfen zugespielt wurden. Mit Poulantzas ist dahingehend von einer Bedeutungsverlagerung des Rechts zu sprechen, weil Gesetze nicht mehr ausgehend von einem Konsens über ein gesamtgesellschaftliches Interesse verabschiedet werden, sondern ein je partikulares Interesse zum Ausdruck bringen (vgl. Poulantzas 2002, 247ff.). Das unter der PP-Regierung verabschiedete „Gesetz zum Schutz des Bürgers“ belegt diesen Wandel. Konkret bedeutet das Gesetz einen Abbau der Demonstrations- und Meinungsfreiheit, also einen Einschnitt jener Freiheiten, die man nach Poulantzas erst dann wirklich zu schätzen lernen würde, wenn sie einem genommen werden (vgl. ebd., 231). Dieses Moment des autoritären Etatismus gab der staatlichen Exekutive neue Möglichkeiten, präventiv gegen zivilen Ungehorsam aufzutreten. Vor allem spontane Protestkundgebungen wurden kriminalisiert, Kundgebung im Umkreis staatlicher Institutionen erschwert und die Befugnisse der Polizei wurden erhöht (vgl. El Diario 30.06.2015). Der Sicherheitsbegriff hat von Seiten der Regierung eine diskursive Aufwertung erfahren (vgl. Diario de Sesiones del Congreso 2015, 62ff.). Im Kontext der Legitimitätskrise der Parteien waren diese diskursiven wie rechtlichen Verschiebungen eine Notwendigkeit, um die Arbeit von Protestbewegungen einzuschränken (Arbeitsthese 4). Was den Entstehungsprozess des Gesetzes betrifft, ist auch die binnen zwei Wochen unter der Regierung Zapatero beschlossene Schuldenbremse (vgl. Sánchez Barrilao 2013, 689ff.) ein Merkmal für eine situativ umsetzbare Norm und folglich für eine Bedeutungsverlagerung des Rechts.

• 3. Der Bedeutungswandel der Parteien

Bei Poulantzas kamen im Wesentlichen zwei Parteienbegriffe zur Anwendung. Einerseits die bereits oben erläuterten Staatsparteien und andererseits die politischen Parteien als Vertreterinnen eines gesellschaftlichen (Klassen-)Interesses im Allgemeinen. Innerhalb des autoritären Etatismus sah er ersteren Typ gestärkt und letzteren als zunehmend bedeutungslos an (vgl. Poulantzas 2002, 251).

In den Übergangsjahren zur Demokratie etablierte sich im Vorfeld der ersten freien Wahl 1977 ein demokratisches Parteiensystem (vgl. Heywood 1995, 190), das bereits in den Jahren der Transition einer umfassenden Veränderung ausgesetzt war: Die Union des demokratischen Zentrums, die die (Selbst-)Auflösung des Franquismus bei den Wahlen legitimiert hatte, konnte sich nicht langfristig etablieren (vgl. Baumer 2001, 147). Ihre Position im rechtskonservativen Spektrum wurde erst 1996 durch den Partido Popular gefüllt. Dazwischen fällt die Zeit der PSOE-Hegemonie unter Felipe González, unter dessen Führung die Partei ab 1982 eine gemäßigte sozialdemokratischen Kraft geworden war (vgl. Share 1989, 46). Die zunächst starke Kommunistische Partei Spaniens konnte sich nach der *Transición* nicht etablieren (vgl. Smith 2015, 146).

Aus dieser spezifischen Genese des Parteiensystems ergibt sich, dass es im postfranquistischen Spanien keine tief in der Gesellschaft verwurzelten Volksparteien westeuropäischen Zuschnitts gab, die die Vertretung eines homogenen „Klasseninteresses“ innerhalb der Repräsentationsfiktion der parlamentarischen Demokratie beanspruchen konnten (vgl. Baumer 2001). Poulantzas verstand das *Dealignment* von Parteien und WählerInnen, wie es sich etwa in Frankreich oder der BRD zugetragen hatte, als den Bedeutungsverlust der Parteien. Diese würden nicht länger zur politischen Willensbildung beitragen, sondern anderorts getroffene (ökonomische) Entscheidungen als staatliche Politik gegenüber den WählerInnen vertreten (vgl. Poulantzas 2002, 275ff.).

Die untergeordnete Stellung der Parteien im Institutionengefüge begünstigte für Poulantzas eine politische Legitimitätskrise (vgl. ebd., 251). Eine solche kennzeichnet die spanische Politik ab 2010, als die Großparteien von der 15-M Bewegung für die Finanzkrise und ihre eindimensionale Bearbeitung verantwortlich gemacht wurden (vgl. Castillo-Manzano et al. 2017, 158). Zugleich wurde die Hoffnung artikuliert, in einem

pluralistischen System könnte eine andere Wirtschaftspolitik vorangebracht werden (vgl. Mendizabal 2014, 15). Es kam in weiterer Folge zu einer Erweiterung des Parteiensystems und zu einem Transformationsprozess des PSOE. Insgesamt ist das Ausmaß der parteipolitischen Transformationen im Rahmen der Legitimitätskrise geblieben, da die politischen Parteien nach wie vor als zentraler Bezugspunkt des politischen Systems gelten (vgl. Demirović 2011, 73). Es ist folglich zutreffender, von einem Bedeutungswandel als von einem Bedeutungsverlust der Parteien in Spanien zu sprechen. Darüber hinaus lassen sich Parteien auch mit Poulantzas' Konzept als ein potentieller Gegenpol zu den Tendenzen des autoritären Etatismus begreifen, wie sich in Spanien besonders durch erfolgreiche Neugründungen von Parteien (vor allem Podemos) und angesichts der Debatten um die Absetzung des *ley mordaza* gezeigt hat. Da Poulantzas die Beständigkeit des Parteiensystems unterschätzte, müsste eine weiterführende Analyse seiner Erosion im Kontext der Finanzkrise allerdings über die von ihm gelieferten Begriffe hinausgehen.

- **4. Die Entstehung paralleler Machtnetzwerke**

Die genannten Aspekte der institutionellen Transformationen kulminierten für Poulantzas in einer Loslösung der Staatstätigkeit von den formal zugewiesenen „neutralen“ Orten (vgl. Jessop 2006, 56f.). Im Zuge dieser Arbeit konnten „Verdachtsmomente“ für eine solche Entwicklung in Spanien in Verbindung zu den beiden Großparteien angedeutet werden: Die parlamentarische Monarchie war innerhalb der Institutionen und bei Fortbestehen des bürokratischen Personals des Vorgängersystems gebildet worden. Sie wurden unter González sukzessive durch PSOE-loyales Personal ausgetauscht bzw. ergänzt. Eine PSOE-Parteimitgliedschaft galt als vorteilhaft und eine Mehrheit der PSOE-Delegierten der 1980er Jahre bezog ihr Gehalt durch Anstellungen in der staatlichen Verwaltung (vgl. Smith 2015, 184). Andererseits begünstigte die Schwächung des Parlaments Verflechtungen von Politik und Ökonomie (vgl. Poulantzas 2002, 265f.). Unter der PP-Regierungszeit Aznars wurde nicht nur der Zugang zu Landtiteln für die Immobilienbranche gesetzlich erleichtert, sondern auch eine systematische Bereicherung der Partei etabliert (vgl. Mendizabal 2014, 7). Nachdem bereits in den 1990ern Korruptionsvorwürfe gegen beide Staatsparteien aufgekommen waren (vgl. Heywood 1995, 183f.), musste sich Marino Rajoy aufgrund des „Gürtel-Netzwerks“ 2016 als erster Regierungschef der Geschichte Spaniens vor Gericht

verantworten. Zugleich stand der Untersuchungsrichter Baltasar Garzón wegen seiner Nähe zum PSOE unter dem Verdacht der Befangenheit. Insgesamt konnte die Arbeit zeigen, in welchem Ausmaß die Großparteien PP und PSOE jeweils große Verflechtungen in die Teilbereiche des politischen Systems und in die Gesellschaft aufgebaut haben. Diese Machtfülle kam ihnen alternierend als Regierungspartei zugute. Als Staatspartei können sie ein „paralleles Netzwerk der strikten politischen Unterordnung der ganzen Verwaltung unter die Spitzen der Exekutive“ (Poulantzas 2002, 264) bilden. Diese Macht wurde durch die Verfassung begünstigt, wenngleich dargelegt wurde, dass das Entstehen der neuen Parteien Podemos und Ciudadanos die Staatsparteien herausgefordert und zum Teil geschwächt hat.

7.1 Fazit – Die spanische Konstellation des autoritären Etatismus

Die spanische parlamentarische Monarchie feierte 2017 ihr neununddreißigjähriges Bestehen. Angesichts der vier Punkte konnte aufgezeigt werden, dass ihre Entwicklung durch ein spezifisches Arrangement der Momente des autoritären Etatismus geprägt wurde. Neben der eigenen historischen Genese wurde ihre Ausformung auch durch die Europäische Union, also über die multiskalaren Formen von Staatlichkeit (vgl. Brand 2007, 260ff.), geprägt (Arbeitsthese 2). Es bleibt deshalb fraglich, welche Alternativen zur eingeschlagenen Krisenpolitik Spanien als kreditabhängiges Land innerhalb der europäischen Machtverhältnisse hätte wählen können. Darüber hinaus konnte herausgearbeitet werden, dass gerade die bestimmte Form des gestärkten Nationalstaates innerhalb der Europäisierung notwendig für die Umsetzung der wirtschaftspolitischen Anforderungen der Währungsstabilität und der Haushaltskonsolidierung war. Dabei ist es in Spanien – entgegen der regionalen Autonomietendenzen – zu einer gestärkten Machtkonzentration im Zentralstaat gekommen (vgl. auch Poulantzas 2002, 257), die sich in der Aufwertung der Regierungsparteien und der Festsetzung der Schuldenbremse, die alle regionalen Ebenen betraf, zeigte (vgl. Mendizabal 2014, 14).

Mit Rückgriff auf Nicos Poulantzas' Konzept konnte also in dieser Masterarbeit ein analytischer Zusammenhang zwischen der Staatsform und der Austeritätspolitik hergestellt werden. Er liegt in der spezifischen Konfiguration der staatlichen Institutionen, die den Handlungsvorgaben des ökonomischen Dispositivs zur

Durchsetzung verholten hat, wenn diese nicht innerhalb der „normal features of the capitalist type of state“ (Jessop 2016, 225) erfolgen konnten.

Die Stärke der von Poulantzas inspirierten materialistischen Theorie liegt außerdem darin, dass die Staatsform nicht nur institutionalistisch, sondern vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen (Klassen-)Verhältnisse gedacht wird. Begreift man staatliche Politik als einen Kampf um Hegemonie, der sich innerhalb der Fiktion der parlamentarischen Repräsentation zu legitimieren hat, erschließt sich die Bedeutung (verteilungspolitischer) Konzessionen an die subalterne Bevölkerung (vgl. Jessop 2006, 52). In beiden historischen Abschnitten der Arbeit wurden die Schwierigkeiten des spanischen Staates sichtbar, Forderungen der Bevölkerung in seine Politik aufzunehmen (vgl. Huke 2016, 36). Mit Poulantzas stärkt dies die Exekutive und die Spitze der Regierung. Zugleich werden Forderungen nach Alternativen (vgl. Poulantzas 2002, 277), die politisch unterschiedlich aufgegriffen und kanalisiert werden können, artikuliert.

So liefert die in dieser Arbeit etablierte Argumentation auch erhellende Einsicht in den möglicherweise größten politischen Konflikt des postfranquistischen Spaniens. Das im Herbst 2017 eskalierte Verhältnis zwischen der Zentralregierung in Madrid und der katalanischen Regionalregierung wäre dabei nicht nur auf die Frage nach der Legitimität des katalanischen Nationalismus oder nach der Rechtmäßigkeit der spanischen Reaktionen zu reduzieren. Es ließe sich vielmehr aufzeigen, warum die beschriebene Verfasstheit des spanischen Staates zur Eskalation beigetragen hat. Auf die seit der *Tansición* nicht gelöste Frage nach dem Organisationsprinzip der Regionen im Zentralstaat prallt die in den letzten Jahren gestiegene Zentralisierung des spanischen Staates. Das katalanische Anliegen wäre aufgrund des Verlangens nach einer selbstbestimmten Zukunft (vgl. Zelik 2017) als gegenläufige Bewegung zum autoritären Etatismus interessant. Orientiert man sich an Nicos Poulantzas' politischer Zielvorstellung der Demokratisierung des Staates, ist jedenfalls zu bilanzieren, dass mit der Unabhängigkeit noch nichts gewonnen wäre, solange die Form des Staates den Momenten des autoritären Etatismus entspricht.

8. Literaturverzeichnis

- ABC online (09.05.2017): Rajoy asegura que la economía española crecerá un 2,5% de media hasta el año 2020. Unter: http://www.abc.es/economia/abci-rajoy-asegura-economia-espanola-crecera-25-por-ciento-media-hasta-2020-201705091919_noticia.html (letzter Zugriff: 28.09.2017)
- Antòn, Joan (2012): El Franquismo (1936-1975. Una Dictadura militar frascistizada. In: Josep M. Reniu (Hrsg.): Sistema Político Español. Barcelona: Hugyens Editorial, S. 41-54.
- Ataç, Ilker (2013): Politische und ökonomische Krisen in der Türkei. Die Neuformierung des peripheren Neoliberalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Banco de España (2017): Notas Económicas. La Evolución de la Deuda Pública en España en 2016.
- Baumer, Andreas (2001): Jenseits der Pyrenäen: Parteiensysteme und gesellschaftliche Konflikte in Spanien und Portugal. In: Eith, Ulrich/Mielke, Gerd (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 141-156.
- Banyuls, Josep/Recio, Albert (2012): Der Albtraum des mediterranen Neoliberalismus - Spanien nach dem Scheitern des »dritten Weges«. In: Lehndorff, Steffen (Hrsg.): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Hamburg: VSA.
- Barreiro, Belén/Sánchez-Cuenca, Ignacio (2012): In the Whirlwind of the Economic Crisis: Local and Regional Elections in Spain, May 2011. In: South European Society and Politics, 12:2, S. 281-294.
- Bermeo, Nancy (1990): The Politics of Public Enterprise in Portugal, Spain and Greece, In Suleiman, Ezra N./John Waterbury (Hrsg.): The Political Economy of Public Sector Reform and Privatization. Boulder (u.a): Westview Press, S. 137-162.

- Bernecker, Walther L. (1993): Arbeiterbewegung und Sozialkonflikte im Spanien des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Vervuert.
- Bernecker, Walther L. (1997): Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg. 3., neubearb. und erw. Auflage. München: Beck.
- Bernecker, Walther L. (2006): Spanien-Handbuch. Geschichte und Gegenwart. Tübingen: A-Francke Verlag.
- Bernecker, Walther L. (2012): Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert. München: C.H. Beck.
- Bieling, Hans-Jürgen (2011): „Integraler Staat“ und Globalisierung. In: Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver (Hrsg.): Gramsci Global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie. Hamburg: Argument, S. 87-105.
- Boos, Tobias/Schneider, Etienne (2016): Lateinamerikanisiert Europa!? Einige vorläufige Schlussfolgerungen zur Frage eines linken Populismus in Europa. In: Brand, Ulrich (Hrsg.): Lateinamerikas Linke. Ende des progressiven Zyklus?. Hamburg: VSA. S. 96-111.
- Brand, Ulrich (2007): Die Internationalisierung des Staates, in: Becker, Joachim/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia (Hrsg.Innen): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd, Wien: Mandelbaum: S.260-279.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007): Verdichtung 2. Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive. In: Prokla 27(2), S. 217-234.
- Bruff, Ian (2014): The Rise of Authoritarian Neoliberalism. In: Rethinking Marxism, 26:1, S. 113-129.

- Butzlaff, Felix/Seifert, Benjamin (2011): Con el Talente de Zapatero. Der spanische PSOE zwischen Parteireform und Regierungskrise. In: Butzlaff, Felix/Mitthus, Matthias/Walter, Franz (Hrsg): Genossen in der Krise?: Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. S 190-205.
- Caceres, Imayna/Oberndorfer, Lukas (2013): Verlangt das Gesetz der bürgerlichen Sicherheit die Einschränkung der Politischen Freiheit? Spanien und die Neuzusammensetzung von Zwang und Konsens im autoritären Wettbewerbsetatismus. In: Juridikum 4/2013, S. 453-463.
- Cano Fuentes, Gala/Etxezarreta Etxarri, Aitziber/Dol, Kees/Hoekstra, Joris (2013): From Housing Bubble to Repossessions: Spain Compared to Other West European Countries. In: Housing Studies, 28:8, S. 1197-1217.
- Castillo-Manzano, José I./López-Valpuesta, Lourdes/Pozo-Barajas, Rafael (2017): Six months and two parliamentary elections in Spain: December, 2015 and June, 2016. The end of the two-party system? In: Electoral Studies 45, S. 157-160.
- Charnock, Greig/Purcell, Thomas/Ribera-Fumaz, Ramon (2011): ¡Indígnate! The 2011 popular protests and the limits to democracy in Spain. In: Capital & Class 36(1), S 3-11.
- Ciudadanos Parteiprogramm: 350 soluciones para cambiar España a mejor. Unter: <https://www.ciudadanos-cs.org/nuestro-proyecto> (letzter Zugriff: 28.08.2017)
- Colau, Ada (2014): Wir treten nicht an, um einen Sitz im Gemeinderat zu bekommen. Wir wollen gewinnen. Unter: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/ada-colau-wir-treten-nicht-an-um-einen-sitz-im-gemeinderat-zu-bekommen-wir-wollen-gewinnen/> (letzter Zugriff: 6.7.2017)
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Demirović, Alex (2008): Zu welchem Zweck und auf welche Weise den Staat kritisieren?
In: Wissel, Jens/Wöhl, Stefanie (Hrsg.): Staatstheorie vor neuen Herausforderungen.
Analyse und Kritik. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 24-47.

Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayalı, Serhat (Hrsg.) (2010): Das
Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis.
Baden-Baden: Nomos.

Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.Innen) (2011):
VielfachKrise: im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag.

Demirović, Alex (2011): Ökonomische Krise – Krise der Politik? In: Ders./Dück,
Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.Innen): VielfachKrise: im
finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag. S. 63 – 78.

Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2011): Finanzdominierte Akkumulation und die
Krise in Europa. In: Prokla. Zeitschrift für Sozialwissenschaften. Verlag Westfälisches
Dampfboot, Heft 166, 42. Jg. 2011, Nr. 1, S. 77-106.

Der Freitag (2015): Spanien beerdigt Demonstrationsfreiheit. Unter:
<https://www.freitag.de/autoren/el-dorado/spanien-beerdigt-demonstrationsfreiheit>
(letzter Zugriff: 25.05.2017)

Der Standard (17.01.2010): Plan E soll Spaniens Wirtschaft retten. Unter:
<http://derstandard.at/1263705328925/Zweifel-an-Plaenen-Plan-E-soll-Spaniens-Wirtschaft-retten> (letzter Zugriff: 01.06.2017)

Der Standard (19.10.2013): Kritik an Stabilitätspakt-Einigung. Unter:
<http://derstandard.at/1287099541472/EU-Parlament-Kritik-an-Stabilitaetspakt-Einigung> (letzter Zugriff: 27.09.2017)

Der Standard (18.04.2017): Spanisches Sozialistenduell mit drei Kandidaten. Unter:
<http://derstandard.at/2000056075248/Spanischens-Sozialistenduell-mit-drei-Kandidaten> (letzter Zugriff: 27.08.2017)

Der Standard (09.05.2017): Tourismus verhilft Spanien zu kleinem Jobboom. Unter <http://derstandard.at/2000057276975/Tourismus-verhilft-Spanien-zu-kleinem-Jobboom> (letzter Zugriff: 09.05.2017)

Diario de Secciones del Congreso de los Diputados, X Legislatura, 26 de marzo de 2015

El Diario (26.03.2015): Guía definitiva para manifestantes bajo la Ley de Seguridad Ciudadana. Unter http://www.eldiario.es/politica/Guia-Ley-Seguridad-Ciudadana-PP_0_337717086.html (letzter Zugriff: 09.05.2017)

El Diario (30.06.2015): Los siete derechos fundamentales que limita la 'Ley Mordaza'.

Unter:

http://www.eldiario.es/sociedad/Ley-Mordaza-vigor-manana_0_403859798.html
(letzter Zugriff: 22.09.2017)

El Mundo (01.07.2015): Las 44 conductas que se multan en la nueva 'ley mordaza'.

Unter:

<http://www.elmundo.es/espana/2015/07/01/559418d5268e3eb16d8b4582.html>
(letzter Zugriff: 27.08.2017)

El País (17.09.1982): El PSOE promete crear 800,000 empleos en los próximos cuatro años. Unter:

http://elpais.com/diario/1982/09/17/portada/401061601_850215.html (letzter Zugriff: 17.06.2017)

El País (09.03.1986): Felipe González: "Quien vaya a votar que 'no', que piense antes qué fuerza política va a gestionar ese voto". Unter:

https://elpais.com/diario/1986/03/09/espana/510706808_850215.html (letzter Zugriff: 30.10.2017)

El País (18.11.1993): El Constitucional anula la 'Patada en la puerta' de la ley Corcuera'.

Unter: https://elpais.com/diario/1993/11/18/portada/753577201_850215.html
(letzter Zugriff: 28.09.2017)

El País (04.04.2010): Las nuevas pruebas del 'caso Gürtel' apuntalan la financiación ilegal del PP. Unter:

https://elpais.com/diario/2010/04/04/espana/1270332001_850215.html (letzter Zugriff: 27.08.2017)

El País (17.11.2011): "Mi prioridad son las pensiones. A partir de ahí, habrá que recortar en todo". Unter:

https://elpais.com/diario/2011/11/17/espana/1321484401_850215.html (letzter Zugriff: 30.10.2017)

El País (15.03.2013): Desahucios bajo tutela. Unter:

https://elpais.com/elpais/2013/03/14/opinion/1363293511_556011.html
(Letzter Zugriff: 27.08.2017)

El País (20.3.2013): Los detenidos durante el 25-S no intentaron invadir el Congreso.

Unter: http://ccaa.elpais.com/ccaa/2013/03/20/madrid/1363799316_958966.html
(letzter Zugriff: 28.08.2017)

El País (13.04.2013): Cospedal tilda los escraches de "nazismo puro" propio de antes de la Guerra Civil. Unter:

https://politica.elpais.com/politica/2013/04/13/actualidad/1365848717_144600.html (letzter Zugriff: 28.08.2017)

El País (08.05.2013): El PP aprueba en solitario en el Senado la nueva Ley Hipotecaria.

Unter:
https://politica.elpais.com/politica/2013/05/08/actualidad/1368014462_671668.html (letzter Zugriff: 28.08.2017)

El País (26.11.2014): Dimite Ana Mato para no hundir a Mariano Rajoy. Unter:

https://politica.elpais.com/politica/2014/11/26/actualidad/1417012981_141230.html (letzter Zugriff 22.09.2017)

El País (19.12.2014): El BCE publica el cruce de cartas entre Trichet y Zapatero. Unter:

https://economia.elpais.com/economia/2014/12/19/actualidad/1419016384_360049.html (letzter Zugriff 22.09.2017)

El País (16.01.2015): Gürtel, la corrupción que colonizó al Partido Popular. Unter:
https://politica.elpais.com/politica/2015/01/16/actualidad/1421404964_378051.html (letzter Zugriff: 28.08.2017)

El País (20.05.2015): La oposición recurre la 'ley mordaza' al vulnerar 12 puntos de la Constitución. Unter:
http://politica.elpais.com/politica/2015/05/20/actualidad/1432114191_278013.html

El País (22.06.2015): Las sanciones a manifestantes suben en 2014 pese a disminuir las protestas. Unter:
http://politica.elpais.com/politica/2015/06/22/actualidad/1434986964_878758.html (letzter Zugriff: 27.08.2017)

El País (01.07.2015): Cinco acciones que la 'ley mordaza' sanciona desde el 1 de julio. Unter:
https://politica.elpais.com/politica/2015/06/25/actualidad/1435244324_666533.html (letzter Zugriff: 22.09.2017)

El País (21.05.2016): La 'ley mordaza', la norma más protestada, entra hoy en vigor. Unter:
https://politica.elpais.com/politica/2015/06/30/actualidad/1435681186_822374.html (letzter Zugriff 28.08.2016)

El País (28.09.2016): Pedro Sánchez se niega a dejar su cargo. Unter:
https://politica.elpais.com/politica/2016/09/28/actualidad/1475061199_018971.html (letzter Zugriff: 27.08.2017)

El País (02.10.2016): Las 12 horas que decidieron la caída de Pedro Sánchez. Unter:
https://politica.elpais.com/politica/2016/10/01/actualidad/1475352637_277659.html (letzter Zugriff: 19.09.2017)

El País (14.10.2016): Ocho confesiones de Francisco Correa en el juicio del 'caso Gürtel'.

Unter:

https://politica.elpais.com/politica/2016/10/13/actualidad/1476363802_790003.html (letzter Zugriff: 19.09.2017)

El País (24.10.2016): El PSOE apoya la abstención para que se pueda formar Gobierno.

Unter:

https://politica.elpais.com/politica/2016/10/23/actualidad/1477226607_367872.html (letzter Zugriff: 27.08.2017)

El País (03.03.2017): El número de desahucios cae a 63.037 en 2016, un 6,4% menos.

Unter:

https://economia.elpais.com/economia/2017/03/03/actualidad/1488536808_769090.html (letzter Zugriff: 28.08.2017)

El País (22.03.2017): El Congreso da el primer paso para la modificación de la 'ley mordaza'. Unter:

https://politica.elpais.com/politica/2017/03/21/actualidad/1490116980_260519.html (letzter Zugriff: 28.08.2017)

El País (09.05.2017): Barómetro del CIS: El PSOE avanza en su recuperación y el PP cae pero volvería a ganar. Unter:

http://politica.elpais.com/politica/2017/05/09/actualidad/1494314934_633147.html (letzter Zugriff: 09.05.2017)

El País (23.05.2017): Pedro Sánchez vuelve a ser el secretario general del PSOE. Unter:

https://politica.elpais.com/politica/2017/05/21/actualidad/1495392291_548232.html?rel=mas (letzter Zugriff: 27.08.2017)

El País (25.05.2017): Giro a la izquierda. Unter:

https://elpais.com/elpais/2017/05/24/opinion/1495628263_251635.html (letzter Zugriff: 19.09.2017)

El País (05.06.2017): La ley mordaza ‘recauda’ 13,5 millones en multas por desplantes a la policía. Unter:

https://politica.elpais.com/politica/2017/06/01/actualidad/1496342552_279869.html (letzter Zugriff: 29.08.2017)

El País (07.06.2017): De ‘El futuro empieza hoy’ a ‘Somos la izquierda’, el PSOE cambia el lema para su Congreso. Unter:

https://politica.elpais.com/politica/2017/06/07/actualidad/1496830663_239248.html letzter Zugriff: (19.09.2017)

El País (09.06.2017): 9 de junio de 2012: el día que España tuvo que pedir el rescate.

Unter:

https://economia.elpais.com/economia/2017/06/08/actualidad/1496944711_618627.html (letzter Zugriff: 28.08.2017)

El País (14.06.2017): Unidos Podemos pierde la moción de censura contra Rajoy. Unter:

https://politica.elpais.com/politica/2017/06/13/actualidad/1497330380_345578.html (letzter Zugriff: 28.08.2017)

El País (18.06.2017a): La consulta a las bases sobre acuerdos de Gobierno será obligatoria. Unter:

https://politica.elpais.com/politica/2017/06/17/actualidad/1497715841_951508.html (letzter Zugriff: 21.09.2017)

El País (18.06.2017b): Nace el PSOE de Pedro Sánchez. Unter:

https://politica.elpais.com/politica/2017/06/17/actualidad/1497715188_646022.html (letzter Zugriff: 20.09.2017)

El País (19.06.2017): El comité federal se reserva el cambio de las listas electorales.

Unter:

https://politica.elpais.com/politica/2017/06/18/actualidad/1497809850_509625.html (letzter Zugriff: 21.09.2017)

El País (26.07.2017): Gürtel: una maraña de 3.089 días y un presidente declarando en la sala. Unter:

https://politica.elpais.com/politica/2017/07/25/actualidad/1500989025_020809.html (letzter Zugriff: 27.08.2017)

Especial TVE Elecciones 1977. Unter:
<https://www.youtube.com/watch?v=5Wr9UPulrQA> (letzter Zugriff: 19.06.2017)

Estaban, Marisol/Altuzarra, Amaia (2016): Local Political Power and Housing Bubble in Spain. In: Investigaciones Regionales – Journal of Regional Research 35, S. 107-127.

Fernández Rodríguez, Carlos J./Ibáñez Rojo, Rafael/Martínez Lucio, Miguel (2016): Austerity and collective bargaining in Spain: The political and dysfunctional nature of neoliberal deregulation. In: European Journal of Industrial Relations, Vol 22(3), S. 267-280.

Fernández Steinko, Armando (2013): Vom Atlantik zum Mittelmeer: Portugal, Spanien und Griechenland auf der Suche nach einem Ausweg. In: Das Argument 301.

Field, Bonnie N. (2009): A 'Second Transition' in Spain? Policy, Institutions and Interparty Politics under Zapatero (2004-08). In: South European Society and Politics, 14:4, S. 379-397.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (23.08.2011): China vergleicht die Euro-Krise mit Pestepidemie. Unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/nach-amerika-schelte-china-vergleicht-die-euro-krise-mit-pestepidemie-11112752.html> (letzter Zugriff: 27.08.2017)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (07.07.2016): Verschärfte Defizitverfahren gegen Spanien und Portugal. Unter:
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/schuldenkrise-verschaerfte-defizitverfahren-gegen-spanien-und-portugal-14329352.html> (letzter Zugriff: 27.08.2017)

- Gill, Stephen (1998): European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe. In: New Political Economy, Vol. 3(1), S. 5-26.
- Gillespie, Richard (1989): The Spanish Socialist Party. A History of Factionalism. Oxford: Clarendon Press.
- Heywood, Paul (1995): The Government and Politics of Spain. Houndsmill (u.a.): Macmillan Press.
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg: VSA-Verlag.
- Hirsch, Joachim/Jessop, Bob (2001): Die Zukunft des Staates – Vorwort. In: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos. (Hrsg.): Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung. Hamburg: VSA-Verlag.
- Hirsch, Joachim/Kannankulam, John (2006): Poulantzas und Formanalyse. Zum Verhältnis zweier Ansätze materialistischer Staatstheorie. In: Bretthauer, Lars et. al (Hrsg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg: VSA-Verlag, S. 65-81.
- Huke, Nikolai (2016): Krisenproteste in Spanien. Zwischen Selbstorganisation und Überfall auf die Institutionen. Münster: edition assemblage.
- Huntington, Samuel (2009 [1991]): How Countries Democratize. In: Political Science Quarterly, Vol.124(1), S. 31-69.
- Jessop, Bob (2001): Globalisierung und Nationalstaat. Imperialismus und Staat bei Nicos Poulantzas – 25 Jahre später. In: Hirsch, Joachim/ders./Poulantzas, Nicos. (Hrsg.): Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung. Hamburg: VSA-Verlag, S. 71-100.

Jessop, Bob (2006): Kapitalistischer Staatstyp und autoritärer Etatismus. Poulantzas' Staatstheorie als moderner Klassiker. In: Bretthauer, Lars et. al (Hrsg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg: VSA-Verlag, S. 48-64.

Jessop, Bob (2016): The State. Past, Present, Future. Cambridge: Polity.

Jost, Stefan (1994): Die politische Mitte Spaniens. Von der Unión de Centro Democrático zum Partido Popular. Frankfurt am Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften.

Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas. Hamburg: VSA-Verlag.

Kennedy, Paul (2012): From Unpopular Socialists to the Popular Party: The Spanish General Election of 2011. In: West European Politics, 35:3, S. 673-68.

Kickert, Walter/Ysa, Tamyko (2014): New development: How the Spanish government responded to the global economic, banking and fiscal crisis. In: Public Money & Management, 34:6, S. 453 – 457.

Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2014): Gender and Macroeconomics: Economic Governance in the European Union – reconfiguration of gendered power structures and erosion of gender equality, in: Evans, May et al (Hrsg.): Feminist Theory Handbook, London, SAGE.

Kreisky, Eva/Löffler, Marion (2012): Kritische Staatstheorie und theoriegeleitete Staatskritik. In: Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hrsg.Innen). Wien: Facultas. S. 93-104.

La Vanguardia (11.10.2016):

<http://www.lavanguardia.com/vida/20161011/41924208161/el-empresario-jacobo-gordon-primer-acusado-en-declarar-en-juicio-de-gurtel.html> (letzter Zugriff: 27.08.2017)

Lahey, Kathleen A./de Villota, Paloma (2013): Economic Crisis, Gender Equality, and Policy Responses in Spain and Canada. In: *Feminist Economics*, 19:3, S. 82-107.

Ley Orgánica 4/2015, de 30 de marzo, de protección de la seguridad ciudadana. Boletín oficial del Estado, Núm. 77. Sec. I. Pág. 27216-27243.

Linz, Juan José (2011 [1964]): Ein autoritäres Regime. Der Fall Spanien. Potsdam : WeltTrends e.V.

López, Isidro/Rodríguez, Emmanuel (2011): The Spanish Model. In: *New Left Review* 69. S. 5-28.

Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (2010): Engendering Poulantzas oder: Sinn und Zweck feministischer Anrufung materialistischer Staatstheorie. In: Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Serhat, Karakayali (Hrsg.): *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*. Baden-Baden: Nomos S. 173-188.

Lukaskas, Arvid J. (1994): The Political Economy of Financial Restriction: The Case of Spain. In: *Comparative Politics* Vol. 27, No. 1., S. 67-89.

Matuschek, Peter (2008): Erfolg und Misserfolg konservativer Parteien. Die spanische AP-PP und das portugiesische CDS-PP im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Martín, Esther (2012): La Constitución de 1978. In: Josep M. Reniu (Hrsg.): *Sistema Político Español*. Barcelona: Hugyens Editorial, S. 69-79.

Medina, Lucía (2016): Crisis, changes and uncertainty: Spanish party system after Great Recession. In: *Portuguese Journal of Social Science*, 15: 2, S. 237-254.

Mendizabal, Nagore Calvo (2014): Crisis management, re-centralization and the politics of austerity in Spain. In: *International Journal of Iberian Studies*, 27: 1, S. 3-20.

Nohlen, Dieter/Hilderbrand, Andreas (1992): Spanien: Wirtschaft – Gesellschaft – Politik. Opladen: Leske + Budrich.

Nohlen, Dieter/Hilderbrand, Andreas (2005): Spanien: Wirtschaft – Gesellschaft – Politik. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Oberndorfer, Lukas (2012): Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus? In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 50-72.

Oberndorfer, Lukas (2015): From new constitutionalism to authoritarian constitutionalism: New Economic Governance and the state of European Democracy. In: Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (Hrsg.Innen): Asymmetric crisis in Europe and possible futures. Critical political economy and post-Keynesian perspectives. London, New York: Routledge, S. 185-207.

Oberndorfer, Lukas (2016): Spanien zwischen Aufbruch und Restauration. In: Kurswechsel 2/2016, S. 82-88.

Opratto, Benjamin (2014): Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Ortuño Anaya, Pilar (2002): European Socialists and Spain. The transition to democracy, 1959-77. Basingstoke (u.a.): Palgrave.

Poulantzas, Nicos (1977): Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Poulantzas, Nicos (2001 [1975]): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat. In: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/ders. (Hrsg.): Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung. Hamburg: VSA-Verlag. S. 19-70.

Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA-Verlag.

Preston, Paul (1986): The Triumph of Democracy in Spain. London: Methuen.

Preston, Paul (2005 [1986]): The Triumph of Democracy in Spain. London, New York: Taylor & Francis e-Library.

Recio, Albert (2010): Capitalismo Español: La inevitable crisis de un modelo insostenible. In: Revista de Economía Crítica, 9, primer semestre 2010, S. 198-222.

Rodríguez López, Emmanuel (2016): La política en el ocaso de la calse media. El ciclo 15M-Podemos. Madrid: Traficantes de Sueños.

Royo, Sebastián (2000): From social democracy to neoliberalism. The Consequences of Party Hegemony in Spain 1982 – 1996. Houndsmill (u.a.): Macmillian Press.

Royo, Sebastián (2009): After the Fiesta: The Spanish Economy meets the Global Fiancial Cirsis. In: South European Society and Politics, 14:1, S. 19-34.

Rtve (06.08.2011): Más de seis millones de españoles han participado en el Movimiento 15M. Unter: <http://www.rtve.es/noticias/20110806/mas-seis-millones-espanoles-han-participado-movimiento-15m/452598.shtml> (letzter Zugriff: 27.08.2017)

Sánchez Barrilao, Juan Francisco (2013): La crisis de la deuda soberana y la reforma del artículo 135 de la constitución española. In: Boletín Mexicano de Derecho Comparado Volume 46, Issue 137, May–August 2013, S. 679 – 712.

Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt am Main (u.a.): Campus.

Sandbeck, Sue/Schneider, Etienne (2014): From Sovereign Debt Crisis to Authoritarian Statism: Contradictions of the European State Project, New Political Economy, 19:6, S. 847-871.

Share, Donald (1986): The making of Spanish democracy, New York: Praeger Publishers.

Share, Donald (1989): Dilemmas of Social Democracy. The Spanish Socialist Workers Party in the 1980s, New York (u.a.): Greenwood Press.

Smith, W. Rand (2015): Enemy Brothers. Socialists and Communists in France, Italy, and Spain. Updated Edition. Lanham (u.a.): Rowman & Littlefield.

Spiegel Online (14.03.2013): Zwangsräumungen verstoßen gegen das EU-Recht
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/spanien-zwangsräumungen-verstossen-gegen-das-eu-recht-a-888861.html> (Letzter Zugriff: 27.08.2017)

Stützle, Ingo (2013): Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise. Münster: Westfälisches Dampfboot.

SUP- Policías en los desahucios. Unter:
https://www.sup.es/sites/default/files//pdf/Policias_y_desahucios_0.pdf (letzter Zugriff: 30.09.2017)

Süddeutsche Zeitung (23.08.2011) <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/madrid-fuehrt-schuldenbremse-ein-merkel-fordert-und-spanien-folgt-1.1134147> (letzte Zugriff: 24.05.2017)

The New York Times (2015): Spain's Ominous Gag Law. Unter:
https://www.nytimes.com/2015/04/23/opinion/spains-ominous-gag-law.html?_r=1 (letzte Zugriff: 24.05.2017)

Taz (16.11.2012): Staat stoppt Zwangsräumungen. Unter:
<http://www.taz.de/!5079373/> (letzter Zugriff: 28.08.2017)

Torcal, Mariano/Lago, Ignacio (2008): Electoral Coordination Strikes Again: The 2008 General Election in Spain. In: South European Society and Politics, 13:3, S. 363-375.

Uxó, Jorge/Álvarez, Ignacio (2017): Is the end of fiscal austerity feasible in Spain? An alternative plan to the current Stability Programme (2015-2018). In: Cambridge Journal of Economics 41, S. 999-1020.

Van der Pijl, Kees (1998): Transnational Classes and International Relations, New York: Routledge.

Wissel, Jens (2007): Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas' Staatstheorie. Baden-Baden: Nomos.

Wissel, Jens/Wolf, Sebastian (2016): Staatsprojekt Europa in der Krise? Eine materialistische Perspektive. In: Bieling, Hans-Jürgen/Große Hüttman, Martin (Hrsg.): Europäische Staatlichkeit. Staat-Souveränität-Nation. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Zelik, Raul (2015): Mit Podemos zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien. Berlin: Bertz und Fischer.

Zelik, Raul (2017): 13 FAQs zu Katalonien, Republik und Unabhängigkeit. Unter: <https://www.raulzelik.net/baskenland-texte/502-12-faqs-zu-katalonien-republik-und-unabhaengigkeit-blog-9-10-2017> (letzter Zugriff: 17.10.2017)

Abstracts

Die vorliegende Masterarbeit zeigt, dass sowohl die Konsolidierung der spanischen Demokratie nach 1982 als auch Erosionserscheinungen im Kontext der Finanzkrise von 2007 vor dem Hintergrund eines spezifischen Arrangements des autoritären Etatismus nach Nicos Poulantzas verstanden werden können. In beiden Zeiträumen wurde die verfassungsrechtlich begünstigte Unterordnung der Legislative unter die Regierung und die Position des Regierungschefs verschärft. Die als „Staatsparteien“ verstandenen Parteien PSOE und PP waren alternierend von funktionaler Bedeutung für die Umsetzung der umstrittenen Austeritätspolitik innerhalb der Anforderungen des Europäischen Marktes. Sie sahen sich im Zuge der Finanzkrise ab 2010 mit einer Legitimitätskrise konfrontiert. Das in diesem Kontext 2015 verabschiedete „Gesetz zum Schutz des Bürgers“ unterstreicht die Aufwertung partikularer Rechtssetzung bei geschwächter Gewaltenteilung. Diese Transformationen des spanischen Staates wurden maßgeblich durch den spezifischen Gründungsvorgang der Demokratie in der *Transición* und durch die fortschreitende Internationalisierung der Staatlichkeit beeinflusst.

This Master's Thesis provides evidence that both the consolidation of Spanish democracy in the 1980s and its partial erosion in the aftermath of the financial crises of 2007 can be understood within Nicos Poulantzas' concept of authoritarian statism. There has been a significant transfer of power from the legislature to the executive and to the prime minister during both analysed periods. Characterized as "state parties", the socialist PSOE and the conservative PP played a key role in implementing highly controversial austerity measures in order to comply with the requirements of the European single market. As a consequence, the bipartisan system was challenged by a "crisis of legitimacy" after the financial crises had struck Spain in 2010. Within this context, the "law on public security" passed in 2015 demonstrates that the weakened separation of powers favoured particularism in the process of law making and secured the state's capacity to executive action. Unlike Poulantzas' historical observations regarding western European countries, these developments are to be understood against the background of the specific restoration of Spanish democracy in the process of *transición* and in the context of multi-level statehood due to internationalization and Europeanization.